WOCHENAUSGABE

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 6.
9. Februar

4. Jahrgang
1924

für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Aus dem Inhalt:

Grieco: Die Parlamentswahlen in Italien.
Zink: Nach den Parlamentswahlen im Saargebiet.
Jacquemotte: Brief aus Belgien.
Pepper: Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko in Sicht.
Serge: Kerkermeister des Zaren vor dem Moskauer Revolutionstribunal.
Sadoul: Die Krankheit des französischen Franken.
Zuercher: Die Wirtschaftslage in der Schweiz und die Aufgaben der Arbeiterklasse.
Heckert: Die Gewerkschaftsspalter in Deutschland am Werke.
Hardy: Der Kampf der deutschen Seeleute in den britischen Häfen.
Lada: Die englische Arbeiterpartei und der Lokomotivführerstreik.
Zetkin: Der Internationale Kommunistische Frauentag 1924. An die werktätige Jugend der ganzen Welt! An die Genossenschaften aller Länder!
Brief des EK. der KI. und des Vollzugsbüros der RGI. an die Familie des Genossen Lenin.
Sinowjew: Lenin und die Arbeiter.
Sturm: Die Frau als Vorkämpferin gegen die deutsche Hungersnot.
Király: Was bedeutet die Horty-Amnestie?
Aufrufe.
Buchbesprechungen.

Die Lage in Deutschland und die KPD.

Von G. Sinowjew.

Aus einer Rede, gehalten auf der XIII. Parteikonferenz der RKP.

** Auf unserer Herbstkonferenz haben wir das Vorhandensein einer ernsten politischen Krise in Deutschland festgestellt. Unsere Opposition hat oft darüber gespottet, daß wir über diese Frage nicht allzuviel gesprochen haben. Das war für sie ein Beweis dafür, daß unsere Partei aus „Schweigern" besteht, daß das Leben in der Partei erloschen ist usw. Ich denke, daß sie das innere Wesen einer bolschewistischen Partei sehr schlecht kennen, wenn sie die Sache in dieser Weise erklären und einschätzen. Ich sage nicht, daß in der Partei alles in der besten Ordnung war, aber wenn auf unserer Herbstkonferenz angesichts der ungeheuer wichtigen Ereignisse vollkommene Einmütigkeit unter uns geherrscht hat, dann habe ich den Mut, Euch, Genossen aus der „Opposition", zu versichern, daß diese Einmütigkeit nicht darauf beruhte, daß wir etwa „Schweiger" sind, sondern daß sie dem Wesen der bolschewistischen Partei entsprang. Die Partei hat begriffen, daß eine Situation entstanden ist, die man nicht anders einschätzen konnte, als eine revolutionäre Situation mit sehr großen Aussichten auf Erfolg. Die Partei hat begriffen, daß es sich, wenn ein solcher Augenblick gekommen ist, nicht nur darum handelt, Reden in die Luft zu sprechen, und eine große Diskussion vom Stapel zu lassen, sondern darum, die der Gesamtlage entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Mir scheint, gerade darin findet unsere damalige Stimmung ihre Erklärung. Alle haben wir die Lage in der Weise eingeschätzt, daß die Revolution in Deutschland eine Frage von Wochen ist. Alle Nachrichten unterstützten diese Annahme. Die pessimistischesten Ansichten unterschieden sich von den optimistischesten nur darin, daß die pessimistischen Genossen die Revolution zwei, drei oder vier Wochen später erwarteten.

Das waren also die großen Differenzen. Manche Genossen sagten: „Es ist eine Frage von Tagen"; andere behaupteten: „Zwei, drei oder vier Wochen später werden wir eine solidere Mehrheit in den Arbeitermassen haben, und dann werden wir obenauf sein". Charakteristisch für die Sachlage war der Riesenstreik im August: starkes Schwanken in den Reihen unserer Gegner, in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie. Die Kommunistische Partei wurde durch eine revolutionäre Welle von einer Höhe emporgehoben, wie wir sie in Deutschland noch nie erlebt haben. Das Kleinbürgertum begann auf die Seite der Kommunistischen Partei zu treten. Die Bauernschaft war schwankend geworden, die Mark entwertete sich in katastrophaler Weise, die Bourgeoisie verlor den Kopf, rote Hundertschaften wuchsen überall in den Betrieben, die Betriebsrätebewegung erstarkte — mit einem Worte, das typische Bild einer wirklichen vorrevolutionären Krise stand vor uns. Darum gab es nur eine Frage: Was ist eine bolschewistische Partei nach zwei Jahren neuer Wirtschaftspolitik, wie wird sie handeln? Wird sie zögern, wird sie diskutieren, wird sie den Überklugen, die in diesem Augenblick sagen: „Wir dürfen nicht riskieren," die Führung überlassen, oder wird die russische Partei als die wichtigste Partei der Kommunistischen Internationale auf ihrem Posten sein und die ganze Last der Verantwortung auf sich zu laden wagen?

Ich weiß, daß eine große Enttäuschung unvermeidlich war, als der Sieg der Revolution ausblieb. Man sagte uns: Ihr habt uns ja die Revolution „versprochen" — wo ist denn Eure Revolution geblieben? Eine solche Stimmung hat es unter den Arbeitermassen gegeben, und zwar aus vollkommen erklärlichen Gründen. Aber ich denke, Genossen, daß sowohl das ZK. wie auch die Komintern Euch sagen müssen, daß wir, wenn sich ähnliche Fälle wiederholen, unter denselben Verhältnissen ebenso handeln müssen. Wir haben uns hier im Tempo der Ereignisse geirrt, worin sich Marxisten schon sehr oft geirrt haben, Marx selbst nicht ausgeschlossen. Was Wunder, wenn auch wir, die Schüler von Marx, das Tempo der Ereignisse mit der deutschen, der französischen, der polnischen, der tschechischen und mit anderen Parteien, die mit uns zusammen die Beschlüsse faßten, irrtümlich beurteilten?

Aber im wesentlichen haben wir uns ebensowenig geirrt wie die Bolschewiki nach der Niederlage des Dezemberaufstandes im Jahre 1905, als sie im Gegensatz zu den Menschewiki sagten: „Die zweite Revolution wird kommen"! — und sie kam.

In der Frage des Zeitpunktes hat sich Lenin damals geirrt. Er hat den Beginn des Aufstandes für das Frühjahr 1916 „festgesetzt" und dann mußte dieser auf den Spätsommer „verlegt" werden. „Nach der Beendigung der Feldarbeiten" — sagte Wladimir Iljitsch — „wird der Bauer beweglicher sein." Aber der Aufstand kam auch im Spätsommer nicht, sondern erst nach vielen Jahren. Die Menschewiki haben natürlich über die nicht eingetroffene „Prophezeiung" viel gespottet.. In der Zeitfrage haben sich die Marxisten und auch Marx selbst nicht selten geirrt, weil wir über kein solches Instrument verfügen, das es uns ermöglichen würde, in dieser Frage jeden Irrtum zu vermeiden. Aber in der Haupteinschätzung der Klassenkräfte und darin, daß ein zweite Revolution unvermeidlich ist, hat sich der Bolschewismus nicht geirrt und in dieser Frage hat sich auch die Kommunistische Internationale nicht geirrt. Die zweite Revolution in Deutschland ist unvermeidlich, und die Zeit, die uns von ihr trennt, ist nicht allzu lang.

Genossen, Ihr werdet ohne weiteres verstehen, daß nach dem Mißerfolg, nach dem kampflosen Rückzug eine mehr oder minder ernste Krise der Partei, eine mehr oder minder gründliche Umwertung der Werte unausbleiblich ist. Gerade in einer solchen Zeit kann man den wirklichen Revolutionär erkennen. Jene, die nur zufällig zur Partei kamen, werden in einer solchen Zeit von einer Panik ergriffen, sie schwenken nach der äußersten Linken oder äußersten Rechten ab, demoralisieren die Partei; es gibt Heulen und Zähneklappern, eine Jeremiade. Der eigentliche Kern der Partei wird gerade durch solche Ereignisse gestählt. In der deutschen Partei gibt es gegenwärtig in diesem Sinne schwere Meinungsverschiedenheiten und mit der KPD. muß sich auch das EK. der Komintern und auch das ZK. unserer Partei über diese Meinungsverschiedenheiten Klarheit verschaffen.

Ich kann mich hier nicht auf alle Einzelheiten einlassen — das wird von mir auch nicht gefordert — ich will nur den Hauptkern der Streitigkeiten skizzieren, um so mehr, da diese Streitigkeiten wiederum mit unseren inneren Streitigkeiten in enger Beziehung stehen, und sehr stark an die Streitigkeiten mit unserer „Opposition" erinnern.

Ich weiß nicht, Genossen, wie es bei Euch in der Provinz war, aber in Moskau war es so, daß die Frage der deutschen Revolution, die Frage über die Kommunistische Internationale und über die Führung der Kommunistischen Internationale keine unwesentliche Rolle in diesen Diskussionen spielte. Die Genossen aus der „Opposition" haben auf allen Versammlungen außer tausend und einem Vorwurf gegen das ZK. auch noch dem EK. der Komintern vorgeworfen, daß es die deutsche Partei, die deutsche Zentrale zugrunde richtet. In dieser Hinsicht hat sich besonders Genosse Radek hervorgetan.

Ich muß Euch erklären, Genossen, daß für unsere Ansichten, besonders in der deutschen Frage, in Wirklichkeit das ganze ZK. der RKP. und darüber hinaus das ganze Politische Büro die Verantwortung trägt. Diese Frage berührt Rußland sehr nahe. Schon darum waren die Vertreter unserer Partei in der Komintern gezwungen, jede Frage dem Politischen Büro zu unterbreiten, außerdem aber war eine solche Haltung auch infolge der Lage in unserer Partei notwendig. Solange Genosse Lenin unmittelbar an der Arbeit teilnahm, war es bei uns üblich, daß wir, die Funktionäre der Komintern, die Richtlinien unmittelbar festsetzten und uns nur mit dem Genossen Lenin persönlich berieten. Das ganze ZK. war dann der Ansicht, daß sich die Sache infolgedessen auf dem richtigen Geleise befindet. Als dies nicht mehr möglich war, mußten wir auf diesem Gebiete die Führung Iljitschs durch eine kollektive Führung ersetzen. Darum mußten die Vertreter des ZK. und der Komintern die Frage der deutschen Revolution in allen ihren Einzelheiten im Politischen Büro beraten, was wir auch getan haben. Der größte Teil der Beschlüsse wurde einstimmig gefaßt. Sie sind daher kollektive Beschlüsse, für die wir die Verantwortung tragen. Das bedeutet natürlich nicht, daß mich persönlich keine große Verantwortung trifft. Selbstverständlich trage ich aus begreiflichen Gründen eine große Verantwortung.

Worin bestanden unsere Meinungsverschiedenheiten? In der Partei wurden einige unrichtige Angaben verbreitet, die ich zu widerlegen genötigt bin. Es sind Gerüchte im Umlauf, das EK. der Komintern hätte beschlossen, den Aufstand in einer bestimmten Frist herbeizuführen und sie hätte diese Frist der deutschen Partei aufgezwungen. Ich behaupte entschieden, daß der deutschen Partei die Lösung dieser Frage selbst anheim gestellt wurde. Das war unser Standpunkt.

Die zweite Frage, deren Klärung heute höchst wichtig ist, da sie Euch unmittelbar den Kern der Meinungsverschiedenheiten in der KPD. nahebringt, ist die sächsische Regierungsfrage. Wie war die Lage in Sachsen überhaupt? Im sächsischen Parlament gab es eine aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Mehrheit gegenüber der Bourgeoisie. Die Differenz betrug, wenn ich mich nicht irre, etwa sechs Stimmen zugunsten der Sozialdemokraten und Kommunisten. Der rechte Flügel der KPD. machte einige Male den Versuch, eine Verständigung mit den Sozialdemokraten zu erzielen, und legal eine Regierung auf parlamentarischer Basis zu bilden. Das EK. der KI. war immer dagegen. Aber als wir die Ereignisse in der Weise einschätzten, daß die Krise eine Frage von Wochen ist, haben wir damals gesagt: Jetzt ist die Zeit gekommen, wo wir unter gewissen Bedingungen in die Regierung eintreten können, um Sachsen als Aufmarschgebiet zu benützen, von wo aus wir den Kampf um die Macht organisieren und entfalten können. Das war damals, als der General Müller zum Militärbefehlshaber in Sachsen ernannt wurde. Ich erinnere mich des Kronstädter Beispiels, im Jahre 1917, als die provisorische Regierung den Kadetten Pepeljajew zum Kommissär ernannt hatte, die eigentliche Macht sich aber in den Händen des Kronstädter Sowjets befand — wie sich damals der Kronstädter Sowjet gar nicht um Pepeljajew kümmerte, ihn verspottete, und wir ihn später zur rechten Zeit verhafteten! Uns schien es, daß die deutschen Genossen vor derselben Aufgabe stehen: sie treten in die Regierung ein, ignorieren den General, mobilisieren die Arbeiter zum Zusammenschluß mit den revolutionären Arbeitern des ganzen übrigen Deutschland, mit anderen Worten: wir betrachteten den Eintritt in die sächsische Regierung als ein Manöver, um einen Fußbreit Boden zu erobern, um die Ereignisse von dort aus zur Entfaltung zu bringen. Wir nahmen damals an, daß wir unsern Eintritt in die sächsische Regierung praktisch an solche Bedingung knüpfen mußten, die die hinter der Regierung Zeigner stehende Gruppe bereit finden ließ, den Kampf gegen das weiße Bayern, gegen die Faschisten, wirklich aufzunehmen, die sofortige Bewaffnung von 50.000 bis 60.000 deutschen Arbeitern durchzusetzen und den General Müller zu ignorieren. Dasselbe war in Thüringen der Fall. Ihr seht jetzt, wie wir uns den Eintritt in die sächsische Regierung vorgestellt haben.

Wir haben uns die Sache keinesfalls als eine parlamentarische Kombination vorgestellt, sondern als ein Manöver zur Erreichung einer bestimmten Position. Die deutschen Genossen haben das für möglich gehalten.

Jetzt werden, wie Ihr wißt, Versuche gemacht, diese ganze Politik nachträglich zu revidieren, und man sagt, die Komintern wäre zu spät gekommen, man hätte die Vorbereitung um drei, vier Monate früher beginnen sollen. Ihr kennt die Broschüre des Genossen Trotzki „Der Neue Kurs", worin er sich auch mit der deutschen Frage beschäftigt. Er spricht direkt aus, der Fehler hätte gerade darin bestanden, daß, „wenn die Kommunistische Partei das Tempo ihrer Arbeit durch die vollständige Ausnützung der ihr durch die Geschichte zur Verfügung gestellten fünf bis sechs Monate zur Organisierung der politischen und technischen Vorbereitungen stark beschleunigt hätte, der Ausgang der Ereignisse ein anderer gewesen wäre als der, den wir im November wahrnehmen mußten". Eine solche Fragestellung ist überhaupt fruchtlos. Es versteht sich von selbst, daß wir, wenn wir die Vorbereitungen fünf Monate früher begonnen hätten, unter sonst gleichbleibenden Verhältnissen besser hätten vorbereiten können. Überhaupt, wenn das viele „Wenn" nicht wäre, so würden wir besser stehen — das ist eine billige Weisheit. Es ist jedoch nicht ohne Interesse, uns bei der Frage aufzuhalten, welche Ansicht die führende Gruppe der Komintern gerade vor fünf bis sechs Monaten war. Im Juli setzte in Deutschland offensichtlich ein Umschwung ein. Die Zentrale der KPD., die das Ansteigen einer neuen revolutionären Welle spürte, erließ einen revolutionären Aufruf gegen die Faschisten. Die Zentrale der KPD. sprach im Namen der Partei offen aus, daß wir für jeden ermordeten Arbeiter zehn Faschisten erschlagen werden. Wer die Geschichte der KPD. kennt, der muß es verstehen, daß das der Anfang eines neuen Kapitels ist. Die Bewegung dehnte sich aus. Die Partei gewann einen immer größeren Einfluß. Und so beschloß sie, den Euch bekannten Antifaschistentag zu veranstalten. Das war ein außerordentlich großes Ereignis. Die sozialdemokratischen Arbeiter standen auf unserer Seite, und alle sahen in der KPD. den Sturmbock, der den Faschismus niederrennen wird, bevor er noch ganz erstarkt

ist. In diesem Augenblick entsanden die ersten Meinungsverschiedenheiten innerhalb des EK. der Komintern. Genosse Bucharin und ich waren abwesend, wir wurden im EK. durch den Genossen Radek ersetzt. Genosse Bucharin und ich, als Mitglieder des EK. der KI., haben, als wir diesen Aufruf erhielten, an die KPD. ein Begrüßungsschreiben gesandt, worin wir erklärten, daß wir diesen Aufruf für großartig halten und die KPD. in ihrem Kampfe und in der Frage des Antifaschistentages wärmstens unterstützen. Genosse Radek begann gegen uns eine heftige Polemik. Er telegraphierte uns (mir und dem Genossen Bucharin) am 12. Juli (das Telegramm ist in meinen Händen), unsere Politik bedeute, daß die Komintern die KPD. einer Juliniederlage entgegentreibe, daß wir uns „unter dem Eindrucke der bulgarischen und italienischen Ereignisse befänden" und die Sache in Deutschland leichtfertig beschleunigen. Genosse Radek sandte am 26. Juli im Namen des Präsidiums der Exekutive ein Telegramm mit folgendem Inhalt ab: „Das Präsidium der Komintern schlägt vor, auf die Straßendemonstrationen am 29. Juli zu verzichten ... Wir befürchteten Rückschläge". Ein Teil unserer Genossen hat den Genossen Radek darin unterstützt.

Als Genosse Trotzki über seine Meinung befragt wurde, antwortete er, daß er sich der Stimme enthalte, da ihm das ganze Material nicht zur Verfügung stehe.

Die Meinungsverschiedenheiten hatten also folgenden Inhalt: Genosse Bucharin und ich sagten: Wir gratulieren zu diesem Schritt, und unterstützten diesen Beginn eines neuen Kapitels sehr. Radek beschuldigte uns, daß wir die Partei einer Juli-Schlacht, daß wir die Partei neuen Niederlagen entgegentreiben. Radek beantragte, den Antifaschistentag abzublasen. Genosse Trotzki enthält sich der Stimme. Ich erzähle das nicht, um hieraus Vorwürfe zu schmieden. Man kann sich ja irren. Aber man soll dann nicht später kommen, dann den Gescheiten spielen und sagen, daß, wenn wir uns früher vorbereitet hätten, es besser gegangen wäre. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Oder man sagt uns, daß die Frage damals entschieden wurde, als die Ruhrkrise ausbrach. Man hätte schon damals sehen sollen, daß ein neues Kapitel beginnt! Wieder die Steine im Glashaus! Innerhalb der Komintern fanden zwei internationale Konferenzen über die Ruhrfrage statt, die eine in Essen, die andere in Frankfurt. Diese beiden Konferenzen betrachteten wir als den Beginn eines neuen Kapitels.

Die Exekutive der Komintern traf im Zusammenhang damit eine ganze Reihe von Maßnahmen. Warum hat Genosse Trotzki der Objektivität halber in seiner Broschüre nicht erwähnt, daß sich Genosse Radek, der diese Bewegung am besten kannte, der sich für den besten Kenner dieser Bewegung hielt und sich in der Tat an dieser Bewegung am meisten beteiligte — daß sich Genosse Radek am meisten von uns geirrt habe? Er hat die Partei an den Rockschößen zurückgehalten, als man sie in den Kampf hätte führen sollen.

*

Worin bestehen gegenwärtig die Meinungsverschiedenheiten in der KPD.? Die Genossen streiten darüber, ob der Rückzug notwendig gewesen ist oder nicht, oder wenn er notwendig gewesen ist, hätte er kampflos oder unter Kämpfen vollzogen werden sollen?

Genossen! Die Meinungsverschiedenheiten sind sehr groß. Uns, die zwei bis drei Revolutionen hinter sich haben, sind diese Meinungsverschiedenheiten sehr gut bekannt. Der beste Teil der deutschen Arbeiter ist sehr unzufrieden darüber, daß die Partei sich kampflos zurückgezogen hat, da der Kampfwille viel stärker war als während der ersten deutschen Revolution. Man muß die deutschen Genossen darüber erzählen hören, wie die Arbeiter die Straße beherrscht haben, wie die Hunderttausende zählenden Massen der Arbeiter bis zum nächsten Morgen nicht auseinandergingen, sich der Lastautomobile bemächtigten, wie sich Zehntausende von Frauen erhoben, wie sich im Ruhrgebiet die deutschen Frauen mit ihren hungernden Kindern den französischen Soldaten entgegenwarfen, wie die französischen Soldaten Gewehr bei Fuß standen und mit ihnen eine brüderliche Unterhaltung begannen und wie die Arbeiter ihren sozialdemokratischen Führern den Rücken kehrten und nur mit den Kommunisten gingen. Diese Erzählungen beweisen klar, daß in der Partei ein ungeheurer Aufschwung vor sich ging.

Nach der Oktoberberatung gaben sich die deutschen Genossen der Stimmung hin, daß der Kampf morgen entbrennt, daß sie morgen entweder siegen oder sterben werden. Daher verursachte der Rückzug eine große Depression und Enttäuschung, und dazu kam noch die schwere sächsische Prüfung. Ihr erinnert Euch, Genossen, an die Stellungnahme des EK. der KI., über den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung. Aber, Genossen, wie geschah es in Wirklichkeit? In Wirklichkeit kam es ganz anders. In die Regierung sind drei Mitglieder der Zentrale der KPD. eingetreten: Böttcher, Heckert und Brandler. Brandler bekam kein Ministerium, sondern die Leitung der Staatskanzlei. Wir haben uns alle vor Freude die Hände gerieben: Es gibt nichts Schlaueres als die KPD., sie sichert sich die Führung der Staatskanzlei. Brandler wird sie übernehmen und ihm wird die Polizei und der ganze Apparat gehorchen. Aber wir haben uns sehr getäuscht; es gab da nichts Schlaues, sondern nur eine echt deutsche Verbeugung vor der Regierungskanzlei, wo, wie man glaubte, die Geheimnisse aller Geheimnisse verborgen sind, und man entsandte dahin den hervorragendsten Funktionär der Parteizentrale. Sie verbrachten in den Regierungsstellen ganze elf Tage, eigentlich nur neun Tage, weil sie ja während der letzten zwei Tage schon zwischen der Regierung und dem Gefängnis standen. Natürlich konnte man während elf Tagen wenig erreichen, und das EK. der KI. machte es ihnen natürlich nicht zum Vorwurf, daß sie sich während dieser Zeit nicht 60.000 Gewehre verschafft haben. Jeder Kampf kann mit einer Niederlage enden, besonders ein revolutionärer Kampf, und statt der 60.000 Gewehre kann man sehr leicht eine Kugel in den Kopf bekommen. Aber man muß sich immer so benehmen, wie ein Revolutionär sich benehmen soll. In Wirklichkeit haben sich aber unsere Genossen als Teilnehmer an einer gewöhnlichen Koalition gefühlt, die aus Kommunisten und Sozialdemokraten bestand. Sie sagten, daß „wir auf dem Boden der Verfassung stehen", daß „wir nur dem Landtag verantwortlich sind" und dergleichen.

Hier zeigten sich die alten sozialdemokratischen Traditionen. Bebel hat seinerzeit das reaktionäre Vorgehen der Regierung mit Erfolg dadurch enthüllt, daß er zeigte, die Regierung tritt die eigenen Gesetze und die eigene Verfassung mit Füßen. Damals war das eine revolutionäre Agitation. Wenn aber die Kommunisten, jetzt im Jahre 1923, die Bebelschen Töne anstimmen, wo General Müller mit seinen Truppen gegen sie marschiert, wenn sie in einem solchen Augenblick sagen, daß „sie auf dem Boden der Verfassung stehen", daß „sie nur dem Landtag verantwortlich seien", dann wird daraus eine banale Parlamentskomödie.

Diese Erfahrung öffnete uns die Augen über viele Schwächen der KPD., deren Vorhandensein wir auch schon früher vermutet haben, aber die wir mit besonderer Anschaulichkeit erst jetzt gesehen haben. Sobald wir sahen, welchen Verlauf die Ereignisse nehmen, schrieb das EK. der KI. an die KPD. einen vertraulichen Brief mit der Bitte, ihn an alle Mitglieder der Zentrale weiterzugeben. Wir waren mit dem Inhalt des Briefes einverstanden, mit uns auch Genosse Trotzki, der nur einige redaktionelle Änderungen beantragte. In diesem Briefe schrieb die Exekutive der Komintern folgendes:

„Aus Eurer Überschätzung des Grades der politischen, technischen Vorbereitung folgte unvermeidlich auch der politische Fehler. Wir, hier in Moskau, wie es Euch wohl bekannt sein muß, betrachteten den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung nur als ein militärisch-strategisches Manöver. Ihr habt diesen Eintritt in einen politischen Block mit der „linken" Sozialdemokratie verwandelt, die Euch die Hände band. Wir stellten uns die Sache in der Weise vor, daß der Eintritt in die sächsische Regierung die Eroberung eines Aufmarschgebietes bedeuten würde, um von da aus die Kräfte unserer Armeen zu entfalten. Ihr habt die Teilnahme am sächsischen Ministerium in eine banale parlamentarische Kombination mit den Sozialdemokraten verwandelt. Das Resultat war unsere politische Niederlage. Und was noch schlimmer ist, es ergab sich etwas, was sehr stark an eine Komödie erinnert. Eine Niederlage im Kampfe können wir ertragen, aber wenn eine revolutionäre Partei am Vorabend des Aufstandes geradezu in eine lächerliche Lage gerät, so ist das schlimmer als eine Niederlage. Die Partei hat im ganzen Reiche ganz und gar nicht eine Politik geführt, die den Auftakt zum entscheidenden Kampf hätte bilden können und müssen. Kein einziger entschieden revolutionärer Schritt. Keine auch nur einigermaßen klare kommunistische Rede. Kein einziger ernster Schritt, um die Bewaffnung der Arbeiterschaft in Sachsen vorwärtszutreiben, keine einzige praktische Maßnahme, um in Sachsen Räte zu schaffen. Statt dessen eine „Geste" von Boettcher, der erklärt hatte, daß er das Gebäude des Ministeriums nicht verläßt, so lange er nicht mit Gewalt entfernt wird. Nein, Genossen, so kann man eine Revolution nicht vorbereiten."

Genosse Radek begann, anstatt die deutsche Partei auf diesen Fehler aufmerksam zu machen, in seinen Artikeln den rechten

Flügel der KPD. zu unterstützen, der diese opportunistische „sächsische" Politik verewigen will. Man darf, Genossen, natürlich diese Fehler nicht überschätzen. Die KPD. ist trotzdem eine der besten Sektionen der Komintern, eine mächtige proletarische Partei mit einigen hunderttausenden Arbeitermitgliedern, und sie wird die deutsche Arbeiterklasse zum Siege führen. Aber sie hat auch ihre Schwächen. In ihr stecken noch Überreste aus der II. Internationale. Und das ist auch natürlich: Wir sind ja im Schoße der II. Internationale entstanden. Die III. Internationale ist nicht vom Himmel gefallen und Überreste der II. Internationale sind in allen Parteien vorhanden. Ja, man darf die Fehler nicht verbergen, auch in unserer Partei haben wir kleinbürgerliche Tendenzen, und was anderes ist das als eine Erbschaft der II. Internationale? Solche Überreste gibt es zweifelsohne auch in der deutschen Partei. Fehler kann man gutmachen, aber nur in dem Falle, wenn man die Fehler nennt, wenn wir nicht in einen Vorzug verwandeln wollen, was ein offensichtlicher Fehler ist.

Radek nahm sich der Verteidigung des rechten Flügels der Partei an und begann eine ganze Philosophie zu konstruieren, um deren opportunistisches Verhalten rechtfertigen zu können. Worin kam dies zum Ausdruck? Nach der Niederlage fand eine Konferenz statt. Hier wurde eine Resolution angenommen, deren Kernpunkt folgender Satz war: „Der Faschismus hat über die Novemberrepublik gesiegt, besiegte jedoch nicht die Arbeiterklasse." Als wir diese Resolution gelesen haben, schien es uns, als ob das entweder ein literarischer Seitensprung oder Opportunismus ist. Es stellte sich heraus, daß es beides war. Das kommt oft vor.

Worin liegt nun in Wirklichkeit die Unrichtigkeit dieses Satzes? Vor allem gefällt uns schon das Wort „Novemberrepublik" nicht. Die erste deutsche Revolution brach im Monat November aus, und sie heißt daher Novemberrevolution. In einem Zeitungsartikel kann man natürlich dieses Wort gebrauchen, wie wir zum Beispiel von einer „Julimonarchie" sprechen, aber da, wo es sich um eine theoretische Analyse handelt, mit deren Hilfe wir die Perspektive für uns selbst und für die deutschen Arbeiter klären wollen, müssen wir eine solche Redewendung vermeiden. In diesem Falle wäre eine andere Redewendung angebrachter gewesen, die wir von Marx gelernt haben. Was ist Deutschland heute? Eine bürgerlich-demokratische Republik. Nach der Novemberrevolution nannte sie sich anfangs „sozialistisch", aber das war nur ein Betrug. Sie ist eine bürgerlich-demokratische Republik, das ist viel richtger und klarer gesagt. Aber es handelt sich natürlich nicht um die Terminologie. Was bedeutet es: „Der Faschismus hat über die Novemberrepublik gesiegt, hat aber die Arbeiterklasse nicht besiegt"? Wir finden hier den Sinn nicht.

Welche Konsequenzen wurden hieraus gezogen? Man sagt uns, die Sozialdemokratie sei vom Faschismus besiegt. Dabei ist gerade diese Behauptung vollkommen unrichtig. Wenn die Sozialdemokratie im Kampfe besiegt worden wäre, hätten wir eine ganz andere Taktik befolgen müssen. Wir schlagen jetzt vor, mit den gegenrevolutionären Spitzen der deutschen Sozialdemokratie jede Unterhandlung zu unterlassen. Wenn aber der Satz wahr wäre, daß die deutsche Sozialdemokratie vom Faschismus besiegt wurde, wo würde daraus entspringen, daß wir uns im Gegenteil der deutschen Sozialdemokratie annähern sollen? Marx lehrte uns, daß wir, wenn kleinbürgerliche Parteien, im gegebenen Fall die sozialdemokratische Partei, gegen die Reaktion im Kampfe stehen, diese Parteien in diesem Kampf unterstützen müssen. Aber das ist ja das Entscheidende, daß dem eben nicht so ist.

Genosse Radek fragt: Wer herrscht denn heute in Deutschland? Und er antwortet: Der General — und zieht die Schlußfolgerung: Also haben die Faschisten die Sozialdemokratie besiegt. Wir sagen aber, das „also" ist hier durchaus nicht angebracht. Wer herrscht in Deutschland? Seeckt. Und wer nimmt an der Macht teil? Die deutsche Sozialdemokratie. Sind denn Ebert, der Reichspräsident, und Severing, der preußische Innenminister, nicht Sozialdemokraten? Aber nicht genug damit? Nicht nur die Spitzen der Sozialdemokratie sind an der Macht beteiligt. Wissen wir denn nicht, daß ein paarmal zehntausend, wenn nicht noch mehr einfache Mitglieder der sozialdemokratischen Partei als Bürgermeister, Polizeivorsteher usw. gleichfalls an der Macht beteiligt sind? Auch das ist ein Stückchen Macht. Ohne Zweifel. Die Sozialdemokratie ist auch weiter Teilhaber an der Macht geblieben. Hier liegt der Hund begraben. Seit fünf Jahren, seit der Novemberrevolution, herrscht in Deutschland der Block der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie. Innerhalb dieses Blocks ändert sich von Zeit zu Zeit das Kräfteverhältnis. Schon die bürgerliche Revolution in Deutschland ist gegen den Willen der Sozialdemokratie ausgebrochen. Sodann übernahm die Sozialdemokratie die Macht, und begann die deutsche Revolution bergab zu führen, indem sie die Macht allmählich der Bourgeoisie zurückgab. Auch heute haben wir einen Block der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie vor uns. Die Sozialdemokratie ist auch heute noch eine mitregierende Partei in Deutschland, Genosse Radek!

Das entscheidet unsere Taktik gegenüber der Sozialdemokratie. Es handelt sich darum, daß die Sozialdemokratie selbst faschistisch geworden ist. Genossen, diese Erscheinung können wir nicht nur in Deutschland wahrnehmen, sondern in der ganzen II. Internationale.

Sehen wir nun nach Italien! Nehmen wir die Partei Turatis. Turati ist schon seit 25 Jahren Opportunist. Aber konnte man vor zehn Jahren sagen, daß Turati etwa ein Sozialdemokrat von faschistischem Einschlag ist? Nein, er war Revisionist und gab eine schlechte Zeitung heraus. Jetzt ist er aber ein Sozialdemokrat mit faschistischem Einschlag, seine Partei ist ein Flügel des italienischen Faschismus. Oder denken wir an Bulgarien, an ein Land, daß Euch bekannter ist. Nehmen wir die dortigen Menschiwiki, mit Sakasow an der Spitze. Er ist seit 20 Jahren Opportunist. Aber konnte man vor zehn Jahren behaupten, daß Sakasow ein Sozialdemokrat mit faschistischem Einschlag ist? Plechanow schimpfte auf ihn wegen seines revisionistischen Standpunktes, wegen seiner „Kritik" am Marxismus. Und jetzt nimmt die Partei dieses Sakasow teil an der Regierung des Faschisten Zankow, läßt Kommunisten niedermetzeln usw. Dasselbe sehen wir in allen Parteien der II. Internationale. Dasselbe war auch in Deutschland der Fall. Jetzt müssen wir den Arbeitern sagen, daß die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist und dürfen nicht alles umdrehen und sagen, der Faschismus hätte die Sozialdemokrie besiegt, aber nicht die Arbeiter.

Hieraus entspringen zwei taktische Schlußfolgerungen. Wenn die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist, dann muß man sie an der Kehle packen, dann muß man auf jede Verhandlung mit ihren Spitzen verzichten, dann müssen wir sie als Leute betrachten, die jenseits der Barrikade stehen. Worin besteht das Neue in der internationalen Arbeiterbewegung? Darin, daß die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist. Der Faschismus ist heute eine Mischung der schwarzen Reaktion und der sozialen Demagogie, der direkten Reaktion der Gutsbesitzer und der Aufpeitschung der Instinkte der besitzlosen Volksschichten. Wir sehen das an dem Beispiel von Mussolini und an anderen. Darum fällt es der Sozialdemokratie leicht, sich mit dem Faschismus zu paaren. Das muß den deutschen Arbeitern erklärt werden.

Die deutsche Sozialdemokratie ist ein Teil des gegenwärtigen Regierungsblockes, trotzdem dort Generale an der Macht sind. Ihrem Typus nach unterscheidet sich die deutsche Republik heute schon nicht mehr allzusehr von jeder anderen bürgerlichen Republik, zum Beispiel der französischen. Wozu eine Terminologie gebrauchen, die die bürgerliche Presse Euch gelehrt hat? Wozu von einer Novemberrepublik sprechen? Benützet die marxistische Terminologie: bürgerliche Demokratie, dann werdet Ihr den Arbeitern sagen können, was wirklich ist, daß Deutschland, im Grunde genommen, eine ebenso bürgerliche und ebenso reaktionäre Republik ist wie Frankreich.

Die Sozialdemokratie ist ein Flügel des Faschismus und hieraus entspringt unsere Taktik. Genosse Radek sucht auch Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Faschismus. Allerdings gibt es solche, und sie haben auch eine gewisse Bedeutung. Aber durch ihre Überschätzung gibt Radek der ganzen deutschen Partei eine falsche Orientierung. Hieraus folgt, daß er jene himmelschreiende Geschichte rechtfertigt, die in Sachsen vor sich ging, und die nichts anderes ist, als ein Symptom des Opportunismus, und die wir als eine banale Parlamentskomödie einschätzen. Und er, Radek, verteidigt sie. Das sind in kurzen Zügen unsere derzeitigen Meinungsverschiedenheiten.

*

Auf dem Boden dieser Ereignisse begann ein tiefer Differenzierungsprozeß in der Zentrale der KPD. Letzten Endes stellte es sich heraus, daß die deutsche Zentrale in ihrer Mehrheit dieselbe Linie einschlug, wie das EK. der Komintern. Es ergab sich folgendes Verhältnis: Zwei Genossen auf dem rechten Flügel — Brandler und Thalheimer —; 15 Genossen im Zentrum, deren Stellungnahme im großen und ganzen mit unserem Standpunkt übereinstimmt, nur daß ihr Standpunkt weniger klar formuliert ist; der linke Flügel, der in der Zentrale über sechs, sieben Genossen verfügt und sich viel mehr mit der Vergangenheit beschäftigt, die alte Taktik als Ganzes verwirft, aber im wesentlichen letzten Endes doch unseren Standpunkt einnimmt. Gegenwärtig findet eine Konferenz statt.

Die Exekutive der Komintern wurde vor die Frage gestellt, welchen Rat sie der deutschen Partei jetzt geben soll. Die Exekutive schlug den Kurs ein, die Partei gegen die rechten Abweichungen zu kehren, gegen jene rechten Abweichungen, die dort nicht nur zufällig auch Genosse Radek vertritt und die bei uns hier zuweilen in „linker" Toga prangen. Die Exekutive schlug den Weg ein, die 15 Genossen der Mehrheit mit den linken Genossen zur Herstellung einer gemeinsamen Plattform zu bewegen. Genosse Radek machte alles mögliche und unmögliche, um die Komintern an der Durchführung dieses Beschlusses zu hindern. Er hat sich direkt geweigert, sich dem Beschluß des ZK. unserer Partei zu fügen, das unserer Delegation in der Exekutive gewisse Weisungen erteilte. Wir fragten ihn: Wirst du die Beschlüsse durchführen? Er antwortete: Nein, da ich vom internationalen Kongreß und nicht von euch gewählt wurde. Formell hat er recht. Wir sind alle vom internationalen Kongreß gewählt worden; aber es ist selbstverständlich, daß wir dort unsere Partei vertreten müssen. Wir nahmen einen Beschluß an, wie es Euch bekannt ist, demzufolge der Exekutive der Komintern mitzuteilen ist, daß Genosse Radek in dieser Frage nicht den Standpunkt unserer Partei vertritt. Die Genossen Trotzki, Radek und Pjatakow verfaßten Kontrathesen, mit denen sie sich, über den Kopf unseres ZK. hinweg, an die deutschen Genossen wandten, ohne sie auch nur nachträglich unserm ZK. zugestellt zu haben. Genosse Radek tat alles mögliche, um zu verhindern, daß die Exekutive sich mit der Mehrheit der Zentrale der KPD. in Verbindung setzt. Wir, die andern Mitglieder der Exekutive, machten zuerst einen Verständigungsversuch, wählten eine paritätische Kommission, um unsere Meinungsverschiedenheiten zu beheben. Die Genossen Radek und Pjatakow beantragten Korrekturen opportunistischer Art, die für uns unannehmbar waren. Wir mußten sie ablehnen. Wir versuchten also alles, um zu einer Verständigung zu gelangen, sie aber versuchten alles, um den Fraktionskampf in die Internationale hineinzutragen.

Aber ich bin doch glücklich, Euch sagen zu können, daß es uns trotz dieser Fehler, trotzdem Genosse Trotzki und Genosse Radek früher eine sehr große Autorität unter den deutschen Genossen hatten, schon gelungen ist, eine gemeinsame Resolution der Mehrheit und des linken Flügels der deutschen Zentrale über alle politischen Fragen zu erreichen. Gerade heute hat die Kommission ihre Arbeit beendet, und sie hat die wichtigste politische Resolution einstimmig angenommen. Noch vor einigen Tagen, im letzten Moment vor der Wahl der Kommission, versuchte Genosse Radek, zwischen dem linken Flügel und der Mehrheit der Zentrale der KPD. einen Fraktionskampf zu entfachen. Er spottete darüber, daß wir, die Exekutive der Komintern, zwischen dem linken Flügel und der Mehrheit der Zentrale eine „Ehe" zustandebringen wollen. Wir antworteten: Was ist Schlimmes daran, wenn wir zwischen der Mehrheit der Zentrale und dem linken Flügel, das heißt Hamburg und Berlin, wo sich die besten revolutionären Arbeiter befinden, ohne die in Deutschland keine Revolution möglich ist, eine sogenannte „Ehe" zustandebringen wollen? Trotz ihrer Schwäche in der Vergangenheit haben die Linken im allgemeinen die opportunistische Gefahr richtig gekennzeichnet. Und heute haben sie eine bessere Verbindung mit der Arbeiterklasse Deutschlands als die Rechten, von denen einige echte politische Bankrotteure sind. Nicht darin liegt das Schlimme, daß sich die Rechten geirrt haben, sondern schlimm ist, daß sie ihre Fehler nicht einsehen wollen, was auch bei unserer Diskussion der Fall war.

*

Die Taktik der Einheitsfront. Die Politik der Exekutive der Komintern besteht darin, die deutsche Partei nach links zu orientieren und sie gegen die opportunistischen Gefahren einzustellen. Genosse Trotzki hat hier recht, wenn er schreibt, daß man im Jahre 1921 die deutsche Partei ein wenig nach rechts orientieren mußte, als sie sich im März 1921 den Kopf einrannte, und daß die Partei jetzt aus Passivität fortfuhr, die Gefahr links zu sehen. Jetzt ist die Zeit da, wo die Gefahr von rechts kommt. Das ZK. und die Komintern haben das schon angekündigt. Wir setzten im wesentlichen eine Verständigung des Hauptkerns der deutschen Partei mit den Vertretern der großen linken proletarischen Organisation durch, die bisher gegenüber einzelnen Vertretern jener Rechten, die unlängst erst den sächsischen Fehler begangen haben und diese offensichtlich sozialdemokratischen Fehler für reines Gold des wissenschaftlichen Kommunismus hinzustellen versuchten, voller Mißtrauen waren. So steht die Sache, Genossen. Zum Schluß will ich noch darauf hinweisen, daß offensichtlich auch in der Frage über die Einheitsfronttaktik Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Was ist die Einheitsfronttaktik? Wir wollen darüber nochmals eine genaue Formulierung geben. Von unserem Gesichtspunkt aus ist die Einheitsfronttaktik nichts anderes, als eine Methode der revolutionären Agitation und der Mobilisierung der Massen in jenem Stadium der Bewegung, wo wir noch in der Minderheit sind, wo das Kapital noch angreift, wo wir uns verteidigen, wo die Sozialdemokraten noch stark sind usw. Wir sagen, daß dies eine Methode der Agitation und der Organisation ist und nichts anderes. Wer da sagt, daß das etwas anderes bedeutet, der reicht den Sozialdemokraten einen Finger. Radek und der rechte Flügel der KPD. gehen gerade davon aus, daß die Einheitsfronttaktik auch etwas anderes bedeutet, etwas mehr als eine Methode der Agitation und Organisation. Sie sprechen den Gedanken nicht ganz aus. Aber sie denken, daß die Einheitsfronttaktik eine Regierungsbildung mit der SPD. bedeutet, daß das eine ganze Etappe ausfüllen könne, daß eine Art von Bündnis zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten auf der Grundlage der „Demokratie" möglich sei usw. Das eine bringt das andere mit sich. Hieraus entsteht die Ansicht, daß die Sozialdemokratie vom Faschismus besiegt sei.

Radek wendet ein, daß auch er auf die Sozialdemokraten schimpft. Nicht das Schimpfen ist aber das Entscheidende, sondern die Einschätzung, die Klassenanalyse. Es ist nicht notwendig, daß Ihr allzusehr auf die Sozialdemokratie schimpft, Ihr müßt nur sagen, daß sie jetzt an dem faschistischen Block teilnimmt, anstatt daß Ihr jetzt sagt, daß sie besiegt ist, daß sie dem Faschismus zum Opfer gefallen ist, dann habt Ihr eine andere Perspektive vor Euch. Hieraus ergibt sich auch der unrichtige Standpunkt über die Einheitsfronttaktik.

Bisher hat hier eine Unklarheit geherrscht. Jetzt muß klar Stellung genommen werden. Unser Standpunkt in der Exekutive besteht darin, daß die Einheitsfronttaktik nichts anderes ist, als eine Methode der Agitation und der Mobilisierung, eine Methode der Manöverierung in einer Lage, wo wir von Sozialdemokraten umgeben sind, nicht aber irgendeine demokratische Koalition mit der Sozialdemokratie auf parlamentarischer Grundlage. Aber man muß sich über diese Frage klar aussprechen. Genosse Radek drohte damit, daß hieraus in der Kommunistischen Internationale eine Krise entstehen werde. Ich glaube, daß dies nicht der Fall sein wird, wenn es aber unvermeidlich sein sollte, dann müssen wir sagen — je schneller, desto besser. Wir müssen in der Kommunistischen Internationale diese Frage klarstellen, unsere Partei muß sich darüber aussprechen und auf Grund ihrer Erfahrungen den Arbeitern anderer Länder den Weg weisen.

Das wären also unsere Meinungsverschiedenheiten. Ihr seht demnach, daß sich der Kampf teilweise auch auf die Linie der Komintern ausdehnte, daß man in der Komintern versuchte, gegen die Linie unserer Partei eine Front aufzurichten. Genosse Radek erklärte in Moskau vor Studenten, daß das ZK. durch die Exekutive der Komintern die deutsche Partei zugrunde richte. Wir, als begeisterte Internationalisten, würden schonungslos gegen ein solches Zentralkomitee vorgehen, das es wagen würde, sich gegenüber einer Bruderpartei, die von ihm Führung erwartet, nachlässig zu verhalten. Man sollte uns die Haut über die Ohren ziehen, wenn wir in dieser Frage wirklich einen Fehler zugelassen hätten. Aber es handelt sich darum, daß auch in dieser Frage die Rollen wieder so fatal verteilt sind, daß jene Genossen, die das ZK. der Entartung beschuldigten, in Wirklichkeit sich selbst hinter den Rockschößen jenes rechten Flügels verstecken, der in der eigenen Zentrale nur zwei von 25 Stimmen erhielt. Es stellte sich heraus, daß sie in dieser Frage wieder auf dem rechten Flügel stehen und nicht dort, wo wirkliche Marxisten und Bolschewiki stehen sollen.

Die Komintern befindet sich natürlich in einer schweren Lage. Nach einer Niederlage muß die Arbeiterklasse stufenweise zum Siege geführt werden. Wir sind davon überzeugt, daß die letzten Ereignisse in Polen, Deutschland und Bulgarien trotz allem den Anfang einer neuen Welle der internationalen Revolution bedeuten, die vielleicht diesmal noch abflauen, dann aber wieder aufsteigen wird. Aber das sind Ereignisse von größter Wichtigkeit.

Die Regierung Macdonald wird auch eine „Arbeiterregierung" sein, und die Arbeiter werden daraus lernen. Die Komintern erfüllt zweifelsohne ihre historische Mission, wenn sie nicht zuläßt, daß nach solchen Methoden gehandelt wird,

wie wir es hier vom Genossen Radek sehen, wenn sie nicht zuläßt, daß die Fraktionsmethoden in internationalem Maßstabe in unsere Organisationen hineingetragen werden. Nicht jede Kommunistische Partei hat einen solchen Parteiapparat wie wir. Sie haben kein so hartes Gerippe wie wir. Ich denke, es ist jetzt schon klar genug, daß der, der uns, unseren Apparat angreifen will, nicht mit heiler Haut davonkommen wird. Unsere jungen Bruderparteien sind noch nicht so gestählt, sie haben noch keinen so festen Apparat und keine solche Führung wie wir, und dort kann man natürlich viel Unheil anrichten. Für diese Parteien tragen wir eine große Verantwortung. Bedenkt es, Genossen, daß, wenn Ihr in Orenburg oder Jekaterinenburg lebt, so tragt Ihr auch dort einen Teil der Verantwortung für die ganze Kommunistische Internationale, für diese größte Arbeiterorganisation der Welt. Und es ist keineswegs leicht, in Abwesenheit Iljitschs für die Arbeit dieser Organisation die Verantwortung zu tragen. Und ich glaube, daß wir in dieser Frage besonders unversöhnlich und besonders „hartnäckig" vorgehen müssen, wie es den Bolschewiki, den Schülern Lenins, geziemt. Wir müssen, Genossen, energisch zum Ausdruck bringen, daß wir uns hier keine Späße gestatten, daß wir nicht erlauben, die kommunistischen Bruderparteien zu belästigen, daß wir nicht erlauben, die internationale Disziplin zu verletzen, daß wir nicht erlauben, den Fraktionskampf in die Internationale, in den Reihen der internationalen Organisation des Proletariats hineinzutragen. Wir müssen zeigen, Genossen — und darin werden mit uns alle Parteien der Komintern einverstanden sein — daß wir trotz allem auch weiterhin mit fester Hand die Kommunistische Internationale führen werden, und sollten sich Genosse Radek und andere Genossen rechtsgerichtete Seitensprünge erlauben, so werden wir solche Leute rasch auf den richtigen Platz stellen können. Gegenwärtig muß die Komintern als Ganzes, muß insbesondere aber die KPD. ihre Kräfte gegen die rechten Fehler konzentrieren, Fehler wie sie im Vorschlag des Genossen Radek enthalten sind.

Jene Genossen, die nicht nur die Revolution von 1917, sondern auch von 1905 durchmachten, wissen, wie wir dieser Meinurgsverschiedenheiten Herr werden können, in welcher Linie sich diese Meinungsverschiedenheiten bewegen. Denkt daran, wie Martow Differenzen suchte zwischen den Kadetten und den Oktobristen, zwischen Miljukow und Gutschkow. Solche Differenzen gab es ja natürlich, aber das waren nur Detailfragen und Nuancen. Martow verlor sich in den Versuchen, die Taktik der Partei auf diese feinen Differenzen aufzubauen, ebenso wie sich auch Radek darin verliert. Außer Gutschkow und Miljukow war noch Purischkewitsch da — es bestand noch der „Verband des russischen Volkes" —: das waren die Keime des russischen Faschismus. Seine schwarzen Hundert waren die Kampforganisationen des russischen Faschismus. Sie hatten Anhang in den Massen, sie hatten Anhang im Dorfe, sie hatten eine Zeitlang Hausknechte, Droschkenkutscher, Köchinnen — mit einem Worte kleine Leute hinter sich. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, daß Genosse Lenin zur Zeit des Dezemberaufstandes, als die Hausknechte, die kleinen Leute hinter unseren Kämpfern standen, dies uns als unsere größte Errungenschaft anrechnete. Radek hat Recht, daß man versuchen muß, diese kleinbürgerlichen Schichten dem Einflusse des deutschen Faschismus zu entziehen. Wir stimmen darin mit ihm überein. Aber man muß sich darüber ganz klar sein, daß wir unsere Taktik dennoch nicht auf die Gegensätze zwischen den Dynastien der Wittelsbacher und der Hohenzollern aufbauen dürfen, wie das Genosse Radek in seiner Resolution erklärt. Es gibt unter ihnen natürlich Meinungsverschiedenheiten, wie es solche auch zwischen der Bande des N. N. Romanow und der Bande Nikolaus II. gab; aber die Taktik einer proletarischen Partei darf keineswegs darauf beruhen. Ich glaube, daß unser einmütiger Beschluß darin bestehen muß, die deutsche Partei zu stärken. Die deutsche Partei schenkt schon heute dem Märchen, daß es in der RKP. eine große Krise gäbe, keinen Glauben. Einige deutsche Genossen, die hier einige Wochen verbrachten, haben wohl etwas gelernt. Ihre Zentrale hat etwas gelernt. Als sie sahen, wie unser ZK. um Moskau kämpfte, als die Anhänger der „Opposition" es ihm entreißen wollten, sagten die Genossen: Wenn wir eine solche Zentrale hätten, so hätten wir es nicht schlecht. Ich glaube, Genossen, daß diese Erfahrung für sie von großem Nutzen sein wird.

Wir betrachten es als ein gutes Vorzeichen für die KPD., daß es ihr mit Hilfe der Exekutive der KI. gelungen ist, eine einheitliche politische Plattform zwischen der Mehrheit der Zentrale und den linken Vertretern der Hamburger, Berliner und der Rheinischen Organisation zu finden. Diese Plattform wird sich jetzt unter der Kontrolle der Komintern wahrscheinlich auch auf dem nächsten Parteitag der KPD. durchsetzen. Sie stellt die Reihen der KPD. gegen die opportunistischen Abweichungen um. Wir halten das als ein glückliches Vorzeichen für die KPD., die, was man auch sagen möge, trotz all ihrer Fehler, eine starke Partei ist, aber vor ungeheuren Aufgaben steht.

Die Komintern begründet jetzt ihre Taktik in Deutschland — auf Grund bitterer Erfahrungen — auf zwei Möglichkeiten: auf die Möglichkeit einer räscheren Entwicklung der Ereignisse, vielleicht schon in diesem Winter, oder auf die Möglichkeit einer längeren Windstille.

Ihr erinnert Euch daran, Genossen, daß die Bolschewiki nach dem Jahre 1905 fast anderthalb Jahre lang nicht wußten, in welcher Richtung sich die Ereignisse entwickeln, ob in der Richtung einer längeren Epoche der Konterrevolution oder in der Richtung eines neuen raschen revolutionären Aufschwunges. Wir konnten erst im Jahre 1907 die Lage richtiger einschätzen und dann auch nur mit Schwankungen.

Es ist begreiflich, daß wir auch für Deutschland nicht voraussagen können, wohin dort die Ereignisse führen — auf eine unmittelbare Entspannung oder auf eine kürzere oder längere Windstille. Alles spricht hier für eine kürzere Dauer der Windstille, wie es bei uns war. Wir sind natürlich keine Geschichtsschreiber, sondern eine lebendige politische Partei, und dieses Kräfteparallelogramm hängt auch von uns ab.

In dieser Hinsicht — was die KPD. betrifft — dürfen wir unseren Genossen aus der Opposition am wenigsten leichtsinnige Späße erlauben. Was man auch sonst sagen möge, so steht die KPD. kraft ihres historischen Schicksals auf dem Vorposten der internationalen Revolution.

Natürlich hat der Beschluß unserer Partei im gegenwärtigen Augenblick eine viel größere Bedeutung als je vorher. Die rechten Abirrungen in der deutschen Partei wird die Exekutive der KI. sehr schnell überwinden, trotzdem die Genossen, die diese rechten Abirrungen verschuldet haben, in der Person des Genossen Radek und zum Teil auch des Genossen Trotzki eine Unterstützung bekamen. Wir hoffen, daß Genosse Radek seinen Fehler noch einsehen wird, und das wird natürlich der beste Ausweg sein, sowohl für uns wie auch für die KPD. und auch für ihn selbst. Sollte er aber diese Fehler nicht einsehen, so werden wir die Kraft, den Willen und die Geschlossenheit haben, trotz dieser Fehler jene Linie durchzuführen, die wir für die einzig richtige halten.

Politik

Die Parlamentswahlen in Italien.

Die Taktik der Parteien für die am 6. April stattfindenden Parlamentswahlen.

Von Ruggiero Grieco (Rom).

** Die Rede, die Mussolini am 28. Januar in der Generalversammlung der Faschisten in Rom gehalten hat, eröffnet offiziell die Wahlkampagne. Der eigentliche Beginn der Periode der Wahlvorbereitung fällt bereits in den Dezember und kann datiert werden von dem Tage, da die Sitzungsperiode des Parlaments geschlossen wurde. Am selben Tage begann überall die Diskussion über das aktuelle Problem: die Wahlen. Die von Mussolini am 28. Januar im Palazzo Venezia gesprochenen Worte werden sicherlich nicht ohne Einfluß auf das Programm und die Taktik der im Wahlkampf stehenden Parteien sein.

Der Ministerpräsident hat die Aufgabe, die der Faschismus sich mit der Ausschreibung der Neuwahlen setzte, klar ausgesprochen: man will die Herbeiführung eines Volksbeschlusses. Die diesbezüglichen Äußerungen Mussolinis waren recht wenig geschickt. Es ist natürlich unmöglich, an die Neutralität der Regierung bei den Wahlen zu glauben, besonders in Italien, wo jeder die schlecht verkleidete politische Korruption kennt, die den Namen Giolittis berühmt machte, ebenso wie die Taten seiner Söldlinge, die, bezahlt durch die Regierungskandidaten oder die Regierung selber, um jeden Preis die Wahl ihres Soldherrn durchzuführen hatten. Doch verlangt die elementare Taktik der Regierung, mag diese vorurteilslos sein oder nicht, daß das Recht der Bürger auf Freiheit der Propaganda und der Abstimmung öffentlich verkündigt werde und daß alle Staatsorgane

zur Wahrung dieses Rechtes angehalten werden. Mussolini, der nicht oft genug darauf hinweisen kann, daß er im Oktober 1922 keine Sondergerichte und Ausnahmsgesetze geschaffen, daß er den konstitutionellen Staatsapparat beibehalten und keine politische Organisation aufgelöst habe, sabotiert in Wirklichkeit systematisch die Gesetze der Verfassung; so hat er unsere Partei, ohne sie aufzulösen, in eine solche Lage gestellt, daß ihr jede irgendwie legale Arbeit unmöglich gemacht wird. In diesen Tagen gerade sind in Varese (Provinz Mailand) einige Genossen verhaftet worden, die beschuldigt werden, eine kommunistische Sektion gegründet zu haben (in Varese hat es immer eine kommunistische Sektion gegeben, die selbstverständlich illegal leben mußte). Unsere Presse ist vor einigen Monaten verboten worden, und erst vor wenigen Tagen wurde dieses Verbot aufgehoben; doch machen wir uns keine Illusionen — sicherlich wird es sehr bald wieder in Kraft gesetzt werden. Die Taktik Mussolinis dient ihm für seine Außenpolitik; es liegt ihm daran, nach außen hin nicht als Haupt einer reaktionären Regierung zu erscheinen, denn bei den bürgerlichen Regierungen, mit denen er verhandeln muß und die im gewissen Sinne der italienischen gleichwertig sind, ist es üblich, eine liberale und demokratische Sprache zu führen. In seiner Rede am 28. Januar hat Mussolini sich wohl davor gehütet, seine Ansicht über die italienischen politischen Probleme zu äußern oder gar ein Programm aufzustellen. Er unterzog — die in unserem Lande traditionelle Rhetorik ins Feld führend — das Verhalten der verschiedenen Parteien einer Prüfung und schloß mit dem üblichen Hinweis auf die Möglichkeit eines Appells an die Schwarzhemden, eine Möglichkeit, die stets gegenwärtig ist, die als Schreckgespenst herhalten muß für alle in Opposition gegen den Faschismus stehenden Parteien. Ein faschistisches Wahlprogramm gibt es nicht: in der Rede vom 28. Januar war es nicht enthalten, und es wird auch fernerhin nicht verkündet werden, nachdem der Ministerpräsident seinen Freunden versichert hat, daß er in dieser Wahlperiode seinen Mund nicht mehr öffnen werde. Wer die intellektuelle und politische Bewegung des Faschismus verfolgt, der weiß, daß dieser tatsächlich keine Theorie, keine Doktrin besitzt, daß er entstanden ist als Reaktion auf die große soziale Bewegung der Arbeiterschaft in den Jahren 1919/20. Der Faschismus beschäftigt sich vielmehr mit aktuellen Tatsachen, mit „Einzelfällen", die er — ohne Beschränkung durch vorgefaßte Methoden — je nach Opportunität und Erfordernis des gegebenen Moments prüft und zu lösen versucht. Darum kann sich der Faschismus den Luxus leisten, kein Programm zu haben. Das faschistische Programm kann in einem Wort ausgedrückt werden: **Nation**: Dem Parlamentarismus steht Mussolini als einer historischen Tatsache gegenüber: er sagt, so lange es die Krankheit des Parlamentarismus in Europa gibt, müsse man Wahlen veranstalten. Die Behauptung ist keine Theorie, sondern eine Pose. In Wirklichkeit ist Mussolinis Antiparlamentarismus darauf gerichtet, ein gefügiges Parlament als Instrument in seinen Händen zu haben.

Die **Klerikale Volkspartei** (Popolari), die schon viele Monate hindurch die politische Losung: „**Weder Arbeitsgemeinschaft noch Opposition**" verteidigt, geht jetzt mit ihrem Wahlmanifest entschlossen ins Lager der Opposition über. Die faschistische Presse beeilt sich, die Popolari als regierungsfeindliche Partei zu brandmarken.

Die **Republikaner**, die keine große Anhängerschaft im Lande haben, gehören zur Opposition und werden mit eigener Liste an den Wahlen teilnehmen.

Anhänger der Wahlenthaltung sind die **unitaristischen Sozialisten** (Turati-Partei), während die **Maximalisten**, deren Ansichten der „Avanti" vertritt, ihr Verhalten noch nicht klar zum Ausdruck gebracht haben. Die **Kommunisten** haben schon im Dezember ihren Willen zur Beteiligung an der Wahl kundgegeben. Über den von den Kommunisten an die Unitarier und Maximalisten gerichteten Vorschlag eines Wahlblocks der **„proletarischen Opposition"** wird besonders zu sprechen sein.

Die **liberale** und **demokratische** Opposition ist sich über ihr Verhalten noch nicht klar. Die Mailänder **Gesellschaft zu Verteidigung des Proportionalwahlsystems** ist umgewandelt worden in ein **Komitee der demokratischen Verteidigung** mit einem Programm, das in Opposition zum Faschismus steht. Mit diesem Komitee scheint die **Demokratische Liga** — die 1923 in Rom gegründet wurde und an deren Spitze **Bonomi** steht — in Verbindung getreten zu sein, um gemeinsam die Form der Teilnahme an den Wahlen am 6. April zu beraten. In diesen Tagen findet außerdem eine Konferenz der **Autonomen Demokraten** statt, einer Gruppe, die sich von der regierungsfreundlichen sozialen Demokratie, an deren Spitze der Minister **Di Cesaro** steht, abgetrennt hat und zur Opposition übergegangen ist. Man nimmt an, daß all diese oppositionellen demokratischen Gruppen einen Block bilden werden. Doch ist es schwierig, über das Verhalten der demokratischen Parteien Prognosen zu stellen; in ihren Reihen gibt es viele kleine Führer, die sich nach einem Abgeordnetenmandat sehnen, aber es gibt keinen großen Führer, der alle um ein ernstes Programm sammeln könnte.

Die Regierungsliste, die eine nationale Liste mit faschistischer Mehrheit sein wird, wird Namen von faschistenfreundlichen Persönlichkeiten beliebiger Parteien oder von parteilosen Faschistenfreunden enthalten. Die Aufnahme ihrer Namen in die Regierungsliste bedeutet nicht das Übereinkommen auf Grund eines bestimmten Programms (die Regierungsliste hat kein festes Programm) mit den Parteien, deren Mitglieder in der Liste figurieren. Die Regierungsliste umfaßt rechtsstehende Sozialisten aus der faschistenfreundlichen **Gruppe Gironda (Enrico Ferri, Cesare Alessandri)**, **Popolari** (Nationale Union der Popolari), **Demokraten** (Soziale Demokratie), **Liberale** (faschistenfreundliche Rechtsliberale). Die **liberale Partei**, die ihre Autonomie behalten will, wird sich an der Wahl der Liste der Minderheit beteiligen, ihre „parallele" Liste wird von der Regierung unterstützt werden. Das Wahlgesetz, das der Regierungsliste auf jeden Fall den Sieg sichert, nimmt durch das System der „parallelen" Listen noch eine Anzahl der Minderheitssitze für die liberalen Freunde der Regierung in Anspruch und stärkt so die parlamentarische Stellung der Regierung.

Alles oben Gesagte trägt den Charakter einer Information; wir Kommunisten wundern uns über nichts, was mit diesen Wahlen zusammenhängt: sie unterscheiden sich von den früheren oder von den Wahlen in anderen kapitalistischen Ländern, weil die in Italien augenblicklich herrschende diktatorische Methode sich formell unterscheidet von den Methoden, die die Bourgeoisie in anderen Ländern gegenwärtig anwendet.

Nach den Parlamentswahlen im Saargebiet.

Von W. Zink.

** Für den 27. Januar d. J. waren von der Regierungskommission des Saargebietes Neuwahlen für das sogenannte Landesparlament, für den **Landesrat** angesetzt. Das Parlament stellt eine demokratische Scheinkonzession des Völkerbundes, von dessen „Treuhändern" bekanntlich das Saarbecken verwaltet wird, an die saarländische Bevölkerung dar. Herrschte bis 1920 die französische Militärdiktatur **unbeschränkt**, so wurde diese später durch eine vom Völkerbundsrat ernannte „Regierungskommission" abgelöst, der das herrschende Frankreich seinen Stempel aufzudrücken vermochte. Um diesen Zusammenhang etwas zu verschleiern, gestand der Völkerbund eine parlamentarische Vertretung durch den Landesrat zu, der jedoch keine gesetzgebende, sondern lediglich „begutachtende" Rechte erhielt.

Selbst das Interpellationsrecht war illusorisch und wurde erst — in beschränktem Umfange — nach energischen Vorstößen der gegenüber der Regierung in Opposition stehenden Parteien erzielt. Der Völkerbund, als die Aufsichtsinstanz des Saargebiets, war mit dieser Farce einer parlamentarischen Vertretung vollkommen einverstanden. Auf Vorhaltungen und Beschwerden billigte der englische Vertreter des Völkerbundrates die Verkümmerung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Saarvolkes.

Der erste Landesrat, in dessen Periode der große Bergarbeiterstreik mit den rigorosen Unterdrückungsmaßnahmen (Zuchthausstrafen wegen Kritik am Völkerbund, am Friedensvertrag, wegen „Aufhetzung" usw. und das berüchtigte Antistreikpostenverbot) fiel, war im Frühsommer 1922 gewählt worden. Unsere damals noch schwache Partei vermochte mit 14.629 Stimmen zwei Mandate zu erobern. Die Sozialdemokraten, denen der gesamte reformistische Gewerkschaftsapparat zur Verfügung stand, erzielten 29.210 Stimmen und fünf Mandate. Die absolute Mehrheit erhielt das Zentrum mit 92.382 Stimmen gleich 16 Mandaten. Die drittstärkste Partei war die des Schwerindustriellen Röchling, der den Franzosen an der Saar als einziger deutscher Magnat **scheinbar** einen nationalistischen Kampf liefert. Er sammelte das national-deutsche Kleinbürgertum und das faschistische Element und errang insgesamt 32.470 Stimmen und fünf Mandate. Zu diesen Parteien gesellten sich noch die frankophilen Haus- und Grundbesitzer mit 15.678 Stimmen oder zwei Mandaten.

Seit dieser ersten Wahl hat die politische Reife des Saarproletariats große Fortschritte gemacht, und zwar dank des Anschauungsunterrichts, den einmal die deutschen Vorgänge und sodann die Verhältnisse im Saargebiet selbst boten. Die Wahlen wurden zu einem **Prüfstein** dafür, ob das klassenbewußte saarländische Proletariat mit dem Tempo der revolutionären Entwicklung Schritt halten würde. Unserer Aufrüttelung kam es vor allem darauf an, die von der Saar-Sozialdemokratie geflissentlich versuchte **Abschnürung der proletarischen Bewegung** an der Saar von der Bewegung in Deutschland — sei es im besetzten, sei es im faschistischen Belagerungszustandsgebiet — zu verhindern. Unsere Agitation hat seit Jahr und Tag darauf hingewiesen, daß, entgegen dem Schwindel der auf „westliche Orientierung" hindrängenden Poincaré-Propagandisten, das Saargebiet **nicht** die friedliche, von keinerlei Auswirkung der sozialen Kämpfe in Deutschland erschütterte „Oase" sein würde, sondern daß die Auswirkungen des gewaltigen Kampfes in Deutschland naturnotwendig auch das Saargebiet zu spüren bekommen würde. Und just noch wenige Tage vor der Wahl ließen die Scharfmacher jegliche Rücksicht auf die Abstimmung fallen. In einem Schreiben an die Saarbrücker Stadtverwaltung und an die Regierungskommission gaben sie offen zu erkennen, daß auch sie Nutznießer der Verelendungs- und Unterdrückungsoffensive der Stinnes-Republik sein wollen. Nachdem bereits die Grubenverwaltung die durch die Steigerung der Lebensmittelpreise und durch die Entwertung des Franken notwendiger denn je gewordenen Lohnforderungen mit dem Bemerken zurückgewiesen hat, daß höherer Frankenlohn nur eine Vermehrung der Inflation (!) und damit **weitere** Teuerung bedeutet (also Rettung des schwindsüchtigen Franken durch weiteren indirekten Lohnabbau), halten auch die Unternehmer der Hütten- und Metallindustrie die Stunde für gekommen, um der Arbeiterschaft den **Lohn zu senken und den Achtstundentag zu rauben.** Der Unternehmerverband rüffelte die Stadtverwaltung Saarbrücken, weil sie es gewagt hatte, die Löhne ihrer Angestellten und Arbeiter über das Niveau der Löhne der Metallindustrie hinaus zu erhöhen. Die Regierungskommission wurde scharf gemacht, solche Lohnerhöhungen durch die Kommunen zu verhindern, worauf die Regierungskommission, der das Wohl der Arbeiterschaft so sehr am Herzen liegt, natürlich prompt reagierte.

Am Wahltage hat das Saarproletariat auf die Kampfansage des vereinigten französisch-deutschen Scharfmachertums eine unzweideutige Quittung erteilt. Gegenüber 1922 hat die **Kommunistische Partei einen Stimmenzuwachs von nahezu 200 Prozent** erfahren, und zwar stiegen die für die KPD. abgegebenen Stimmen von 14.629 auf über 40.000. Unsere Partei rückt als drittstärkste in den Landesrat. (Zur Zeit, da dieser Bericht abgeht, war es noch zweifelhaft, ob fünf oder sechs Mandate auf unsere Liste entfallen.) Unsere Partei hat trotz mangelhafter Presse, die infolge Abtreibung der Druckmöglichkeit durch unsere vereinigten Gegner einschließlich der SPD. außerhalb des Saargebietes hergestellt werden muß, trotz erschwerter Wahlpropaganda (nur gebürtige Saarländer dürfen öffentlich in dem Paradies des Völkerbundes sprechen) den stärksten Stimmenzuwachs von allen Parteien. Vor allem in den Industrieorten, wo die Metallindustrie überwiegt, wurde stark kommunistisch gewählt. In Dillingen, in Dudweiler, in Ludweiler usw. marschiert die KPD. an erster Stelle vor den anderen Parteien. Selbst in die bisherigen Hochburgen des Zentrums ist sie erfolgreich eingedrungen, zum Entsetzen der Kleriker, die sich ihrer Schäfchen vergewissert zu haben meinten. Jedoch die arbeiterfeindliche Haltung des Zentrums bei den Wirtschaftskämpfen, sein Liebäugeln mit dem französischen Gruben-Imperialismus, der auf den Schächten ein unmenschliches Antreibe- und Menschenschindersystem beliebt, haben die christlichen Arbeiter in die Reihen des Klassenkampfes getrieben.

Davon profitierte auch **nochmals** die SPD., die ebenfalls ihre Stimmenzahl erhöhen konnte, und zwar von 29.210 auf 44.563. Statt der bisherigen fünf Mandate konnte diese Partei, der wiederum der Gewerkschaftsapparat und eine technisch gute Presse zur Verfügung stand, sechs Mandate einheimsen. Jedoch der Spaltpilz sitzt schon tief in der saarländischen VSPD. Die Auswirkungen des Zerfalls dieser Partei im Reiche werden sich auch hier bald bemerkbar machen.

Alle übrigen Parteien erlitten schwere Mandats- und Stimmenverluste. Die absolute Mehrheit des Zentrums ist dahin. Die mit ungeheurem Korruptionsfonds arbeitende separatistische Organisation (eine Vereinigung von Streikbrecherelementen, Gruben-Pinkertons und Poincaré-Agenten) erlitt eine blamable Niederlage. Ganze 5000 Stimmen konnte diese saarländische „Heimat"-Partei kaufen.

Die Wahlen eröffnen der revolutionären Arbeiterbewegung an der Saar eine Reihe neuer Betätigungsmöglichkeiten. Es gilt, die eroberten Positionen organisatorisch auszubauen und die neu zu uns gekommenen Massen politisch zu schulen. Eine wichtige Hilfe hierfür würde die Errichtung einer eigenen Presse sein können.

Große Aufgaben harren der Vollendung, wenn das Saarproletariat zum Bindeglied der deutschen und französischen kommunistischen Bewegung werden soll!

Brief aus Belgien.

Von J. Jacquemotte (Brüssel).

** Schon seit Wochen, wenn nicht seit Monaten, führt die bürgerliche Presse eine wütende Protestkampagne gegen die im Betriebe der belgischen Eisenbahnen bestehende Mißwirtschaft. An jedem Tag wird in spaltenlangen Artikeln aufs neue dargelegt, daß der Staat unfähig sei, die Eisenbahnen zu verwalten und den Bedürfnissen des Verkehrs Rechnung zu tragen.

Diese Kampagne hat den einzigen Grund, die öffentliche Meinung für eine Offensive des Kapitalismus vorzubereiten, die auf die Umstellung der staatlichen Bewirtschaftung der belgischen Eisenbahnen in eine privatkapitalistische Bewirtschaftung hinzielt.

Ein kleines Börsenjournal, der „Quotidien Financier" (Finanzielles Blatt), kündigte am 10. Januar in einem Artikel „Der Frieden der Götter" an, daß die beiden gewaltigen gegnerischen Gruppen „La Société Générale" und die „Banque de Bruxelles" dank der Diplomatie des Bankmagnaten **Empain** sich vollständig und endgültig ausgesöhnt hätten. Es führt als Ursache dieser Aussöhnung folgendes an:

„Es ist keine Kleinigkeit, um derentwillen die Götter Frieden geschlossen haben; nein, das geschieht mit der Aussicht auf ein ungeheures Geschäft, das gemacht werden soll: ein Trust der „Générále", der „Banque de Bruxelles", der „Banque Empain" und der „Financière du Transport" soll den Betrieb der Eisenbahnen des belgischen Staates übernehmen. Die Bedingungen sollen bereits niedergelegt, der Gesellschaftsvertrag fast fertiggestellt sein. Der Staat soll an den Einnahmen in einem noch zu bestimmenden Verhältnis beteiligt werden. Außerdem soll der Staat eine bestimmte Anzahl Millionen Franken vorgestreckt erhalten. Er wird jedes Risiko, er wird alle Sorgen los werden und außerdem vor finanziellen Verlusten gesichert sein. Er wird sogar Gelder einnehmen . . ."

Zahlreiche Regierungsblätter der Rechten wie der Linken bringen übrigens jetzt immer deutlichere Angaben über das angestrebte Ziel. Ein klerikaler Abgeordneter gibt in einem von dem Bankier **Löwenstein** ausgehaltenen Blatte seine „Hilfsmittel" bekannt, nachdem er die Notwendigkeit dargelegt hat, das Staatsbudget zu verringern, ohne die „zweifelhaft gewordene" Schuld Deutschlands zu berücksichtigen:

„Die Eisenbahnen verursachen uns 700 Millionen Franken Defizit; entäußern wir uns der Eisenbahnen! Vor dem Jahre 1914 waren sie zwei Milliarden wert; wir können also gegenwärtig mindestens einen Wert von sechs Milliarden veranschlagen; das bringt bei fünfprozentiger Verzinsung 300 Millionen ein. 300 Millionen Mehreinnahmen. 700 Millionen Ausgabenverringerung — das macht eine Milliarde aus . . ."

Ein liberales Blatt, „**L'Union Libérale**" in Verviers, dessen Meinung die des gegenwärtigen Eisenbahnministers **Neujean** ist, schreibt:

„Man hat ein Interesse daran, die Verwaltung dieses Nationalvermögens einer Privatgesellschaft anzuvertrauen . . ."

Wir erfahren, daß die Regierung bereits von einer gewissen ausländischen Eisenbahngesellschaft Vorschläge erhalten hat. Die wesentliche Bedingung dafür, daß diese Vorschläge in Betracht gezogen werden, bestand in folgendem: Absolute Freiheit gegenüber dem bestehenden Personal und die Berechtigung, **80.000 Eisenbahner abzubauen.**"

Es ist klar, daß die belgische Hochfinanz die Übergabe der Staatseisenbahnen in die Hände eines Transporttrusts vorbereitet und daß schon jetzt Verhandlungen im Zuge sind. Sie werden nicht zum Ziele führen, wenn die hungrigen Haifische, die um die Beute herumschwimmen, sich herumstreiten, ohne zu einer Einigung zu gelangen. Aber die Verständigung zwischen der „Société Générale de Belgique" und der mächtigen „Banque

de Bruxelles" läßt annehmen, daß die Finanzleute sich nicht gegenseitig auffressen werden. Im Gegenteil!

Wird die belgische Arbeiterklasse, eingeschläfert durch das reformistische Chloroform, zu handeln wissen? Diese Frage gewinnt um so größere Bedeutung, als die Reaktion ihre Absichten immer unverhüllter und nachdrücklicher zu erkennen gibt.

Der ehemalige Kriegsminister im Kabinett des Burgfriedens, **Devèze**, hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem er — wobei er sich dagegen verwahrt, gegen „das große Prinzip sozialen Fortschritts" einen Anschlag verüben zu wollen — in der Praxis den **Achtstundentag beseitigt**, um den Neun-, ja sogar den Zehnstunden-Minimalarbeitstag einzuführen. Die Bekanntgabe dieses Entwurfes hat unter dem so zahlreichen Industrieproletariat Belgiens eine große Gärung hervorgerufen. Die Metallarbeiter des Zentralgebietes haben eine Entschließung angenommen, am Tage der Eröffnung der Diskussion über den Entwurf Devèze in der Kammer einen allgemeinen Proteststreik von 24 Stunden zu organisieren.

Die Kommunistische Partei nahm diese Entschließung als Losung auf und propagiert ihre Annahme und Durchführung unter der Gesamtarbeiterschaft Belgiens. Zahlreiche Arbeiterversammlungen haben bereits gleichartige Entschließungen angenommen und außerdem vorgesehen, falls die reaktionäre Mehrheit der Kammer den Entwurf annehmen sollte, den Generalstreik bis zum äußersten durchzuführen.

Die reformistischen Führer wenden sich gegen diese Aktionslosungen. Wenn sie auch erklären, daß sie entschlossen seien, für die Erhaltung des Achtstundentages zu kämpfen, so wollen sie doch lediglich die Arbeiter dazu bewegen, all ihr Vertrauen und all ihre Hoffnung auf die parlamentarische Aktion der Sozialdemokraten zu setzen.

Wenn die belgische Arbeiterklasse den Achtstundentag verteidigen können will, den sie durch ihren unmittelbaren Ansturm nach Kriegsende erobert hat, so wird sie sich ohne jegliche Verzögerung dem Einflusse der reformistischen Anschauungen vollständig entziehen und einen energischen Kampf gegen das Unternehmertum aufnehmen müssen.

Hierbei wird die Kommunistische Partei Belgiens voll und ganz auf der Seite der Arbeiterklasse stehen. Die aktiven Kommunisten setzen alles daran, um die Arbeiter aus ihrer Passivität, die in diesem Augenblick ganz besonders gefährlich ist, herauszureißen. Die KP. Belgiens wird dabei durch die Tatsache unterstützt, daß es der Partei vom 1. Januar ab gelungen ist, ihr Wochenorgan „Le Drapeau Rouge" (Die Rote Fahne) in eine Tageszeitung umzuwandeln. Das notwendige Gründungskapital in Höhe von 100.000 Franken ist in weniger als drei Monaten durch eine Sammlung herbeigeschafft worden, die auf Grund eines Aufrufes an die Parteimitglieder, an die Sympathisierenden, an die Abonnenten und Leser der Wochenschrift „Le Drapeau Rouge" durchgeführt wurde.

Das Erscheinen der kommunistischen Tageszeitung und das Herannahen der allgemeinen Wahlen, die im Jahre 1925 stattfinden, hat die reformistischen Führer veranlaßt, ihre Angriffe gegen die revolutionären Arbeiter zu verstärken. Ständig drohen sie ganz laut mit Ausschlüssen. Die Verwirklichung dieser Drohungen begegnet aber noch — dank dem mächtigen Einheitsempfinden der Massen — großen Schwierigkeiten. Die reformistischen Führer bemühen sich, diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Es erfolgen Einzelausschlüsse, die von den Zentralkomitees ohne Befragung der organisierten Arbeiter vorgenommen werden.

Die Kommunistische Partei, die aus dem letzten Kampfe gegen die Regierung gestärkt hervorgegangen ist (das „Große Komplott gegen die Sicherheit des Staates"), wird ihre Aktion unter den Arbeitern zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen ohne Ermattung und ohne Schwäche fortzuführen wissen.

Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko in Sicht.

Von John Pepper (New York).

** Der gierige amerikanische Imperialismus bereitet einen neuen Kreuzzug vor: er will **Mexiko erobern**.

Die Regierung der Vereinigten Staaten kaufte zuerst für **Obregon** Waffen und schickt jetzt Kriegsschiffe nach Tampico.

Die Coolidge-Regierung erklärte zuerst, sie verkaufe Waffen an Obregon, weil dies die „konstitutionelle" Regierung von Mexiko sei und weil die Vereinigten Staaten an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Mexiko interessiert seien.

Die Coolidge-Regierung erklärt nun, daß sie Kriegschiffe entsenden mußte, um die durch die Regierung von **Adolfo de la Huerta** über **Vera Cruz** verhängte Blockade zu brechen, um so „die Einmengung in den gesetzlichen amerikanischen Handel zu verhüten".

Wir müssen die Arbeiter und Bauern in unserem Lande aufrütteln. Die größte Gefahr bedroht uns. Die Vereinigten Staaten, das jüngste, gierigste und mächtigste imperialistische Land der Welt geht offen darauf aus, Mexiko zu erobern, nachdem es dieses Land ökonomisch untergraben hat. Aber die Eroberung von Mexiko ist nicht bloß die größte Gefahr für die Arbeiter und Bauern von Mexiko, sondern auch die größte Bedrohung der Arbeiter und Bauern der Vereinigten Staaten. Die Kosten des Weltkrieges wurden mit dem Blute, dem Schweiße, aus dem Gelde der Arbeiter und Bauern der Vereinigten Staaten gezahlt. Die Arbeiter zahlen noch immer durch die erhöhten Kosten für die Lebenshaltung. Die Bauern zahlen noch immer durch den furchtbaren Bankrott von Millionen und aber Millionen der sich mit dem Boden Abrackernden. Ein neuer Krieg gegen Mexiko würde eine Verschärfung der Weltkrise bedeuten, er würde ein Anwachsen der Armee und der Flotte, die Verstärkung der zentralistischen Regierung bedeuten und neue und immer wieder neue Lasten auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung wälzen.

Das ist das verschlagenste und skrupelloseste Spiel, das der amerikanische Imperialismus spielt. Der Imperialismus der Vereinigten Staaten zwang zuerst die Obregon-Regierung auf die Knie, die Obregon-Regierung wurde von den Vereinigten Staaten anerkannt, aber erst nachdem Obregon alle Vorrechte und Privilegien der amerikanischen Kapitalisten in Mexiko anerkannt hatte, nachdem Obregon, der Vertreter des jungen mexikanischen Kapitalismus, nicht nur die Interessen des einheimischen mexikanischen Kapitals verraten, sondern auch begonnen hatte, die Arbeiter zu unterdrücken und die Bauern zu entwaffnen, die ihm bisher ihre Unterstützung geschenkt hatten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erkannte die Obregon-Regierung an nach der Kapitulation Obregons, aber die Obregon-Regierung scheint den Vereinigten Staaten noch immer zu radikal, und der amerikanische Imperialismus zettelte im selben Augenblick, in dem Obregon anerkannt wurde, eine Konterrevolution in Mexiko gegen Obregon an. Hinter Adolfo de la Huertas Konterrevolution standen nicht nur die Großgrundbesitzer, die einen Teil ihres Landes an die bewaffneten Leibeigenen abgeben mußten, standen nicht nur die unzufriedenen Offiziere und die reaktionäre katholische Kirche, sondern auch die mächtigen amerikanischen Ölinteressenten.

Wall Street (die New Yorker Börse) anerkannte Obregon, und Coolidge verkauft ihm Waffen, während zur selben Zeit die Konterrevolution de la Huertas durch Wall Street finanziert wird. Gleichzeitig aber schickt Coolidge Kriegsschiffe aus, um die Blockade, die die de la Huerta-Regierung verhängt hat, zu brechen.

Dies alles sind scheinbar lauter Widersprüche. Es kommt einem wie Wahnsinn vor. Aber es liegt eine furchtbare und blutige Methode und Logik in diesem Wahnsinn. Diese Methode und Logik ist die Methode und Logik des Imperialismus.

Dieses scheinbar widersprechende Vorgehen der Vereinigten Staaten läßt sich aus den Plänen der Wall Street und des Weißen Hauses erklären, die Mexiko erobern wollen. Die Vereinigten Staaten unterstützen Obregon und unterstützen Huerta, um dadurch jegliche Regierung in Mexiko unmöglich zu machen. Die amerikanischen Kapitalisten wollen in Mexiko eindringen. Die Chikagoer **„Daily Tribune"** hat die Pläne der Imperialisten verraten. So sagt die Chikagoer „Daily Tribune", die die Tendenz des amerikanischen Imperialismus vertritt, der nichts mit Europa zu tun haben, sondern das Lateinische Amerika erobern will:

Wir beschützten und unterstützten den richtigen Mann, aber wenn er freundschaftlich ist und Mexiko friedlich gestalten will, dann ist es höchste Moral, ihm Waffen und Munition zu liefern. Wenn aber diese Methode nicht von Erfolg begleitet sein sollte, **werden die Vereinigten Staaten eventuell zu einer direkten Intervention gezwungen werden, wie sie in Haiti und anderen Orten dazu gezwungen waren.**

„In diesem Falle wäre es für **Amerika** am weisesten, **die gutbezahlten Mexikaner vom Lande anzuwerben und ihnen aufzutragen, die Ordnung in ihrer Heimat aufrechtzuerhalten**, genau wie die Polizei auf den Philippinischen Inseln. Das würde na-

türlich einen Aufruhr erregen, aber er wäre gerechtfertigt. Er könnte durch die Unterstützung einer mexikanischen Verwaltung in der Weise, wie unsere Regierung es jetzt macht, vermieden werden."

Es ist unsere Pflicht, die Arbeiter und Bauern im ganzen Land aufzurufen, die Pläne des amerikanischen Imperialismus zu enthüllen und gegen den neuen Krieg zu kämpfen. Die Arbeiter und Bauern müssen erkennen, daß ein Schritt dem anderen folgt. Zuerst kam der Verkauf der Waffen, der zweite Schritt war die Entsendung der Kriegsschiffe. Der dritte Schritt wird die Landung von Truppen sein. Der vierte Schritt wird sein: **die vollständige Mobilmachung der Armee und der Marine.**

Es gibt eine Möglichkeit, daß der mexikanische Krieg nicht isoliert bleibt. Schon ist ein Konflikt zwischen den amerikanischen und britischen Ölinteressenten in Mexiko entbrannt. Heute schon schicken die Vereinigten Staaten Kriegsschiffe aus, um den „legitimen amerikanischen Handel" zu schützen. Morgen wird Großbritannien Kriegsschiffe entsenden, um den „legitimen britischen Handel" zu schützen.

In der imperialistischen Periode des Kapitalismus besteht immer die Möglichkeit und sogar die Wahrscheinlichkeit, daß ein lokaler Krieg nicht isoliert und lokalisiert bleibt. Im Jahre 1914 führte der ausgesprochen lokale Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu der Explosion des Weltkrieges. Wer kann garantiren, daß der lokale Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko nicht im Jahre 1924 zu einem neuen Weltbrand führt? Wir müssen erkennen, daß Kriegsgefahr und Krieg in der imperialistischen Periode nicht Zufälle sind, sondern mit eherner Notwendigkeit aus der inneren Struktur der imperialistischen Periode selbst folgen. Was die Regierung der Vereinigten Staaten in Mexiko heute tut, wurde theoretisch schon am 8. November 1923 vom Handelsminister Hoover verkündet, der in einer Rede am amerikanischen Schiffahrtskongreß erklärte:

> „Es muß rechtzeitig betont werden, daß unser internationaler Handel einer der Grundpfeiler unserer Lebenshaltung ist; daß die gesamte Struktur unseres Lebens und unseres Wohlbefindens von der Einfuhr von Waren abhängt, die wir selbst nicht hervorbringen und nicht hervorbringen können ... Zinn, Gummi, Kaffee, Zucker und eine Menge anderer Dinge. Fernerhin hängt die Zahl der Waren, die wir einführen können, von dem Umfang unserer Ausfuhr ab. Ja noch mehr, wir brauchen eine **konstante Ausdehnung unseres Absatzmarktes,** um unserer inländischen Produktion durch Erweiterung ihres Kundenkreises Stabilität zu verleihen."

Union der Sowjetrepubliken

Kerkermeister des Zaren vor dem Moskauer Revolutionstribunal.

Von Victor Serge (Kiew).

** Am 14. August 1912 ließ sich Herr Staatsrat **I. P. Sementowskij,** Inspektor der Hauptverwaltung der Gefängnisse des Zaren, im Gefängnisse von Kutomar eingetroffen, die Türe der Zelle des politischen Verurteilten **Brillion** öffnen und sprach ihn an, wobei er ihn duzte. „Ich bitte Sie", antwortete der Verurteilte, „mich nicht zu duzen." Worauf der Herr Inspektor nur die übliche Antwort der hohen Funktionäre einer Strafvollzugsverwaltung, also berufmäßiger üppig bezahlter Folterknechte, finden konnte:

„Man züchtige diesen Häftling!"

Dieser Häftling wurde auch sogleich mit Ruten gezüchtigt. Am folgenden Tage nahm er eine starke Dosis Morphium zu sich, ohne daß es ihm jedoch gelang, sich damit zu töten. Das ganze Gefängnis revoltierte. Den Mißhandlungen, den Grausamkeiten und der schändlichen Strafe der Auspeitschung hatten die revolutionären Eingekerkerten nur zwei Waffen entgegenzusetzen: den Hungerstreik und den Selbstmord, der letzte Appell an die öffentliche Meinung. Der Häftling **Moschkin** nahm Strychnin zu sich, kam aber nach entsetzlichen Qualen mit dem Leben davon. Ein gewisser **Pirogow** öffnete sich die Adern. **P. Michailow** wurde irrsinnig. Diejenigen, die nicht unter der Auspeitschung verröchelten, suchten aus Solidarität den Hungertod. Fünf Tapfere verübten Selbstmord. Der Verurteilte **Wassiljew** wurde mit einem Säbelhiebe niedergemacht, während man ihn auspeitschte. Der Direktor des Gefängnisses, **Golowkin,** sagte den Verurteilten: „Eure Sache ist es, zu sterben; die meine, Euch zu begraben."

In der Zentralstelle von Orel, einem andern berühmten Zarenkerker, im Zuchthause von **Serentuj,** im Zuchthause von **Akatuj,** in **Warschau,** in allen Gefängnissen, deren weites Netz sich von den Polargebieten bis zur Krim, von den Grenzen Deutschlands bis Sachalin erstreckten, wiederholten sich die gleichen Greuel durch Jahre hindurch. Der Zarismus fühlte sich der Zukunft sicher. Die kleinen französischen Rentner ließen ihm jedes Jahr einige Milliarden aus ihren Ersparnissen zukommen: er hatte also die Mittel, seine Henker zu bezahlen.

* * *

Sechs Jahre sind seit dem Ende dieses Regimes vergangen. Der Herr Staatsrat I. P. Sementowskij, Inspektor der Hauptverwaltung der Gefängnisse, ein alter, beleibter Mann mit einem weißen Apostelbart, war nun am 10. Januar und den folgenden Tagen dieses Jahres nur mehr ein „Bürger", der höchst ehrfurchtsvoll vor dem Revolutionstribunal in Moskau erschien. Noch dazu in glänzender Gesellschaft.

Man sah an seiner Seite auf der Anklagebank den **Dr. Rychlinskij,** ein bemerkenswertes Muster von einem Arzte all dieser Strafvollzugsverwaltungen. Dieser Praktikus ließ seinerzeit eine besondere Sorte Watte herstellen, die dazu bestimmt war, durch entsprechende Massagen die Spuren von Schlägen zu verwischen. Einem sterbenden Häftling verweigerte er eine Tasse Bouillon. Er beließ Sterbende in ihren Ketten. Er gab seine Zustimmung zum „Herstellen von Tuberkulosen".

Diese Sache war die Spezialität der angeklagten Gefängnisaufseher **Semaschko** und **Nowitschenko.** Diese rohen Gesellen wußten, welche Rippen zu brechen waren, welche Stellen des Brustkorbes zu schlagen waren, um bei den Gefolterten eine galoppierende Schwindsucht herbeizuführen.

Ein ehemaliger Oberaufseher der Gefängnisse von **Kutomar, Irkutsk, Serentuj, Orel** namens **Kovalew** und ein ehemaliger Direktor der Gefangenentransporte, **Melkich,** verantworteten sich an ihrer Seite in größter Verlegenheit ...

Das war der Prozeß der menschlichen Bestialität. Der Prozeß des Gefängnisses, der Maschine zur Zermalmung der Gesetzesübertreter, der Ausgestoßenen, der Aufrührer, die von der Bourgeoisie unserer Zeit auf den höchsten Grad der Vollkommenheit gebracht worden ist. Es kam die Rede auf gewisse Baumwollspinnereien in Orel, die derart gefürchtet waren, daß sich politische Häftlinge die Finger abschnittten, um nicht dorthin zu kommen.... Ein ehemaliger auf Lebenszeit zu Zwangsarbeit Verurteilter, der jetzt im Kaukasus eine hohe politische militärische Stellung bekleidet, kam zur Zeugenbarre, um den Selbstmord seines Zellengefährten **Illinskij** zu beschreiben: „Bevor er sich vergiftete, schrieb er mir, da er kaum mehr sprechen konnte: ‚Wenn Du mich nur ein wenig lieb hast, so hindere mich nicht zu sterben'." Ein anderer ehemals zu Zwangsarbeit Verurteilter gab folgende Äußerung eines Staatsanwaltes des alten Regimes wieder: „Das Ziel der Verwaltung ist ein einfaches: die Hälfte von Euch zu vernichten, die andere Hälfte kampfunfähig zu machen." — Man rief die Toten der Zentralstelle von Orel in Erinnerung: 21 politische Häftlinge, die in den Jahren 1911/12 getötet wurden, 18 Selbstmorde. Man gedachte der Verurteilten, die bei lebendigem Leibe verbrannt wurden, von der Höhe von Innengalerien herabgestürzt wurden, um auf den Fliesen der Korridore zerschmettert zu werden, denen die Brust mit Nägeln durchbohrt wurde ...

Nach diesen Debatten baten die alten Folterknechte um die Nachsicht der Richter, Sementowskij mit Rücksicht auf sein hohes Alter (63 Jahre) und auf seine Kinder; der ehemalige Direktor der Gefangenentransporte, der angeklagt worden war, die Verurteilten zur Versendung an die Folterstätten ausgesucht zu haben, im Namen seines Sohnes, der im Alter von 18 Jahren bei der Verteidigung von Petrograd gegen Judenitsch gefallen war; der ehemalige Oberaufseher Kowalew und der Arzt Rychlinskij im Namen ihrer „ehrlichen Arbeit unter der Sowjetherrschaft". Die Öffentlichkeit hätte ein Vergeltungsurteil natürlich gefunden. In anderen Epochen hat sich die Revolution unerbittlich gezeigt gegenüber Feinden, die weit weniger abstoßend waren und ihr viel weniger Übles angetan hatten. Aber der Bürgerkrieg ist beendet, die Leidenschaften haben sich geglättet, die Revolution verteidigt sich nur, sie rächt sich nicht. Die Todesstrafen, die gegen Sementowskij und Melkich ausgesprochen wurden, wurden sofort in Anwendung der Amnestie, die anläßlich des fünften Jahrestages des Roten Oktober erlassen worden war, in zehn Jahre Gefängnis umgewandelt.

Rychlinskij wurde zu fünf Jahren verurteilt. Der Oberaufseher Kowalew, der neben Hunderten von unqualifizierbaren Handlungen einige Anwandlungen von Menschlichkeit anführen konnte, die er einstmals gezeigt hatte, kommt mit derselben Strafe und Bewährungsfrist davon.... Was vor allem für Nachsicht zugunsten dieser alten Henker sprach, ist ihre völlige Ohnmacht, das Gefühl, daß sie einer endgültig abgetanen Vergangenheit angehören.

Auch die Revolution hat Gefängnisse, weil sie deren bedarf, da die kommunistische Gesellschaft, die wir wollen, nicht fertig aus dem Klassenkriege hervorgehen kann. In den schrecklichen Jahren des Bürgerkrieges und der Hungersnot haben sich ohne Zweifel Dramen abgespielt. Dort ist mehr als anderswo die Unkultur des russischen Volkes zum Ausdruck gekommen. Aber mehrere bedeutende Tatsachen überragen all dies: die Abschaffung der Verurteilung auf Lebenszeit, der Körperstrafen, der Strafen über zehn Jahre Einkerkerung, die radikale Abänderung des Strafvollzuges, die großzügige rückwirkende Anwendung der Amnestien, die Anwendung des Prinzips der Klassenjustiz, das systematisch die Arbeitenden begünstigt.

...Aber in sogenannten demokratischen Ländern setzen Folterknechte, die sich kaum von diesen alten Dienern der russischen Bourgeoisie unterscheiden, ihr elendes Handwerk täglich fort. Weiß man denn, was in den Gefängnissen von Frankreich, deren Außenseiten mit der Aufschrift **„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit"** verziert sind, die Einzelzellen, das Schließen in Eisen, die Bestrafungen mit Dunkelzelle und Halbdunkelzelle bedeuten? Weiß man, was in den Gefängnissen Eberts geschieht, in den Gefängnissen von **Mussolini**, von **Primo de Rivera**, wo wir Tausende von Genossen haben? Was für Sementowskijs in der ärgsten Gestalt sind jetzt überall dort an der Arbeit?

Wirtschaft

Die Krankheit des französischen Franken.

Von Jacques Sadoul.

** Im Verlaufe der letzten Jahre haben wir des öfteren die Gründe dargelegt, warum die französische Bourgeoisie bei aller militärischen Stärke und wirtschaftlichen Festigung innerlich doch sehr gedrückt und infolgedessen auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft sehr verwundbar war.

Als im August 1923 das englische Pfund mit 80 und der Dollar mit 18 französischen Franken bewertet wurde, wiesen wir darauf hin, daß mit Rücksicht auf die Art und die Höhe der Wechsel und Verpflichtungen der Bank von Frankreich das Steigen des Pfundes auf 100 Franken und des Dollars auf 22 Franken vorausgesagt werden kann, also gerade die Kurse, die während der letzten Wochen tatsächlich erreicht wurden. Wir kündigten damals gleichzeitig an, daß die französische Regierung dem für sie sehr gefährlichen Fortschritt der Krankheit des Franken nur dadurch Einhalt wird gebieten können, wenn sie notgedrungen zu einer Radikalkur greift.

Die finanziellen Heilmittel der Poincaré-Regierung, die das Vertrauen der internationalen Frankenbesitzer wiederherstellen sollten, würden vor allem zur Ordnung der französischen Staatsfinanzen dienen und in der Erschließung neuer fiskalischer Einnahmen bestehen, die im Rahmen des normalen Budgets zur Bedeckung derjenigen Ausgaben dienen sollen, die durch den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verursacht sind und die sich bereits auf über 100 Milliarden belaufen; sie figurieren bisher im Budget unter dem Titel „Eintreibbare Ausgaben" (nämlich seitens Deutschlands) und sind auf dem Wege von Anleihen gedeckt.

Zu den finanziellen kommen noch die politischen Heilmittel, die den Franken durch größere Geschmeidigkeit in der Außenpolitik Frankreichs, insbesondere durch Verminderung der Poincaréschen Intransigenz England wie auch Deutschland gegenüber helfen sollen.

Schon seit dem September 1923 hat Poincaré die Notwendigkeit solcher Heilmittel erkannt. Er hat seinen Willen, neue Steuern einzuführen, kundgetan. Die ihm zur Verfügung stehende Presse hat eine Kampagne geführt, um die öffentliche Meinung von seinen Absichten zu überzeugen. Aber die öffentliche Meinung nahm so heftig dagegen Stellung, daß die Regierung in Furcht geriet und kläglich den Rückzug antrat.

Als sich Poincaré auf diese Weise gezwungen sah, auf die finanziellen Heilmittel zu verzichten, verlegte er sich um so mehr darauf, die **politischen** Heilmittel in Anspruch zu nehmen. Aber diese ließen sich nicht ohne jene ins Werk setzen. Poincaré bot Baldwin herzlich die Hand und zeigte Stresemann das entgegenkommende Lächeln. Vergebliche Anstrengung. Dieses Entgegenkommen, das übrigens keineswegs der Ausdruck eines guten Willens war, wurde zuguterletzt zurückgewiesen. Baldwin und Stresemann kalkulierten mit Recht damit, daß die Regierung Poincarés nicht den Mut haben würde, den französischen Bürgern einige Monate vor den Wahlen jene gewaltigen Opfer für den Fiskus aufzuerlegen, die allein zur Sanierung der Staatsfinanzen geeignet wären, und daß sie es also angesichts des drohenden Bankrottes billiger geben würde. Daher taten sie ihr möglichstes, um die Gefahr eines drohenden Bankrottes für Frankreich zu vergrößern. Sie hofften, durch diese Methode der Schwächung Frankreichs Poincaré zu nötigen, sich zu fügen oder zu demissionieren, sich in seiner Politik anpassungsfähig zu zeigen oder die Macht aus seiner Hand zu geben.

Da sich in England und Deutschland eine beträchtliche Menge der gegenwärtig in Umlauf befindlichen 20 bis 25 Milliarden Franken befand, waren diese in der Lage, im richtig gewählten Zeitpunkt einen großen Teil hiervon auf den internationalen Markt zu werfen und so auf die französische Devise einen gewaltigen Druck auszuüben. Diese finanzielle Offensive war durch einen andauernden und wirksamen Feldzug gegen den Kredit Frankreichs in der europäischen und amerikanischen Presse vorbereitet worden.

Die wichtige Attacke auf den Franken bewirkte seinen Sturz. Es half nichts, daß Poincaré sein Bestes tat, um ihn auf den verschiedenen Börsen der Welt zu stützen und gleichzeitig den Kredit Frankreichs vor der Öffentlichkeit zu verteidigen. Es war vergeblich. Denn die Kampagne gegen den Franken vollzog sich auf einer sehr soliden materiellen Basis, da der Wert des Franken im Grunde von den in Umlauf befindlichen Banknoten und von der Höhe der öffentlichen Schuld abhängig ist und es ein Leichtes ist, den Verteidigern des Franken nachzuweisen, daß die öffentliche Schuld, insbesondere die laufende Schuld Frankreichs ständig im Wachsen begriffen ist, während sich die Quantität und Qualität der Papiergeldverpflichtungen unausgesetzt zu vermindern trachtete.

Poincarés Anstrengungen mußten vergeblich bleiben. Denn die aufgezeigte materielle Grundlage des Frankenrückganges rechtfertigte die psychologische Einstellung dazu. Beurteilt man doch fast allgemein die Zukunft der französischen Finanzen pessimistisch. Die psychologischen Gründe erklären sich nicht so sehr durch eine Verschlechterung, als vielmehr durch eine unabsehbare Verlängerung der Unbeständigkeit der französischen Finanzen. Im Januar 1923 hatte Poincaré erklärt, daß die finanzielle Stabilität durch die Ruhrbesetzung, die Deutschland zum Zahlen zwingen sollte, rasch wiederhergestellt werden würde. Nach einem Jahr der Ruhrbesetzung hat nicht nur Deutschland nichts gezahlt, sondern die Verschärfung des französisch-englischen Konflikts ließ sogar eine im Sinne der französischen Imperialisten zufriedenstellende und schleunige Regelung der Reparationsfrage unwahrscheinlicher als jemals zuvor erscheinen.

Der Ausgang der englischen Wahlen steigerte noch das Unbehagen der unglückseligen Frankenbesitzer. Die Aussicht, daß eine „Arbeiterregierung" in England ans Ruder kommen werde, bewirkte geradezu einen Sturz der französischen Währung.

Einerseits verursachte die Aussicht, daß Macdonald zur Macht käme — was die englische Bourgeoisie beunruhigte — daß englische Kapitalien ins Ausland wanderten, wodurch der Kurs des englischen Pfundes zurückging. Der Rückgang des Pfundes bestimmte die Engländer, Dollar zu kaufen. Um aber den Rückgang ihrer nationalen Währung zu verzögern, kauften sie die Dollar mit Franken, die sie in beträchtlichen Mengen besaßen. Sie warfen diese Franken massenhaft auf die Märkte von New York, London, Amsterdam und Paris, wodurch der Rückgang des französischen Franken beschleunigt wurde.

Andererseits sah man allgemein voraus, daß die Außenpolitik der Regierung der Labour Party den englisch-französischen Gegensatz verschärfen, den Widerstand Deutschlands gegen die französischen Ansprüche steigern und infolgedessen den Zeitpunkt in die Ferne rücken würde, in dem Frankreich die Reparationszahlungen in Empfang nehmen, das heißt die Unordnung der französischen Staatsfinanzen beseitigen können wird.

Die Bedeutung der auswärtigen Beziehungen Frankreichs — insbesondere zu England — für den Kurs des französischen Franken wird sehr klar, wenn man sich die Kursveränderungen des französischen Franken während der letzen vier Jahre vor Augen hält.

Im Jahre 1920 zog Millerand nach mancherlei Zögern Frankreich von neuem auf den Weg des Imperialismus. Immerhin strengte er sich an, auf England Rücksicht zu nehmen. Während seiner Manöver, die die Unterordnung der rheinisch-westfälischen Industrie unter das Eisenhüttenkomitee (Comité des Forges) bezweckten, machte er der englischen Bourgeoisie zahlreiche Konzessionen. Aber selbst diese widerspruchsvolle Kompromißpolitik mußte letzten Endes doch England beunruhigen. Im Verlaufe des Jahres stieg der Dollar langsam von 13 auf 16 Franken.

Im Jahre 1921 trieben Briand-Loucheur, die vor allem die Interessen des Export- und Bankgeschäftes vertraten, eine Politik internationaler Verständigung und industrieller Übereinkommen mit Deutschland. Sie gaben unablässig ihren Wunsch kund, mit England zu kooperieren. Im Verlauf dieses Jahres ging der Dollar von 16 auf 11 Franken zurück.

Im Jahre 1922 machte sich Poincarés Politik, die der pazifistischen Politik Briands entgegengesetzt war, geltend. Poincaré bezeigte — selbst gegen Millerand — seinen Willen, sich von der Vormundschaft Englands zu befreien. Der Dollar stieg von 11 auf 15 Franken.

Im Jahre 1923 besetzte Poincaré gegen den Willen Englands das Ruhrgebiet. Trotz der unbestreitbaren politischen Siege, die er über Deutschland davontrug, fiel der Franken zum Dollar rasch von 15 auf 18. Die Wahlerfolge der englischen Labour Party lassen an einen vollkommenen Bruch der Entente glauben. In einem Monat schnellt der Dollar von 18 auf 23 Franken hinauf.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß der französisch-englische Gegensatz vorübergehend beigelegt werden wird, um ein französisch-englisches Zusammenarbeiten zu ermöglichen, da nur ein solches Zusammenarbeiten die Regelung der Reparationsfrage gewährleistet, die die ganze europäische Politik beherrscht und deren Lösung für England und Frankreich im gleichen Maße unumgänglich notwendig ist. Aber wir sind auch weiterhin der Meinung, daß nach der Regelung der Reparationsfrage die englisch-französische Kooperation wohl oder übel aufhören und der Gegensatz zwischen der imperialistischen Bourgeoisie der beiden Länder sich verschärfen und schließlich notwendigerweise zur gewaltsamen Auseinandersetzung führen wird.

Die internationalen Kapitalisten sind gleichfalls von der Unvermeidlichkeit dieses Kampfes überzeugt. Aber auch wenn diese Herrschaften von jenem für Frankreich ungünstigen, jedoch immerhin hypothetischen Element bei ihren unmittelbaren Berechnungen absehen, so sind sie dort bemüßigt, eine Reihe von Tatsachen festzustellen, die ihre pessimistischen Anschauungen über die Zukunft der französischen Finanzen rechtfertigen. Frankreich, das ohne den englischen Verbündeten einem Deutschland gegenübersteht, das entschlossen ist, die Reparationszahlungen so sehr wie möglich hintanzuhalten, Frankreich, das von einer ungeheuren Schuldenlast bedrückt ist, kann von einem Tag zum anderen in eine Inflationspolitik hineingeraten, die den Franken jäh entwertet. Unter diesen Umständen wird die Flle begreiflich, mit der sich die Kapitalisten ihrer Franken entledigen.

Wir haben darauf hingewiesen, daß zur „Beruhigung" der Frankenbesitzer sowohl die finanzielle als auch die politische Situation in Frankreich in Ordnung gebracht werden müßte.

Aber Poincaré konnte als Gefangener seines eigenen Systems keine geeignete Finanzpolitik machen. Die Finanzlage erfordert Sparsamkeit, seine Politik Verschwendung. Er kann die Schulden an die Alliierten nicht zahlen und muß jedem, der zu ihm kommt, Geld leihen. Im Verlauf von sechs Monaten hat er Belgien 500 Millionen und 1500 Millionen der kleinen Entente und Polen vorgestreckt. Er führt Krieg in Marokko. Er hält Syrien in seiner Hand. Er besetzt das Ruhrgebiet und das ganze Rheinland mit französischen Truppen.

Die große Politik Poincarés ist zwar eine Politik des Prestige, aber zugleich des Ruins. Am 13. Januar veröffentlichte das „Journal Offiziel" das Gesetz, das eine Anleihe von 300 Millionen für Jugoslawien und von 400 Millionen für Polen autorisiert. Gleichzeitig wurde die bevorstehende Bildung der Regierung Macdonald bekannt. Im Verlaufe des 14. Januar allein stieg der Dollar von 20 auf 23 Franken.

Das Unbehagen der Frankenbesitzer drohte sich in Panik zu verwandeln. Die Katastrophe war nahe. Es galt, so rasch wie möglich zu handeln. Die Währungskrise ist eine Vertrauenskrise. Das Vertrauen mußte erzwungen werden. Und um das Vertrauen zu erzwingen, mußte man, zumindest dem Anschein nach, das Budget ins Gleichgewicht bringen.

Die Wirtschaftslage in der Schweiz und die Aufgaben der Arbeiterklasse.

Von Zuercher.

** Die wirtschaftliche Lage der Schweiz steht im Zeichen einer neuen Verschärfung der Krise. Hatten wir während des Sommers 1923 eine gewisse Stagnation, hervorgerufen durch das Anziehen des Exports einiger weniger Industrien und vor allem durch eine lebhafte Bautätigkeit, zu verzeichnen, so nähern wir uns nunmehr einem Zeitpunkte des rascheren Verfalles der nationalen Wirtschaft. Einmal ist durch die völlige Auflösung der **deutschen Wirtschaft** die Schweiz ihres größten Absatzmarktes beraubt. **England,** als zweitgrößtes Absatzgebiet der schweizerischen Industrieprodukte, sucht durch Abschließung des eigenen Wirtschaftsgebietes nach außen die durch eine chronische Krise erzeugte Massenarbeitslosigkeit zu beheben, was wiederum die schweizerische Exportindustrie aufs empfindlichste treffen wird. **Frankreich,** das aus dem Ruhrkriege als Sieger hervorgeht und immer mehr zur vorherrschenden Macht in Mitteleuropa wird, ist dennoch nicht in der Lage, seine Staatsfinanzen nur einigermaßen zu sanieren. Ein weiteres Sinken des französischen Franken ist unausbleiblich und damit auch hier dem schweizerischen Export eine Schranke gesetzt. Dazu kommt, daß auch Amerika sich immer mehr von Europa abwendet und dort die Tendenz einer gänzlichen Abschließung vom europäischen Festlande an Boden gewinnt.

Das Schicksal der schweizerischen Exportindustrien scheint also, wenn auch nicht in einigen Monaten und auch nicht durch einen sprunghaften Verfall, so doch durch wellenlinienartige Abwärtsentwicklung besiegelt.

Die Wirtschaftspolitik des Bürgertums sucht sich dieser Entwicklung anzupassen. Während man anfänglich im Bundeshause in Bern durch eine Politik und Subventionen die Exportindustrie über Wasser zu halten glaubte, ist man heute an einem deutlichen Wendepunkt der Wirtschaftspolitik angelangt. Das Programm der nationalen Abschließung, der Rückkehr der Schweiz zum Selbstversorgerland, zur Autarklie, ist zum Prinzip erhoben worden. Das bedeutet nichts anderes als **Abbau der Exportindustrie,** was gleichbedeutend ist mit der Existenzlosmachung von einer halben Million Köpfen der schweizerischen Bevölkerung. Aber das ist noch nicht alles. Die schweizerische Landwirtschaft selbst, die heute noch den vierten Teil der Gesamtbevölkerung umfaßt, ist mit der Exportindustrie aufs innigste verknüpft. Der Verfall der Industrie ist gleichbedeutend mit der Verschärfung der Krise in der Landwirtschaft, die auch dem Ruin entgegengeht. Die Existenz des gesamten werktätigen Volkes ist somit durch die Wirtschaftspolitik der herrschenden Klasse aufs äußerste bedroht.

Die heutige Wirtschaftspolitik des Bundesrates, als der Politik der herrschenden Klasse, der Großbauern und der Bankkapitalisten, wirkt sich in erster Linie gegen die Arbeiterklasse aus. Diese soll in ihrer Lebenshaltung heruntergedrückt werden. **Lohnabbau, Beseitigung der Arbeitslosenfürsorge, Abschaffung des Achtstundentages,** das sind die Folgen dieser Politik. Und die schweizerische Bourgeoisie ist gewillt, bis zur äußersten Konsequenz diesen Weg der Reaktion zu gehen. Sie wird im Kampfe um ihre eigene Existenz auch vor den Mitteln der bewaffneten Gewalt nicht zurückschrecken.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, den Abwehrkampf gegen die revolutionären Bestrebungen der schweizerischen Bourgeoisie aufzunehmen und zu organisieren. Dabei muß mit allem Nachdruck betont werden, daß die Arbeiterschaft der Aushungerungspolitik der Bourgeoisie nur wirksam entgegentreten kann, wenn sie ihren Kampf gegen diese Politik als Klasse führt. Die alte Methode des gewerkschaftlichen Einzelkampfes muß in der heutigen Periode des Verfalles der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in den meisten Fällen mit einem Mißerfolg für die Arbeiterschaft enden. Die Bourgeoisie ihrerseits ist bestrebt, solche Einzelkämpfe zu provozieren, um so leicht über eine Kategorie oder Gruppe der Arbeiterklasse nach der anderen zu siegen und ihr Programm restlos zu erfüllen. Die Führung

einer wirklich proletarischen Klassenkampfpolitik besteht darin, daß die Arbeiterklasse es nicht zuläßt, daß die Bourgeoisie die nationale Wirtschaft mehr und mehr dem Zerfall überläßt, ja diesen Zerfall durch eine verblendete, reaktionäre Wirtschaftspolitik geradezu fördert.

Die Arbeiterklasse muß dem reaktionären, volksfeindlichen, großkapitalistischen Wirtschaftsprogramm ihr eigenes proletarisch-revolutionäres Wirtschaftsprogramm entgegenstellen, ein Wirtschaftsprogramm der Zukunft des gesamten werktätigen Volkes. Verhinderung der Abwanderung des schweizerischen Kapitals, Öffnung des Bankgeheimnisses, Umstellung der schweizerischen Industrie auf Massenbedarfsartikel unter intensiver Ausnützung der schweizerischen Wasserkräfte, planmäßige Elektrifizierung, Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland sind die nächsten Forderungen, die in diesem Programm enthalten sein müssen. Führt die Arbeiterklasse ihren Kampf auf der Grundlage eines solchen Programms, so wird sie auch immer mehr Verbündete unter den Mittelschichten, unter den Angestellten und den Kleinbauern gewinnen. Und in der Gewinnung, der Neutralisierung dieser Schichten, in ihrer Loslösung von den Führern des Großkapitals und ihrer Sammlung unter der Fahne des Klassenkampfes ist auch der Sieg der schweizerischen Arbeiterklasse über die kapitalistische „Ordnung" verbürgt.

Die Aufnahme des Abwehrkampfes ist heute eine dringende Notwendigkeit, soll nicht eine weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiter eintreten. Daß es möglich ist, mit Erfolg Kämpfe zu führen, ist durch den letzten Streik im Holzgewerbe bewiesen worden. Hier wurde auch der Beweis erbracht, daß der Wille zur Solidarität und zum Kampf in weitesten Kreisen der organisierten Arbeiter vorhanden ist. Dieser Kampf- und Solidaritätswille kann aber heute nicht restlos ausgenützt werden, weil ein Teil der Gewerkschaftszentrale und namentlich die Leitung des Gewerkschaftsbundes auf dem Standpunkt steht, möglichst allen schärferen Kämpfen auszuweichen. Der Erfolg in Basel war allerdings durch die relativ günstigeren Verhältnisse im Baugewerbe möglich. In anderen Gewerben und Industrien bedarf es weit größerer Anstrengungen, umfassenderer Vorbereitungen und namentlich einer zentralen Leitung, die willens und fähig ist, alle Kräfte zu mobilisieren und den gegebenen Verhältnissen entsprechend einzusetzen.

Die Schaffung eines Solidaritätskartells aller auf dem Boden des Kampfes stehenden Gewerkschaftsverbände, Kartelle, Unionen und lokalen Sektionen wird zu einer dringenden Notwendigkeit. Die Aufgaben dieses Solidaritätskartells hätten darin zu bestehen, die revolutionären Gewerkschaften und Kartelle zu aktivisieren, um den schweizerischen Gewerkschaftsbund zu einer wirklichen Kampforganisation auszubauen, die auch den Willen hat, den einheitlichen Massenkampf gegen die Reaktion aufzunehmen. Mittel dazu sind eine systematische Propaganda unter den Arbeitermassen und ein einheitliches Vorgehen im Gewerkschaftsbund und in seinen Organen. Bis die Instanzen des Gewerkschaftsbundes die Führung des Massenkampfes gegen die Bourgeoisie aufnehmen, müßten die dem Solidaritätskartell angeschlossenen Organisationen sich einen Ausschuß geben, der die Arbeit zur Revolutionierung des Gewerkschaftsbundes zu leiten und ferner den jeweiligen Verhältnissen entsprechend, soweit seine Kräfte reichen, den Massenkampf vorzubereiten und zu führen hätte.

Arbeiterbewegung

Die Gewerkschaftsspalter in Deutschland am Werke.

Von Heckert.

** Es ist der Arbeiterschaft aller Länder bekannt, daß die Lage der deutschen Arbeiterklasse eine so elende geworden ist, wie nie zuvor. Nirgendswo müssen die Arbeiter für solche Hungerlöhne sich ausplündern lassen, wie das in dem Lande geschieht, das die größte Gewerkschaftsbewegung der Welt hat. Dieses Elend der deutschen Arbeiter ist nicht allein, nicht einmal in der Hauptsache, den mißlichen Verhältnissen zu danken, in die Deutschland nach Beendigung des Weltkrieges gelangt ist. Eine unendlich größerere Schuld an der Lage der deutschen Arbeiter als diese mißlichen Verhältnisse des Reiches tragen die Spitzen der deutschen Gewerkschaften, insbesondere die Führer des ADGB. Diese Leute konnten sich seit mehr als zehn Jahren nicht genug tun in der Leistung freiwilliger Lakaiendienste an die Bourgeoisie.

Schon im Jahre 1917 schrieb die von der Noskesoldateska ermordete Rosa Luxemburg über die deutschen Gewerkschaftsführer, „daß sie Prostituierten gleichen, die jedem willig sind auf den leisesten Pfiff". Nirgends gab es nach Beendigung des Krieges und auch noch in späteren Jahren so viel und so günstige Gelegenheiten, um die Macht der Arbeiterklasse zu erweitern wie in Deutschland. Die Gewerkschaftsspitzen haben aber alles Menschenmögliche getan, um die Arbeiter dem Kapital wieder zur bedingungslosen Sklaverei zu überantworten. Dieses Schandwerk ist ihnen leider nur zu gut gelungen. Mit einer teuflischen Systematik waren die Gewerkschaftsführer in Deutschland tätig, um jeden Widerstand der Arbeiter gegen die Verelendung zu brechen. Die Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital wurde von den Gewerkschaftsführern aufgerichtet, und mit dieser Institution der raffiniertesten Betrügerei der Arbeiterklasse spielte man den Unternehmern einen Trumpf nach dem andern in die Hände.

Die deutschen Arbeiter waren nicht so dumm, um das Wesen der Arbeitsgemeinschaft zu verkennen. Sie fühlten instinktiv, daß diese eine Fessel des Proletariats ist, und seit ihrem Bestehen führen sie darum einen Kampf um ihre Beseitigung. Auf diesen Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit dem Unternehmertum antworten die Gewerkschaftsspitzen mit dem Ausschluß der Wortführer der Opposition aus den Verbänden und ihrer Denunziation an das Unternehmertum, damit sie von diesen gemaßregelt werden können. Auch hier haben wir eine Analogie mit der Kriegszeit. Die burgfriedlichen Gewerkschaftsführer denunzierten damals die Oppositionellen an die Militärbehörden, um sie in den Schützengraben oder in die Schutzhaft zu bringen. Und wie die Sozialdemokraten unter Führung der Gewerkschaftsinstanzen während des Krieges die Opposition gegen den Burgfrieden aus der Sozialdemokratischen Partei ausschlossen, so schließen sie jetzt die Gegner der Arbeitsgemeinschaft aus den Verbänden aus.

Als im Frühjahr 1922 nach dem großen Eisenbahnerstreik das kapitalistische Deutschland die erste große Offensive gegen den Achtstundentag und die Rechte der Arbeiter im Betriebe einleitete, da erklärten die Herren Gewerkschaftsführer nicht etwa: jetzt müssen alle Arbeiterkräfte zur Abwehr der Unternehmeroffensive eingesetzt werden, sondern im Gegenteil: „der beste Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse ist der Kampf gegen die Kommunisten". Ihrem Kampfruf entsprechend, haben die Gewerkschaftsführer eine große Anzahl revolutionärer Elemente aus den Gewerkschaften ausgeschlossen. Trotz dieser Maßregel gelang es ihnen aber nicht die Opposition gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik auszurotten. Diese wuchs vielmehr so beträchtlich, daß sie auf dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig die Mehrheit erhielt und auf dem Kongreß den Austritt aus der Arbeitgemeinschaft, wie die Aufgabe aller arbeitsgemeinschaftlichen Tendenzen durchsetzte. Deutsche Gewerkschaftsführer sind aber über Mehrheiten erhaben, sie sind nur Schwärmer für die bürgerliche Demokratie, nicht aber Anhänger der Demokratie in der Arbeiterbewegung. Wie sie mit Heldenmut gegen die Diktatur des Proletariats kämpfen, so kämpfen sie mit noch größerer Kraft und unter Anwendung der schuftigsten Mittel für die Aufrichtung ihrer Diktatur in den Verbänden.

Im Jahre 1923 hat die arbeitsgemeinschaftliche Politik der Gewerkschaftsführer vollständig Schiffbruch erlitten. Die Kapitalisten können die Hilfe der Lakaien des ADGB. bei der Ausbeutung und Niederwerfung der Arbeiter entbehren. In ihrem Kraftbewußtsein gehen die Unternehmer so weit, daß sie ihren besten Zutreibern aus der Gewerkschaftsführerschaft Fußtritte auf den Hinterteil versetzen. Die Unternehmer haben die ihnen günstige Situation gut und rasch ausgenützt, so daß es heute der deutschen Arbeiterklasse beispiellos schlecht geht. Natürlich will der deutschen Arbeiter aus diesem Elend heraus, und da er sich von den Gewerkschaftsführern verlassen und verraten fühlt, greift er zur Selbsthilfe. Eine große Anzahl solcher Selbsthilfsaktionen, die nicht die Sanktion der Führer erhielten, fanden in den letzten Jahren statt. Doch auch in diesen Aktionen fühlt der Arbeiter, daß er nur dann Aussicht auf Erfolg haben wird, wenn es gelingt, diese Bewegungen gut zu organisieren. Er versteht weiter sehr wohl, daß bei Fortsetzung der reformistischen Gewerkschaftspolitik nicht nur die Unternehmer auf der ganzen Front triumphieren werden, sondern daß auch die Gewerkschaften in Trümmer gehen.

Aus diesen Erfahrungen heraus wurde die Weimarer Konferenz organisiert und von dieser Konferenz das Programm aufgestellt: „Rettung der Gewerkschaften vor dem Untergang — Beseitigung der arbeitsgemeinschaftlichen Politik — Wiederaufnahme des rücksichtslosen Klassenkampfes — Reinigung der Ge-

werkschaften von allen klassenverräterischen Elementen und Neuaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu großen einheitlichen Industrieverbänden." Diese Bestrebungen haben einen ungeheuren Widerhall bei der proletarischen Klasse ausgelöst, Weimar wird von ihr als Rettungsweg aus der Ohnmacht und Erniedrigung aufgefaßt. Anders von den Gewerkschaftsspitzen. Diese wollen ihre arbeitsgemeinschaftliche Politik fortsetzen, sie wollen nichts vom Klassenkampf wissen. Sie führen keinen Kampf gegen den Lohnabbau und geben kampflos den Achtstundentag preis, Ohnmacht und Elend der Arbeiterklasse damit vergrößernd. Gerade in den Tagen, wo es dem Unternehmertum geglückt ist, den Arbeitern wichtiger Gebiete den Achtstundentag zu entreißen, tritt der ADGB. zusammen, um **einen neuen Feldzug gegen die oppositionellen Gewerkschaften** zu organisieren. Diese Leute, die zu dumm und zu feige sind, auch nur die kleinste Position der bedrohten Arbeiterklasse zu verteidigen, beschließen einstimmig: „Diese Vorgänge (Kampf der Weimarer Opposition zur Rettung der Gewerkschaften) zwingen die Gewerkschaften zur Aufrichtung einer **gemeinsamen Abwehr**... Wer sich in den Dienst dieser Sonderorganisation stellt oder den oben gekennzeichneten Bestrebungen gar wissentlich Vorschub leistet, **stellt sich außerhalb der Gewerkschaften.** Die Gewerkschaften von derartigen Schädlingen zu befreien, erfordert das Interesse der Selbsterhaltung und der uneingeschränkten Kampfkraft der Gewerkschaften... Der Bundesvorstand erwartet deshalb von allen Gewerkschaftsmitgliedern, daß **sie mit aller Entschiedenheit von den gekennzeichneten Zersplitterern** abrücken und die notwendigen Maßnahmen zur Befreiung der Organisation von diesen Elementen tatkräftig unterstützen."

Und sofort machen sich entsprechend dieser Anweisung von oben die beamteten Kreaturen des ADGB. in den unteren Organen an die Ausführung dieses teuflischen Planes zur Vernichtung der deutschen Gewerkschaften. Die Gewerkschaftskommission von Berlin und die Gewerkschaftskonferenz von Berlin-Brandenburg haben beschlossen, alle Ortskartelle des ADGB. die sich auf den Boden von Weimar stellen, auszuschließen, und sie sprechen die Erwartung aus, daß die Verbände schnell von den oppositionellen Elementen gereinigt werden.

Das ist die Anweisung zur Zertrümmerung der Gewerkschaften. Das ist die beste Art zur Auslieferung der wehrlos gemachten Arbeiterklasse an die kapitalistischen Blutsauger. Das ist ein Werk, so unerhört, daß jeder bisherige Verrat dieser Instanzen dagegen verblaßt. Im Krieg haben die Gewerkschaftsführer die Gewerkschaften zu den besten Bollwerken der Reaktion ausgebaut, in der Revolution wurden sie von ihnen der Konterrevolution dienstbar gemacht und jetzt sollen sie einfach der Vernichtung überliefert werden. Die Opposition wird alles tun, um diesen Plan zu nichte zu machen. Die faschistischen Banditen an der Spitze des ADGB. sollen ihr Werk nicht vollenden. Die Arbeiter werden auf der Hut sein. In allen Betrieben, in allen Orten, in allen Gewerkschaften werden die Arbeiter aufstehen und dem Gesindel das Handwerk legen, dessen einzige Fähigkeit nur darin besteht, sich für ihre Judastaten an der Arbeiterklasse aus den Taschen der Verratenen zu bezahlen. Vielleicht kann die Weimarer Opposition die Spaltung der Verbände nicht verhindern, aber sie wird verhindern, daß der Kapitalist den Nutzen aus dieser Tat der Arbeitsgemeinschaftler ziehen kann. Die deutschen Gewerkschaften werden unter der Führung der Opposition wieder wachsen zu einer mächtigen und siegreichen Waffe der Arbeiterklasse.

Der Kampf der deutschen Seeleute in den britischen Häfen.

Von G. Hardy (London).

** Der Streik der deutschen Seeleute in den britischen Häfen dauert noch an. 75 Schiffe mit 1200 Mann sind zurzeit dadurch stillgelegt. Der Streikt dauert nunmehr die dritte Woche, und die Seeleute stehen so fest als je zu ihren Forderungen nach Löhnen, die den Lebensnotwendigkeiten halbwegs entsprechen. Sie verlangen, nach dem Tarif der englischen Seeleute bezahlt zu werden.

Um diesen Streik zu verstehen, müssen wir uns einigermaßen den Kampf dieser Arbeiterschicht seit dem Waffenstillstand vor Augen führen. Es waren die deutschen Matrosen, die in der Revolution von 1918 in bewunderungswürdiger Weise mitgewirkt hatten. Die Seeleute von Kiel revoltierten und in allen Häfen standen die Matrosen an der Spitze der revolutionären Erhebung. Seither sind sie aber ständig von den Sozialdemokraten betrogen worden. Gleich zu Beginn begann Noske seine Politik, die die Herrschaft der Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie seither kennzeichnet. Er beglückwünschte sie in Kiel wegen ihrer Bemühungen, die Revolution zu retten, die ihn und seine Kollegen während des Kapp-Putsches an der Macht erhielten. Aber als sie ihren Kampf zu einem Sieg der Arbeiterklasse steigern wollten, antwortete er gleich den Tag darauf mit Maschinengewehren. **Die Geschichte der letzten fünf Jahre in Deutschland ist die Geschichte blutiger Unterdrückung.**

Im letzten Jahre ging es den deutschen Seeleuten am schlechtesten. Der rapide Verfall der deutschen Mark hat auch die Seeleute arg getroffen. Seefahrer, die ein viertel Jahr fort waren, erhielten nach der Landung nicht genug Geld, um dafür einen Laib Brot kaufen zu können. Trotz alledem weigerten sich die Führer der reaktionären Gewerkschaften, den Kampf aufzunehmen, als der deutsche Schiffahrtsbund, der der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen ist, den Streik proklamierte.

Verbittert und verzweifelt begannen sie im August wieder zu revoltieren. Die Dockarbeiter und Matrosen streikten. Eine Anzahl Toter nach dreitägiger Schlacht blieben im Gedächtnis der verhungerten Frauen und der schwindsüchtigen Kinder haften. Der Stadt-Staat Hamburg wird von den Sozialdemokraten beherrscht, dessen Polizeipräsident für den Tod der kämpfenden Arbeiter verantwortlich ist. Eine geringe Lohnerhöhung wurde gewährt, aber das fortwährende Sinken der Mark machte sie in einigen Tagen wieder illusorisch. Die Frauen der Seeleute mußten wieder mit leeren Einkaufstaschen um die Läden herumstehen, die Preise waren gestiegen, ihr Geld war wertlos geworden. Wieder erscholl überall der allzu bekannte Ruf: „**Kein Brot! Keine Kartoffel!**" Die Gewerkschaftsbüros wurden überflutet von stöhnenden Frauen, die um Hilfe für sich und ihre Kinder riefen.

So ging es weiter, bis sich im Oktober die Arbeiter wieder zum Aufstand gezwungen sahen. Die Regierung Cuno war im August gefallen, und Stresemanns Herrschaft war um kein Haar besser. Die Leiden des Proletariats wurden unerträglich. In der letzten Oktoberwoche erreichte die Not den Höhepunkt. Da standen die Arbeiter von Hamburg wieder hinter den Barikaden und kämpften eine verzweifelte Schlacht. Sie verloren in zwei Schlachten 67 Tote und hatten viele Verwundete, aber nicht ohne den Streitkräften der Kapitalisten ebenfalls große Verluste zuzufügen.

Nun waren die deutschen Seeleute gezwungen, eine Aktion außerhalb Deutschlands in die Wege zu leiten. Die weißen Garden Noskes sind ohnmächtig, wenn die Seeleute international in Aktion treten. Sie haben einen anderen Ort für ihren Streik ausfindig gemacht, wo die Handgranaten der Reichswehr und der Grünen Polizei sie nicht erreichen können.

Im Gegensatz zu der Behauptung, daß die britischen Schiffsbesitzer den Streik der deutschen Seeleute in den britischen Häfen unterstützen und daß der britische Seemanns- und Heizerverband (NSFU.) die Leute zum Streik aufgerufen habe, sind die Seeleute, ausschließlich durch die deutschen Verhältnisse bestimmt, zu ihrer Entschließung gelangt. Sie beschlossen, abwechselnd in ausländischen Häfen zu streiken. Und die britische Schiffahrtsförderation läßt klar erkennen, daß sie den Streik für einen gefährlichen Präzendenzfall halte. Sie sehen in dieser Streikmethode eine Gefahr, die zu einer ähnlichen Aktion der britischen Seeleute führen könnte. Überall versuchen die britischen Schiffsbesitzer die Löhne herabzudrücken. Sie benötigen die Tatsache der niedrigen deutschen Löhne (sie betragen nur 2 Pfund 18 Shillinge im Monat), um den Lohn der britischen Seeleute zu erniedrigen. Wir können international nicht konkurrieren, ist ihr Ruf. Unlängst sagte Lord Inchape: „Wenn wir imstande sein wollen, unsere Schiffe auf See zu halten und unsere Ausgaben zu decken, dann wird es notwendig sein, weitere Lohnreduktionen vorzunehmen." Aber er sagte auch in der Aktionärversammlung: „Wir können wieder wie voriges Jahr 12% Dividende bezahlen." Sie wollen gegen die Dockarbeiter und Seeleute vorgehen, weil sie sich mit Profiten von Millionen Pfund noch nicht zufrieden geben. Sie wollen, daß die englischen unter ähnlichen Bedingungen wie die deutschen Seeleute arbeiten.

Aber es gibt Anzeichen, daß das Klassenbewußtsein im Anwachsen begriffen ist. Die Dockarbeiter auf den Viktoria- und Surreyhandelsdocks bei London streikten zur Unterstützung der Seeleute. Sie nahmen die Arbeit unter der Bedingung wieder auf, daß der Konsul und die Schiffsmakler die deutschen Schiffs-

unternehmer zu Verhandlungen einlade. **Die Unternehmer lehnten** ab. Die Vertreter der Streikenden, die von Hamburg nach allen britischen Häfen geschickt worden waren, berichteten, daß die Leute feststehen und entschlossen sind, den Streik durchzuhalten. Ihre Forderungen sollten von allen Arbeitern Englands tatkräftigst unterstützt werden. Die Internationalisierung der Seemannslöhne hat lange Zeit die fortgeschrittenen Seeleute beschäftigt. Nur weil sowohl die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF.) als auch die Rote Gewerkschaftsinternationale dies auf internationalen Kongressen zum Beschluß erhoben haben, wurde den Streikenden die Unterstützung gegeben. Auch dieser Streik ist internationaler Klassenkampf gegen die Schiffseigentümer.

Die englische Sektion der Roten Gewerkschaftsinternationale veranstaltet Sammlungen, um die Familien der Streikenden zu unterstützen. Nicht nur die britischen Löhne sind bedroht, sondern auch die internationale Solidarität unter den Seeleuten. Dieser Streik sollte ein Signal sein zur Bildung des internationalen Seemannsbundes. Gerade wie die Streikenden in England immer Verräter genannt werden, so nennt jetzt die deutsche Presse die Seeleute, die nahe am Verhungern und deren Frauen und Kinder in Not und Verzweiflung sind, Verräter, Pflichtvergessene und Werkzeuge in den Händen des Feindes. Zur selben Zeit überfällt in Deutschland der faschistische Diktator die Büros des **„Deutschen Schiffahrtsbundes"** und zwingt ihn wegen seiner internationalen Grundsätze und seiner internationalen Aktion zur Illegalität.

Streiks der Seeleute sind nun auch in den **amerikanischen, chilenischen und australischen Häfen. Der Australische Schiffahrtsbund, gleichfalls der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen, unterstützt die Streikenden.** Wenn auch die britischen Seeleute und Werftarbeiter ihre Pflicht erfüllen werden, indem sie von ihren Docks die Streikbrecher fernhalten, dann wird der Weg für weitere Aktionen internationaler Solidarität — wenn sie sich als notwendig erweisen — geebnet sein.

Die englische Arbeiterpartei und der Lokomotivführerstreik.

Von W. Lada.

Der Zufall, der es gewollt hat, daß an dem Todestag des großen Führers des revolutionären Proletariats der Führer der englischen Arbeiterpartei Ramsay Macdonald den Auftrag übernahm, die erste britische „Arbeiter"regierung zu bilden, hat das Hauptorgan des europäischen Menschewismus, den Berliner „Vorwärts", veranlaßt, „großzügige" Erwägungen über „Moskau und London" anzustellen. Aus diesen Erwägungen zieht es die Schlußfolgerung:

„Das arbeitende Volk Deutschlands muß für den Kampf gegen die Geldsackherrschaft seine eigenen, den Verhältnissen des Landes angepaßten Formen finden. Ist es aber vor die Frage gestellt, ob es sich dabei mehr dem russischen oder mehr dem englischen Beispiel annähern will, so kann ihm die Antwort nicht schwer fallen."

Diese Antwort lautet nach dem „Vorwärts": **„London — nicht Moskau".**

Kein Zufall war es, daß sich ausgerechnet am selben Tage ein bürgerlich-demokratisches Blatt, die „Vossische Zeitung", ungefähr mit demselben Thema befaßte. Und Georg Bernhard schrieb darin folgende beachtenswerte Worte:

„Die Form der Demokratie (in Deutschland) wird mißbraucht, um bestimmte wirtschaftliche **Cliqueninteressen** zur Herrschaft zu bringen. Nicht wirtschaftliche große Interessen, die mit dem Wohl der Mehrheit des Volkes verquickt sind, sondern **Cliquenprofite.** Dasselbe Deutschland, in dem Männer ehrlichster Gesinnung Schändung sozialistischer und demokratischer Ideen der bolschewistischen Autokratie zum Vorwurfe machen, **beugt sich unter der Knute schwerindustrieller Despoten."**

Hier ist von einem Bürgerlichen das Fazit der fünf Jahre Herrschaft der deutschen Menschewisten treffend gezogen. Sie haben die bolschewistischen Methoden der Diktatur des Proletariats als Schändung sozialistischer und demokratischer Ideen gebrandmarkt und haben eine Politik geführt, die letzten Endes sie selbst zu einer Niederlage, das Land unter die Knute schwerindustrieller Despoten gebracht hat. Wo ist die Ursache dieser Erscheinung zu finden. Einzig und allein darin, daß die deutsche Sozialdemokratie als **Arbeiterpartei und Arbeiterorganisation sich gegen die Arbeiterklasse gewandt hat.** In großen, blutigen Massenkämpfen suchte das deutsche Proletariat in den Jahren 1918—1920 dem Kapital die wirtschaftliche und politische Herrschaft zu entreißen; seine einst führende Arbeiterorganisation hat sich allen diesen Kämpfen in den Weg gestellt, hat sie alle als ein Verbrechen gegen das Vaterland erklärt, spiegelte dem Proletariat vor, daß sie bessere, sicherere Methoden zu seiner Befreiung besitze. Das Resultat war, daß sich die Arbeiterklasse immer mehr von der Sozialdemokratie abwandte und noch abwendet, daß die Sozialdemokratie das deutsche Proletariat unter die Knute schwerindustrieller Despoten gebracht hat.

Im Moment der Übernahme der Regierung steht die englische menschewistische Arbeiterpartei vor einer Prüfung, die zwar noch keineswegs mit der deutschen von den Jahren 1918—1920 zu vergleichen ist, die aber jedenfalls lehrreich sein kann. Im Moment der Übernahme der Regierung durch Macdonald ist in England der **Streik der Lokomotivführer ausgebrochen.** Sicherlich gehören die britischen Lokomotivführer weder zu den Schichten des Proletariats, die am meisten durch den Kapitalismus ausgebeutet werden, noch zu jenen, deren Klassenbewußtsein sehr stark entwickelt ist. Nach dem Schiedsspruch des Lohnamtes, der die Lokomotivführer und Heizer zu ihrem Streik veranlaßt hat, soll ihr Lohn auf 6 Pfund — also 120 Mark — in der Woche herabgesetzt werden. Das ist ein Lohn, um den die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten sicherlich die englischen Lokomotivführer beneiden können. Daß auf der anderen Seite der Führer der englischen Lokomotivführer Bromley geäußert haben soll: „Mag die Arbeiterpartei zum Teufel gehen, wenn ihre Existenz uns schlechtere Löhne einbringt," beweist auch, daß sich die englischen Lokomotivführer mit der Gesamtorganisation des englischen Proletariats nicht besonders verwachsen fühlen.

Wäre der Streik der Lokomotivführer in einer sozialistischen Gemeinschaft geführt, so müßte er als eine Bewegung gewertet werden, die sich gegen das allgemeine Interesse richtet, die sich Sondervorteile für eine Schicht der arbeitenden Klasse vielleicht auf Kosten der Lebenshaltung des gesamten Proletariats zu erzwingen sucht. In einer kapitalistischen Gesellschaft muß diese Bewegung vor allen Dingen als solche beurteilt werden, deren Spitze sich **gegen die Profitinteressen der Eisenbahnkapitalisten richtet.** Unter diesen Bedingungen könnte die Stellungnahme einer wirklichen Arbeiterpartei, die das Steuer der Regierung in ihren Händen hielte, nur eine einzige sein: sich gegen diese Profitinteressen der Eisenbahnkapitalisten zu wenden. Wir sehen in England, daß davon **keine Rede ist.** Die Führer des großen Eisenbahnerverbandes, an dessen Spitze J. H. Thomas und Cramp stehen, von denen der erste gegenwärtig im Kabinett Macdonald das Kriegsministerportefeuille inne hat, hat sich vom ersten Moment an gegen den Streik der Lokomotivführer gewandt. Der Streik sei ein schwerer Fehler, weil — er der Arbeiterpartei ihr politisches Werk erschwere. Diejenigen gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner, die sich der Bewegung der Lokomotivführer anschließen wollen, werden im voraus als Verräter bezeichnet. Als der Streik der Lokomotivführer trotz der Bemühungen der Arbeiterpolitikaster ausgebrochen war, suchte Thomas die Eisenbahner mit allen Mitteln davon abzuhalten, daß sie sich der Bewegung anschließen. Trotzdem hat sich ein Teil der Mitglieder seines Verbandes der Bewegung angeschlossen und auch eine Anzahl von Grubenarbeitern, insbesondere in Glasgow und Newport, sind ebenfalls um ihre Lohninteressen in den Streik getreten. Denn trotz des enggewerkschaftlichen, ja sogar zünftlerischen Charakters der Bewegung der Lokomotivführer konnte diese in den Reihen der britischen Arbeiterschaft einen Widerhall finden, weil sie **das Prinzip der Aufrechterhaltung der Kriegslohnsätze** verteidigt.

Der Vorsitzende der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist von den Arbeitern für sein Auftreten gegen den Lokomotivführerstreik schon mit den Zurufen „Verräter" belohnt worden. Vor der Arbeiterpartei steht aber eine wichtigere Frage als die, das Odium des Arbeiterverräters von einem ihrer Mitglieder abzuwenden, der schon seit Jahren in weiten Arbeiterkreisen diesen Ruf hat. Es handelt sich darum, ob sich die englische Arbeiterregierung schon bei ihren ersten Schritten dazu entscheiden wird, **gegen die Arbeiterinteressen oder gegen die Interessen der Kapitalisten** einzugreifen. Es heißt, daß sie einstweilen beschlossen hat, vorläufig nicht einzugreifen; nach ihrer Auffassung sei der geeignete Augenblick zu einer Intervention noch nicht gekommen. Diese Stellungnahme ist in der Geschichte

Englands nichts Neues. Auch der schlaue Demagoge Lloyd George „enthielt sich" bei gewissen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit jeder Intervention, um im geeigneten Moment auf eine entscheidende und ausschlaggebende Weise — für das Kapital einzugreifen. Für eine wirkliche Arbeiterpartei ist eine derartige Stellungnahme unzulässig und läßt schon von vorherein auf die **Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse** schließen. Für uns Kommunisten wird das keine Überraschung sein. Nach unserer festen Überzeugung **kann** der Menschewismus und Reformismus nicht anders handeln — ob es sich um die deutschen oder englischen Opportunisten handelt — denn letzten Endes sind sie ja doch nichts anderes als Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse. Aber die breiten Kreise der Arbeiterschaft, die sich zu dieser Überzeugung noch nicht durchgerungen haben, sehen es noch nicht ein. Sie müssen deshalb aufmerksam die Handlungen der englischen Arbeiterpartei am Staatsruder, besonders in ihren Beziehungen zu den **Problemen der Arbeiterbewegung**, verfolgen. Man darf annehmen, daß die Bewegung der Lokomotivführer nicht der letzte Arbeiterkampf sein wird, dem die englische Arbeiterpartei, als herrschende Partei, wird entgegentreten müssen. Mit schwächlichem Ausweichen vor dem Problem, mit schwankender Haltung, mit dem Lavieren zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und des Kapitals wird sie sich nicht helfen können. Entweder **gegen das Kapital** oder **gegen die Arbeiterklasse**, so unerbittlich wird das Problem durch die soziale Entwicklung überall gestellt. Diesem Problem, an dem die deutsche Sozialdemokratie so elendiglich zusammengebrochen ist, wird auch ihre englische „Bruderpartei" nicht entgehen. Entpuppt sie sich durch ihre Regierungstätigkeit als eine Partei des Arbeiterverrats — ebenso wie das der Fall in Deutschland für die Sozialdemokratie war — so wird sich **eine freiere Bahn für die Entwicklung des englischen Kommunismus** eröffnen. Die deutsche Arbeiterschaft aber wird dann einen klareren Einblick in das Problem **„London oder Moskau"** gewinnen.

Proletarische Frauenbewegung

Der Internationale Kommunistische Frauentag 1924.

Von Clara Zetkin.

I.

** Rüsten wir rechtzeitig, tatkräftig zum bevorstehenden Internationalen Kommunistischen Frauentag. Wir alle, Genossen wie Genossinnen, die in Kommunistischen Landesparteien organisiert sind und zum Banner der III. Internationale stehen. Es handelt sich ja keineswegs um eine besondere „Frauensache". Unser Frauentag ist eine Veranstaltung der gesamten Kommunistischen Internationale und der in ihr zusammengefaßten Kommunistischen Parteien. Sein Zweck ist, breitesten Frauenmassen der Werktätigen die frohe Botschaft zu bringen, daß der Kommunismus sie von Not und Leid, von Ausbeutung und Unfreiheit erlösen wird. Jedoch unter einer Bedingung. Daß sie selbst in der Kommunistischen Partei ihres Landes oder wenigstens unter ihrer Führung mit höchster Tatkraft dafür kämpfen, daß die Diktatur des Proletariats die Diktatur der ausbeutenden und unterdrückenden Bourgeoisie niederringt. Denn einzig und allein dadurch wird der lebendige Mensch — ob Weib, ob Mann — aus der zermalmenden und zermürbenden Gewalt des toten Besitzes befreit, aus jener Gewalt, die der Urgrund alles vielgestaltigen sozialen Jammers ist. Durch solche Erkenntnis, die müde, verzweifelnde Hoffnungslosigkeit von Millionen zu verscheuchen und stählernen Kampfeswillen zu schaffen, ist heiligste Pflicht.

Noch hält die Generaloffensive der Weltbourgeoisie gegen die Arbeiter aller kapitalistischen Länder an, reißt den Ausgebeuteten den letzten Bissen Brot vom Munde, verlängert und verschärft ihre Fron und zertritt ihre schwer errungenen, armseligen Rechte. Noch liegen alle Mächte des Kapitalismus auf der Lauer, um Sowjetrußland zu überwältigen, den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt, die Schutz- und Trutzburg der Enterbten. Zu Nutz und Frommen des Reichtums einer winzigen Minderheit sollen diese tragen die Riesenkosten des imperialistischen Raubkrieges, der Wiedereinrenkung und Befestigung der in allen Fugen krachenden, zerrütteten kapitalistischen Wirtschaft und sollen obendrein fetten Profit für ihre Ausbeuter geben. In den Betrieben, Handelshäusern und Banken wie im Staat kehren die großen Kapitalisten sämtliche Machtmittel gegen die Habenichtse und Wenigbesitzenden. Die bürgerliche Demokratie enthüllt sich auch für die gläubigsten Gemüter als brutale Klassenherrschaft der Junker, Gruben- und Schlotbarone, der Handelsherren und Bankkönige, gesteigert zur nackten blutigen bürgerlichen Klassendiktatur und zum erbarmungslosen weißen Schrecken.

In Spanien und in Japan Militärdiktatur, in Italien andauernde Herrschaft des Faschismus, in Bulgarien und Deutschland Sieg des Militärsäbels. Militärdiktatur, Herrschaft und Sieg des Faschismus, was besagt es anderes als härteste Knebelung der Schaffenden mit Hand und Hirn, um ihnen das letzte Fünkchen Kraft abzupressen und in blinkendes Gold zu verwandeln? Die Tatsache der verschärften Ausbeutung und Versklavung der Millionen durch wenige greift von einem Land auf das andere über. Und überall sind es die Frauen, die Widerstandsschwächeren, die die erdrückendsten Bürden der Sorgen und Nöte zu tragen haben. Der Hunger von ungezählten Millionen nach Brot, Freiheit und Recht, das Aufbäumen ihres Menschentums gegen das Beschmutzt- und Zertretenwerden durch den eisernen Fuß der kapitalistischen Gewaltherrschaft gibt in den Bourgeoisstaaten die Losungen, mit denen unser Internationaler Kommunistischer Frauentag größte Frauenmassen wecken, sammeln und in den revolutionären Klassenkampf führen muß. Im Bund Sozialistischer Sowjetrepubliken aber wird die Veranstaltung die werktätigen Frauen in der Bekundung internationaler Solidarität mit ihren Schwestern im Westen und Osten vereinigen, wird sie zur tatkräftigsten Mitarbeit am Aufbau einer höheren Wirtschaft und Gesellschaft rufen.

Aufopfernde, kraftvolle Betätigung der **Solidarität mit dem notleidenden deutschen Proletariat**, das ist die allgemeine internationale Frauentagslosung, die durch die Situation breit in den Vordergrund geschoben wird, wie in den vorausgegangenen Jahren die Hungerhilfe für Rußland. Die Besetzung des Ruhrgebietes durch den französischen Imperialismus hat den Verfall der deutschen Wirtschaft rasch ungeheuer gesteigert. Poincarés Bajonette und Stinnes' Hungerpeitsche zusammen schufen für das Ruhrproletariat eine Hölle des Elends. Arbeitslose und Kurzarbeiter machen weit über die Hälfte der Bevölkerung aus, die Hälfte, drei Viertel der Einwohner großer, früher blühender Städte, wie Köln, Duisburg und Düsseldorf — leben am Rande des Verhungerns aus öffentlichen Mitteln. Die Schwerindustriellen Rheinland-Westfalens, die Junker und Großkapitalisten des ganzen Reiches haben die Lage zu einem Riesenraubzug gegen die Proletarier, die Kleinbürger und Kleinbauern Deutschlands schamlos ausgenutzt. Ihre unstillbare Goldgier zerschlug in der Wirtschaft, was noch zu zerschlagen war, und plünderte den öffentlichen Schatz, den die Armen und Ärmsten mit ihren Steuern füllen müssen. Papiergeldschwindel, stillgelegte oder kurzarbeitende Betriebe, vom Markt verschwindende Waren prägen die Signatur des Tages.

Mit 4 Millionen Arbeitsloser und $3^1/_2$ Millionen Kurzarbeiter war im Dezember ungefähr ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung Deutschlands ganz oder fast erwerbslos. Hinter diesen $7^1/_2$ Millionen aber stehen weitere Millionen von Frauen, Kindern, alten Eltern, die vom Verdienst der jetzt Brotlosen lebten, stehen Millionen Kriegskrüppel, Kriegswitwen und Kriegswaisen, Sozial- und Kleinrentner, verkrachte Handwerker, kleine und mittlere Geschäftsleute, dazu das Heer entlassener und schlecht besoldeter Angestellter, Beamten, Lehrer, existenzlos gewordener Intellektuellen aller Art. In München waren zum Beispiel 15% der Ärzte ohne Erwerb. Um diesen großen Elendsblock liegt ein breiter Gürtel von Millionen, die morgen schon Brotlose, Heimatlose werden können. Jedoch auch die Glücklichen, denen Beschäftigung und Verdienst gesichert erscheint, entbehren zum großen Teil mit den Ihrigen das Nötigste. Der Lohn der Arbeiter, das Gehalt des Angestellten, Beamten usw. beträgt nur die Hälfte, ein Drittel der Vorkriegszeit, und die Preise des Lebensbedarfes sind auf das Doppelte und mehr gestiegen. Ein qualifizierter Arbeiter verdiente vor 1914 in einer Stunde so viel, daß er ein Pfund gutes Fleisch kaufen konnte, jetzt muß er sich acht Stunden plagen, um es bezahlen zu können. Der Tagesverdienst vieler Familienväter reicht nur knapp hin, um genug Brot zu beschaffen. In den Industriezentren, in vielen größeren Städten Bettler, Hungernde, Frierende, Ausgemergelte auf Schritt und Tritt. Zitternde Greisinnen und hohlwangige Kinder suchen im Kehricht nach Brotkrusten. Nicht allein das Proletariat, das leidensgewohnte, stellt die Heere der Verderbenden und Sterbenden. Die Beutesucht der großen Kapitalisten hat die mittleren

Bevölkerungsschichten expropriiert und in die Tiefen aller sozialen Nöte gestoßen.

Dieses aber muß der Internationale Kommunistische Frauentag den Massen ins Bewußtsein hämmern, wenn er sie aufruft, sich in brüderlicher Solidarität an dem Kampf gegen das Hungersterben in Deutschland zu beteiligen. Die Ursache, daß Millionen vom schwärzesten Elend verschlungen werden, ist nicht wie in Sowjetrußland 1921/22 eine Naturkatastrophe. Sie ist sozialer, politischer Natur. Sie zerfleischt nur die Proletarier und Angehörigen der mittleren Bevölkerungsschichten, die Ausbeutenden und Wuchernden schlemmen wie nie. Sie hat ihre letzte Wurzel darin, daß die deutschen Arbeiter in ihrer Mehrheit von den verräterischen und feigen sozialdemokratischen Führern getäuscht, die in ihre Hand gefallene politische Macht nicht revolutionär gebraucht haben, um ihre Diktatur aufzurichten und den ihnen das Blut und Mark aussaugenden Vampyr Kapitalismus zu Boden zu schlagen. Von dem Trugbild der Demokratie genarrt, haben sie der bürgerlichen Republik fünf Jahre Kredit gegeben, um ihnen durch verheißene Reformen Brot, Recht, Freiheit zu sichern. Und das Ergebnis?

Die deutsche Bourgeoisie hat in diesen fünf Jahren ihre Herrsch- und Ausbeutungsgewalt über die Lohnsklaven befestigt, das Ende ist weder Demokratie noch Reformen, sondern die militärische Diktatur unter Seeckt. Der Achtstundentag ist vernichtet, das kümmerliche Recht der Betriebsräte wird zertreten, das Streikrecht den Unternehmern ausgeliefert und mit Maschinengewehren zur Strecke gebracht, die Löhne sinken. Die Wucherpreise für Lebensmittel, Kleidung, Wohnung, Kohlen usw. sind unerschwinglich, die Steuerlast steigt unerträglich, der Belagerungszustand räumt mit Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit auf und stampft wie in Bayern, Sachsen und Thüringen mit der Verfassung die letzten demokratischen Flitter unter die Füße. Der Sozialdemokrat Ebert reicht den wilhelminischen Generalen das Schwert, mit dem sie die Schaffenden der Knechtschaft Stinnes unterwerfen, die Hungernden und Meuternden zu Paaren treiben. Um die Ausgebeuteten und Enterbten der Verteidigung und Führung zu berauben, wurde die Kommunistische Partei verboten, ihre Presse unterdrückt, ihre Kämpfer füllen die Gefängnisse.

Politisch, wie die letzte Ursache, ist auch die Auswirkung des grenzenlosen Elends in Deutschland. Hungersnot mordet vorzeitig Millionen Werktätiger, sie lichtet die Reihen und schwächt die Kraft ihrer Kämpfer. Das Proletariat aber bedarf für seine Schlachten wie nach dem Sieg für sein Aufbauwerk der Macht der Zahl. Der Hungernde, der in zitternder Gier nach einem Mundvoll Brot ausschaut, der vom Elend Zermürbte, sie werden vielleicht in einem Augenblick der Verzweiflung tollkühn vorwärts stürmen, allein ihnen eignet selten die Kraft, ausdauernd, zäh im Kampfe durchzuhalten, lockende Hoffnungen und Vorteile lassen sie leicht beiseite treten oder treiben sie gar den Heeren der Gegenrevolution zu. Erwerbslosigkeit und Entbehrungen haben viele um die faschistischen Fahnen gesammelt.

Die deutsche Hungersnot ist eine Gefahr für die revolutionäre Kampfeskraft des deutschen Proletariats. Ihr in internationaler Solidarität steuern, bedeutet den Willen, die Energie der Ausgebeuteten in Deutschland für die Revolution stärken und stählen. Das von Schwestern und Brüdern jenseits der Grenze gereichte Brot hat dafür zwiefache Kraft. Es sättigt nicht bloß den knurrenden Magen, es entzündet in der Erinnerung an die Spendenden die Flamme internationaler Gesinnung, es wirbt revolutionäre Kämpfer. So fordert es die Sache der Revolution in dem Lande Westeuropas, wo ihr endlicher stolzer Schrei: „Ich bin!“ von größter Tragweite dafür sein wird, daß die Werktätigen in Frankreich und Polen, in der Tschechoslowakei und den übrigen kapitalistischen Staaten sich zur großen geschichtlichen Abrechnung mit ihren Klassenfeinden erheben. Der Internationale Kommunistische Frauentag darf nicht nur für Notleidende an die Herzen rühren. Er muß die Geister wachrütteln zur tatkräftigen Hilfe für revolutionäre Kämpfer. Er ist eine Aktion zielbewußter kommunistischer Erkenntnis und Entschlossenheit, Millionen Frauen zu tragenden Kräften der proletarischen Weltrevolution emporzuheben und diese dadurch vorwärts zu treiben.

Das große Ziel begreift in sich, daß der Internationale Kommunistische Frauentag eine zunehmende **Solidaritätskundgebung** sein muß auch für die Proletarier, die Schaffenden aller Länder, in denen die Herrschaft der Militärdiktatur, der Faschismus, die Ausplünderungs- und Unterdrückungsgewalt der großen Besitzenden steigert. Wo immer die Frauen am 8. März geloben, den schärfsten Kampf gegen das Elend und die Unfreiheit des Volkes der Arbeit zu führen, da werden sie auch der schwergeprüften Arbeiter- und Bauernschaft in **Jugoslawien, Griechenland, Spanien und Japan, in Italien und Bulgarien** gedenken. Hier tobt sich die Klassenherrschaft der Reichen und Ausbeutenden als zügelloser bestialischer weißer Terror gegen die Besitzlosen aus. Kein Recht schützt diese auch nur notdürftig. Durch das Verbot der Kommunistischen Partei ist die revolutionäre Vorhut in die Illegalität gedrängt, ihre Kämpfer schmachten in Kerkern, sie werden auf das grausamste gemartert, gemordet und gemeuchelt. In Japan richtete die Militärdiktatur ihr Regiment auf den Trümmern und der herzzerreißenden Not auf, die durch die Erdbebenkatastrophe geschaffen wurden. Mussolinis eiserne Faust würgt noch immer das italienische Proletariat, das sich unter der Kommunistischen Partei aufs neue zu sammeln beginnt, schwersten Hindernissen und Gefahren zum Trotz. Die in Bulgarien herrschende Wucher- und Offiziersclique nimmt für sich und die Bourgeoisie brutalste Rache dafür, daß die Arbeiter und Bauern sich unter kommunistischer Führung zu tapferem Kampf erhoben hatten. Doch auch hier sammelt die geächtete und gehetzte Kommunistische Partei die zersprengten Proletarier und wirbt ihnen unter den verelendenden Bauern Bundesgenossen. Es versteht sich, daß unter den obwaltenden Umständen unser Frauentag eindringlich den Ruf erheben muß: **Kampf gegen den weißen Terror! Hilfe für seine Opfer, für die Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz! Heraus mit den Eingekerkerten!** Sogar politisch noch nicht erwachte und geschulte Frauen werden ein offenes Ohr und Herz für diesen Ruf haben und durch ihr Herzgefühl Anregung zum Verstehenlernen empfangen.

Das Bewußtsein internationalen Verbundenseins schiebt für den Kommunistischen Frauentag noch eine andere politische Losung in den Vordergrund. **Die rückhaltslose Solidarisierung mit den nationalen Freiheitskämpfen,** in denen sich die Bevölkerung der Kolonial- und Halbkolonialländer, der von Kolonisation bedrohten Staaten und Gebiete wider den kapitalistischen Imperialismus erhebt. Von Irland bis China aufzüngelnde Flammen oder schon gewaltige Feuerbrände der nationalen Rebellion. Fast allerwärts neben ihr, mit ihr soziale Erhebungen — Streiks, Demonstrationen usw. — die sich sowohl gegen die fremden wie gegen die einheimischen Ausbeuter richten. Überall auch ein politisches, ein soziales Erwachen der Frauen. Frauenmassen stehen in Irland im Lager der nationalen Revolution, in den Ländern des Nahen und Fernen Ostens kann sich der Nationalismus tapferster Vorkämpferinnen rühmen, in Indien beteiligen sich tausende Arbeiterinnen an den Streiks. Die Revolution rüttelt an den letzten Herrschafts- und Ausbeutungsgebieten des Kapitalismus, sie vernichtet seine letzten Reserven. Wir begrüßen das freudigst, denn wir sind felsenfest davon überzeugt, daß nur die Überwindung des Kapitalismus, daß nur die Revolution den Frauen das Tor zur vollen sozialen Gleichheit und vollen menschlichen Freiheit öffnet. Darum bleibt eine Losung unseres Internationalen Kommunistischen Frauentages so selbstverständlich, daß sie keiner Begründung bedarf: umfassende, kraftvolle **Solidarität mit Sowjet-Rußland,** dem Land der proletarischen Revolution, wo die Diktatur der Arbeiterklasse gleiches Recht für beide Geschlechter geschaffen hat. Kampf gegen alle kapitalistischen Gewalten, die den Proletarier- und Bauernstaat niederwerfen wollen.

(Fortsetzung folgt.)

Jugendbewegung

An die werktätige Jugend der ganzen Welt!

Genossen! Brüder!

** Ein großes Unglück hat die Armee des kämpfenden Proletariats der ganzen Welt getroffen. Am 21. Januar hat der Tod den genialsten Führer unseres Befreiungskampfes, Genossen **Lenin,** aus unseren Reihen gerissen. Er verließ uns in einem Augenblick, in dem wir seine Kampfesführung notwendiger als je brauchten. Von den ungeheuren Arbeiten und Sorgen überwältigt, fiel er, der so oft die geschlossenen Kolonnen der Arbeiterarmee zum Sturme geführt, auf seinem Kampfesposten in einem Momente, als das Weltproletariat sich zu neuen, entscheidenden Schlachten in den Städten und Bezirken Deutschlands vorbereitet.

Es ist ein Mann gestorben, der in sich die vieljährigen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, alle bitteren Lehren ihrer Niederlagen, alle Früchte ihrer glänzenden Siege

vereinigte. Es ist der Führer gestorben, der weiter als wir alle sah, der die Gesetze, die unsere Bewegung regieren, vollkommen kannte, der über eine klare Vernunft, über eine große revolutionäre Leidenschaft, über den Wagemut der tapfersten Helden verfügte. Es ist der unermüdliche Lenin mit seinem eisernen, unbeugsamen Willen, mit seiner unerschöpflichen Energie, gestorben, der mit Haß gegen die Feinde der Arbeiterklasse und mit dem unerschütterlichen Glauben an den Sieg erfüllt war. Es ist der Führer gestorben, an den sich Genossen der verschiedensten Nationalitäten um Ratschläge und Weisungen wendeten, der in sich alles Gute, was in den Reihen der Arbeiterbewegung vorhanden war, vereinigte. **Es ist unser größter Theoretiker, Führer, Stratege, Massenorganisator, Kämpfer und Leiter gestorben.**

Genossen, junge Arbeiter, Arbeiterinnen, Bauern, Bäuerinnen, kommunistische Jugendliche aller Länder! Beugt Euer Haupt vor der Asche des größten Genies unserer Zeit, vor der Asche dessen, der uns zum Siege geführt hat. Senkt Eure Kampfesfahnen vor diesem frischen Grab!

Aber Ihr sollt nicht verzagen, Euch nicht dem Zweifel und der Verzweiflung überlassen. Überwindet den Kummer! Ihr wißt, daß Lenin nie für sich selbst gelebt hat, er lebte nur für die Sache der Arbeiter. Und wenn unsere Reihen nicht erschüttert werden, wenn die Wellen der Arbeiterrevolution auch weiterhin vorwärtsströmen werden, wenn die Millionen der Arbeiter das Vermächtnis Lenins auch künftighin achten und verwirklichen werden, so wird Lenin leben, wird mit uns sein, wird unseren Reihen die Kampfesfahne vorantragen. Unsere Lage ist schwer: Die Reaktion spannt alle ihre Kräfte an, um die Arbeiterklasse zu unterdrücken; in mehreren Ländern triumphiert die Macht des brutalen, unverhüllten Faschismus. Erbittert greift das Kapital die Arbeiter an und führt zuchthausmäßige Arbeitsbedingungen ein. Die kommunistische Bewegung wurde in einer Reihe von Ländern in die Illegalität gedrängt. Die Sozialdemokraten verraten von Tag zu Tag mehr die Interessen der Arbeiter. Die proletarische Jugend stöhnt unter einem dreifachen Joche: unter der faschistischen Peitsche, unter dem zehnstündigen Arbeitstag und unter dem sozialdemokratischen Verrat. Es gibt nur einen Weg, um sich aus dieser Lage zu befreien, um den Sieg zu erringen. Das ist der von Lenin gezeichnete Weg. Die Arbeiterjugend der ganzen Welt soll diesen Weg betreten und dann werden bessere Tage kommen, so wie auch die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands unter der Führung Lenins den vollen Sieg errangen.

Achtet das Vermächtnis Lenins, vollendet seine Sache, denn sie ist die Sache der ehrlichen Arbeiter der ganzen Welt. Was hat Lenin geleistet und was hat er der Arbeiterklasse als Erbschaft zurückgelassen? Was müssen wir tun?

In Rußland hat Lenin eine **starke, zentralisierte, disziplinierte Partei** im Kampfe gegen den Faschismus, die Bourgeoisie und den Opportunismus geschaffen und erzogen. Er kämpfte für die Einheit, Zentralisierung, den Zusammenschluß der kommunistischen Parteien der ganzen Welt. Darum sollen auch nach dem Tode Lenins alle Kräfte und Gedanken der Arbeiter auf die Unterstützung der kommunistischen Parteien, auf den Kampf für ihre revolutionäre Einheit, gegen die Schwankungen und Halbheiten gerichtet werden.

Lenin hat das Wesen der bürgerlichen Demokratie enthüllt, er stellte die Frage der Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung, er führte die Arbeiter in Rußland zur Macht und trat an die Spitze des ersten proletarischen Staates der Welt. Möge die revolutionäre Arbeiterschaft und in erster Reihe die Arbeiterjugend auch nach dem Tode Lenins den Kampf um die Arbeitermacht keine Minute lang unterbrechen und sich noch enger um die kommunistischen Parteien, um die kommunistischen Jugendverbände, um die Roten Gewerkschaften und revolutionären Betriebskomitees vereinigen, sich zum letzten entscheidenden Kampfe vorbereiten, die erste Arbeiterrepublik, Sowjetrußland, unterstützen, der Reaktion und dem Faschismus den Todesstoß versetzen!

Lenin hat die Kommunistische Internationale gegründet und den Verrat der II. Internationale enthüllt. Die jugendlichen Arbeiter aller Länder, die kommunistischen Jugendlichen sollen auch künftighin über die internationale Solidarität der Arbeiter wachen und mit ihrer ganzen Energie gegen den Verrat der Sozialdemokraten und der II. Internationale kämpfen, sorgfältig darauf achten, daß in unseren eigenen Reihen die Ergebenheit an die Kommunistische Internationale — die erste Regel, das erste Gesetz bleibt.

Lenin hat die westlichen Arbeiter mit den Millionenmassen der unterdrückten Völker des Ostens in einer Armee vereinigt. Die Kampfeseinheit der europäischen und amerikanischen Arbeiter mit den Werktätigen der Länder des fernen Ostens und mit den kolonialen Sklaven gegen den Weltimperialismus soll auch künftighin aufrechterhalten und verstärkt werden. Die unterjochte Jugend des Ostens soll auf dem Wege ihrer nationalen und sozialen Befreiung in die Fußstapfen der Arbeiterjugend des Westens treten.

Lenin hat nicht nur die städtischen Arbeiter, sondern auch die Werktätigen der Dörfer zum Sturme gegen den Kapitalismus aufgefordert und geführt. Die städtischen Arbeiter sollen auch künftighin die revolutionären Bauern mit sich in den Kampf reißen, die Verbindung zwischen Stadt und Dorf gegen die gemeinsamen Feinde, die Kapitalisten und Agrarier, soll sich befestigen.

Lenin hat klar die Bedeutung des Kampfes der revolutionären Arbeiterjugend erkannt: er half uns, die richtige Linie zur Zeit des Weltkrieges zu finden, er unterstützte uns in der Bildung der Kommunistischen Jugendinternationale, hat wiederholt auf die Aufgaben der Arbeiterjugend aller Länder und besonders in Rußland hingewiesen. Mögen die jugendlichen Arbeiter aller Länder ihre Reihen fester um die Kommunistische Jugendinternationale schließen, ihre Verbindung mit den Massen verstärken, den Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus führen, die von Lenin geschaffene geniale Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes eifrig und energisch erforschen.

Lenin ist gestorben, aber die Resultate seiner ungeheuren Arbeit blieben zurück; es blieb zurück die Kommunistische Internationale, die Kommunistische Partei, die Kommunistischen Jugendverbände, die Roten Gewerkschaften, die Betriebskomitees und die bewaffneten Arbeitertruppen.

Die Arbeiterjugend der ganzen Welt soll ihre Reihen enger um das Vermächtnis Lenins schließen: Möge unsere Generation eine Generation der Leninisten sein, die den von unserem Führer begonnenen Kampf zu Ende führt!

Lenin ist gestorben, es lebe der Leninismus!

Im Namen Lenins weiter in den Kampf zum endgültigen Siege!

Moskau, am 27. Januar 1924.
Am Tage der Beerdigung Lenins.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale.

Genossenschaftsbewegung

An die Genossenschaften aller Länder!

** **Am 21. Januar 1924 ist Lenin gestorben.**

Gestorben ist der große Führer des Proletariats, gestorben der große Lehrer, der die revolutionäre Lehre von Karl Marx von allem opportunistischen Schmutz, mit dem sie von den Verrätern an der Sache des Proletariats bedeckt wurde, gesäubert hatte und dieser Lehre ihren früheren echten revolutionären Glanz zurückgab — gestorben ist der Schöpfer der Grundlagen der revolutionären Taktik des Proletariats.

Es gibt keinen Zweig in der revolutionären Arbeit des Proletariats, der mit dem klaren, prüfenden Denken des großen Führers nicht in Berührung gekommen wäre, den er mit dem Glanze seines Genies nicht beleuchtet hätte.

Lenin hat es begriffen, wie machtlos eine Arbeiterbewegung ist, die in verschiedene selbständige, miteinander gar nicht oder fast gar nicht verbundene Strömungen gespaltet ist, und er war stets bestrebt, diese Strömungen in einer mächtigen Arbeiterbewegung zusammenzufassen.

Lenins Tätigkeit erfaßte auch die Genossenschaftsbewegung. Schon im Jahre 1910, auf dem Kopenhagener Kongreß der II. Internationale, hat Lenin in seinem Beschlußantrag über die Genossenschaftsfrage und später in einem Artikel die Aufgaben der revolutionären Genossenschafter in jener revolutionären Zeit glänzend dargelegt. Und während der russischen Revolution hat er in einer Reihe von Reden auf jene neuen Fragen hingewiesen, die im Laufe der Revolution entstanden sind und die die Genossenschaftsbewegung lösen soll. Er hat in diesen Reden die Aufgaben der Genossenschaften sowohl in der Periode des Kriegskommunismus wie auch unter der neuen Wirtschaftspolitik glänzend vorgezeichnet.

Der letzte Artikel, den Lenin geschrieben hat, war der Genossenschaftsfrage gewidmet. In diesem Artikel zeigte er die große Bedeutung der Genossenschaften nach der Machtergreifung

durch das Proletariat und forderte eindringlich jeden zur Arbeit auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens auf.

Lenin hat alle Werktätigen zum revolutionären Kampfe aufgefordert. Auch auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens nahm er neue Aufgaben wahr, die nur durch alle Werktätigen gelöst werden können.

Die Genossenschaftsbewegung entfaltet sich zu einer großen mächtigen Bewegung und sie wird die Aufgaben, vor denen sie steht, nur dann erfüllen können, wenn sie sich die revolutionären Ideen Lenins zu eigen macht und den von ihm vorgezeichneten Weg beschreitet.

Dieses Vermächtnis ist den Genossenschaftern und den Werktätigen des Westens noch wenig bekannt. Dort ist die revolutionäre Bewegung innerhalb der Genossenschaften erst an ihrem Anfange, sie befindet sich erst auf der Suche nach neuen Wegen. Die Genossenschafter können für diese Aufgaben nur in der Lehre Lenins eine Lösung finden.

Wir fordern alle revolutionären Genossenschafter der ganzen Welt auf, die Leninschen Gedanken über die revolutionäre Arbeit der Genossenschaften einem aufmerksamen Studium zu unterziehen, wir fordern sie dringendst auf, mutig und unentwegt den Weg zu betreten, dessen Hauptlinie von Lenin vorgezeichnet wurde.

Wir fordern alle Sektionen, Gruppen und Organisationen von kommunistischen Genossenschaftern auf, mit gesteigerter Arbeit dafür zu sorgen, daß die Ideen Lenins über die Genossenschaften zum gemeinsamen Vermögen aller Werktätigen werden, daß die Genossenschaft in eine mächtige Waffe des Befreiungskampfes der Werktätigen, in eine Waffe der sozialistischen Aufbauarbeit verwandelt wird.

Der große Führer ist tot, aber die von ihm geschaffene revolutionäre Bewegung wird weiter leben, sie wird sich ausdehnen und entfalten.

Das Präsidium der Genossenschaftssektion der Kommunistischen Internationale.

Aus der Internationale

Brief des EK. der KI. und des Vollzugsbüros der RGI. an die Familie des Gen. Lenin.

An N. K. Krupskaja-Uljanowa, an die Schwestern, an die Familie Lenins.

Liebe Genossen!

** In dieser ersten bitteren Stunde, wo wir und mit uns Millionen die ganze Last des Verlustes unseres größten Führers empfinden, wo wir alle von einem Gefühl beherrscht sind: es ist nicht möglich, es ist unmöglich, daß der Tod diesen Einzigen, Unersetzlichen unseren Reihen entrissen hat, denken wir mit tiefem Schmerz an Euch, die das Glück gehabt haben, während seines ganzen Lebens, eines Lebens voll Kampf und Arbeit, in seiner Nähe zu sein.

Wie schwer müßt Ihr diesen Schlag empfinden! Ihr wart ja mit ihm durch die innere Gemeinschaft der Gefühle und des Willens eng verbunden. Ihr habt diesen unermüdlichen Kämpfer der Revolution, der zum genialsten Führer der Arbeiter und Bauern Rußlands, zum Führer der Entrechteten der ganzen Welt geworden ist, von den ersten Tagen an gekannt. Ihr habt diesen großen, diesen großartigen Menschen aus der Nähe gekannt, dessen Herz den Kummer anderer Menschen in sich trug und der jedem Hilfsbedürftigen zu helfen bestrebt war.

In unserer Trauer gehört unser erster Gedanke Ihnen, teuere Genossin Nadjeschda Konstantiowna Uljanowa. Sie haben mit Lenin zusammen seinen steilen, dornigen, opferreichen Weg zurückgelegt, bis zu jener stolzen Klippe, von der aus der unvergleichliche Führer die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Verwirklichung der Träume seines Lebens: ein befreites Arbeitervolk auf freiem Boden, erblickte. Sie waren die nächste Zeugin dessen, wie die unermüdliche Arbeit, die tapfere, zielbewußte und mit der größten Verantwortung verbundene Führung des Kampfes von Tag zu Tag das Herzblut Lenins ausschöpfte, die Flamme seines Denkens verzehrte, bis endlich die mächtigen, scheinbar unendlichen Kräfte des Giganten erschöpft wurden. Sie, seine nächste Gehilfin im Kampfe und bei der Arbeit für die proletarische Revolution, begleiteten ihn auch auf seinem Leidensweg und waren — unterstützt von den treuen Schwestern — seine aufopfernde und feinfühlige Krankenwärterin.

Im Namen von unzähligen Massen der ganzen Welt, die Lenin geliebt haben und um ihn trauern, danken wir Euch Dreien für jene überströmende, sorgfältige Liebe, mit der Ihr ihn in den Tagen der bösen Krankheit umgeben habt. Unsere Dankbarkeit Euch gegenüber ist ebenso unerschöpflich, wie die Liebe und Verehrung für den großen Dahingeschiedenen. Für jeden, der in der Kommunistischen Internationale die Führerin des revolutionären Befreiungskampfes des Proletariats sieht, bleibt Lenin das Symbol seiner besten Bestrebungen, seines heiligen Kampfes. Einig mit Euch in unendlicher Trauer, wissen wir, daß Ihr Euch unserem feierlichen Versprechen anschließet, für den Kampf, wie er ihn verstand, Kräfte zu sammeln aus der Erinnerung an ihn, der unser Lehrer war in der revolutionären Theorie und Praxis und unser großes Vorbild.

Vorwärts zum Kampf — das ist die einzige, Lenins würdige Ehre, die wir ihm bezeugen können. Die Weltunion der Kommunistischen Republiken ist das einzige Denkmal, das seiner Größe würdig ist. In diesem Bewußtsein neigt die ganze Kommunistische Internationale das Haupt vor Euerem großen Schmerz.

Mit kommunistischem Gruße

Moskau, 22. Januar 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Lenin und die Arbeiter.

Von G. Sinowjew.

** In ihrem, dem Andenken von Karl Marx gewidmeten Artikel schrieb Rosa Luxemburg:

„. . . Wenn wir das, was Marx für die zeitgenössische Arbeiterbewegung geleistet hat, in wenigen Worten formulieren wollten, so würden wir sagen, daß Marx die zeitgenössische Arbeiterklasse als historische Kategorie, das heißt als eine Klasse mit bestimmten historischen Existenzbedingungen und bestimmten Gesetzen der historischen Entwicklung entdeckt hat."

W. I. Lenin ist ein größeres Glück zuteil geworden: er hat die von Marx theoretisch „entdeckte" Arbeiterklasse in den Kampf geführt. Unter seiner Führung wurde der Arbeiterklasse wenigstens eines der Länder aus der „niedrigsten" Klasse zur herrschenden. Sein Genie hat eine internationale Organisation der Arbeiterschaft geschaffen, die sich im internationalen Maßstabe das gleiche Ziel gesetzt hat.

Mußte aber W. I. Lenin die Arbeiterklasse nicht mehr „entdecken", so hat die Arbeiterklasse W. I. Lenin selbst „entdeckt". Bei den allerersten Anzeichen der einsetzenden proletarischen Weltrevolution hat die internationale Arbeiterklasse in Lenin ihren auserwählten Führer gefühlt.

W. I. Lenin fühlte sich stets bloß als der Erste unter den Arbeitern, den der Gang der Geschichte auf die erste Stelle geschoben hat. Durch sein ganzes Vorgehen schien er uns gleichsam zu sagen: ich bin nur einer von den führenden Arbeitern. Mir wurde eine größere Bildung und Fähigkeit zuteil; meine Sache ist es, alle übrigen Arbeiter zu sammeln und in den Kampf zu führen.

Diese grundlegende Einstellung W. I. Lenins hat sich mit tausenden unsichtbaren Fäden, mit „drahtloser Telegraphie", von Herz zu Herz in die breitesten Kreise der parteilosen Arbeiter mitgeteilt. Die tief liebevolle, intim liebende Stellung der breitesten Schichten der parteilosen Arbeitermassen zu **Wladimir Iljitsch** ist mit besonderer Kraft im Jahre 1918 klar zutage getreten, als der durch die SR.-Kugel verwundete Genosse Lenin mit dem Tode kämpfte. Wer erinnert sich nicht an die damalige Massenflut von Resolutionen und Erklärungen, die von den Arbeitern selbst geschrieben wurden und ein ganz eigenartiges Gepräge der Fülle von Liebe, der Zärtlichkeit und der Anbetung im besten Sinne dieses Wortes trugen.

Die Arbeitermasse ist mit Lob und hochklingenden Beinamen nicht übermäßig freigebig. Der gewöhnliche Arbeiter ist in dem Ausdruck seiner Gefühle selbst einem geliebten Führer gegenüber bescheiden und zurückhaltend. W. I. Lenin gegenüber hat aber dieser gewöhnliche Arbeiter im Jahre 1918 Worte gefunden, die aus manchen Resolutionen parteiloser Arbeiter wahre Muster einer künstlerischen Prosa gemacht haben.

Das gleiche sehen wir in noch größerem Maßstabe jetzt, da Wladimir Iljitsch auf ewig seine Augen geschlossen hat. Lest das folgende Bruchstück aus dem Briefe einer Arbeiterin anläßlich des Todes des Genossen Lenin:

Die Erwerbslose **Nikitorowa** schreibt:

„. . . Unser teuerer Vater! Du hast auf ewig Deine Kinder verlassen . . . .

Wir wissen, daß bald die Stunde kommen wird, da aus allen Ländern der Welt Kränze auf Dein warmes Grab strömen werden. . . . Nicht der Morgentau des Sommers wird es befeuchten, sondern die Tränen Deiner Kinder, die Dich so heiß geliebt haben und Dir ewig ergeben sein werden . . ."

Wer kann daran zweifeln, daß diese Worte die Stimmung des Besten in den Reihen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen?

Eine einzige Träne einer solchen Arbeiterin ist der beste Lohn eines proletarischen Führers.

Wer die Zehn- und Hunderttausende von Arbeitern gesehen hat, wie sie in andachtvoller Stille gewartet haben, um in den Kolonnen-Saal zu treten, um dem Verblichenen die letzte Ehre zu erweisen, der wird dieses Schauspiel, dessen Größe von keinem anderen in der Weltgeschichte übertroffen wurde, nie vergessen.

Wer die Stellung der russischen Arbeiter zu Wladimir Iljitsch Lenin kennt, der hat nicht daran gezweifelt, daß als Antwort auf den Tod des Meisters die breite parteilose Arbeitermasse irgendein besonderes eigenes Wort sprechen wird. Wir wußten nur nicht, worin dieses bestehen wird. Jetzt ist das schon klar. Die parteilose Arbeitermasse antwortet damit, daß sie in einem Massenstrom den Reihen der von W. I. Lenin geschaffenen Partei zustrebt.

In **Leningrad** und **Woronesch**, in **Kiew** und **Charkow**, in **Moskau** und **Iwanowo-Wossnesensk**, im **Donez-Becken** und im **Kaukasus**, überall sehen wir die gleiche Erscheinung: ihre Häupter vor dem frischen Grab W. I. Lenins entblößend, offenbaren die parteilosen Arbeiter fest und ohne überflüssige Worte ihren Wunsch, in die Reihen unserer Partei einzutreten.

Ganze Betriebe beschließen, geschlossen in die Partei einzutreten oder die „Besten auszuwählen und sie als Mitglieder in die Partei zu entsenden".

Das ist eine völlig beispiellose Erscheinung, deren Wichtigkeit kaum überschätzt werden kann. Die Partei muß diese Erscheinung auf das aufmerksamste **studieren**, sie **begreifen** und aus ihr alle notwendigen **praktischen** Folgerungen ziehen.

„Dem durch den Verlust seines Meisters und Führers erschütterten Organismus der RKP. wollen wir **unsere Kraft durch Eintritt in die Reihen der glorreichen Partei zu Verfügung stellen.**" So schrieben die parteilosen Arbeiter der **Patronenwerke in Moskau.**

Auf dem gemeinsamen Gelegenheitsmeeting der Arbeiter der Gußeisenwerke des „**Moskust**" und des Betriebes „**Moto-Maschina**" am 23. Januar morgens waren ungefähr 400 Arbeiter anwesend; 99 von ihnen offenbarten ihren Wunsch, unverzüglich in die Partei einzutreten. An die Parteizelle des Betriebes „**Der Rote Lederarbeiter**" kommen zu Dutzenden ähnliche Erklärungen parteiloser Arbeiter. „Wer stärker ist, soll in die Reihen der RKP. Wir werden bestrebt sein, die Besten in die Reihen der RKP. zu senden."

Diese Stimmen kommen aus den Kreisen der parteilosen Arbeiter der größten Betriebe von Leningrad und anderer Städte.

„Die versammelten 50 parteilosen Arbeiter haben die fünf Besten unter sich ausgewählt und senden sie in die Reihen der RKP."

Solche Resolutionen werden zu Dutzenden gefaßt.

Diese Bewegung setzt erst ein. Wir müssen es verstehen, sie zu beachten, sie zu unterstützen. Unsere unlängst beendete Bundes-Parteikonferenz hat beschlossen, im Laufe des nächsten Jahres nicht weniger als 100.000 neue Parteimitglieder, ausschließlich Arbeiter aus den Betrieben, in die Reihen unserer Partei zu bringen. Dieser Beschluß wurde **vor** dem Tode Wladimir Iljitsch Lenins gefaßt. War dieser Beschluß auch vor dem 21. Januar — dem Tag, an dem Wladimir Iljitsch seine Augen auf ewig geschlossen hat — richtig und tief gerechtfertigt, so ist er jetzt noch weit mehr richtig und gerechtfertigt.

Wir sprechen hier gar nicht über die Hunderte und Tausende von Resolutionen parteiloser Arbeiter, die nur allgemein über die Notwendigkeit, unsere RKP. zu stärken, sprechen. Wir sprechen nicht über jene Arbeiter, die ausschließlich unter der Einwirkung des **Gefühls** jetzt ihrer Treue gegenüber unserer Partei Ausdruck geben: wir zweifeln nicht daran, daß, wenn man die im Laufe der letzten Tage zum Kolonnen-Saal des Gewerkschaftshauses vorbeiziehenden Hunderttausende Arbeiter zum Eintritt in die Partei aufgefordert hätte, eine gute Hälfte dieser Aufforderung mit der größten Aufrichtigkeit nachgekommen wäre. Wir sprechen hier ausschließlich über jenen festesten, gestählten Teil der parteilosen Arbeiter, bei denen ihre gegenwärtige Haltung gegenüber der RKP. etwas völlig Reifes und Durchdachtes ist.

In solchen Tagen, wie die, die wir jetzt durchmachen, sieht ein jeder von uns mit besonderer Klarheit, wie stark unsere Partei ist und wie sie trotz aller unserer Schwächen mit der Masse der parteilosen Arbeiter verwachsen und verknüpft ist. Mit Unruhe stellen wir auf unseren Kongressen und Konferenzen die Frage: Wieviel Mitglieder haben wir, die in den Betrieben arbeiten? Ist diese Gruppe nicht zu klein? Sind wir nicht im Begriffe, uns von den Massen loszutrennen? Das ist eine berechtigte Unruhe. Wir wären keine Jünger des Genossen Lenin, wenn wir keine solche Frage stellen würden und wenn wir nicht bestrebt wären, rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Der Widerhall aber, den das Hinscheiden Wladimir Iljitschs bei Hunderttausenden und Millionen parteiloser Arbeiter unseres Republikenbundes findet, zeigt, daß schließlich die Frage, wie groß zahlenmäßig die Gruppe jener Mitglieder unserer Partei ist, die unmittelbar in den Betrieben arbeitet, eine untergeordnete Frage ist. Wir waren und bleiben die Partei der Arbeiterklasse, Fleisch von ihrem Fleisch. Die Arbeitermassen unserer Partei kennen und wollen keine andere Partei kennen außer der, die von Wladimir Iljitsch geschaffen und großgezogen wurde.

Unsere Partei möge der bemerkenswerten Bewegung, die in den letzten Tagen in den breiten Kreisen parteiloser Arbeiter eingesetzt hat, aufmerksamste Beachtung widmen. Wir müssen dieser Bewegung aus allen Kräften entgegenkommen. Wird es uns in der nächsten Zukunft gelingen, eine ganz neue Schicht von Arbeitern aus den Betrieben in unsere Partei zu bringen, so wird das der beste Kranz auf das frische Grab von Wladimir Iljitsch sein. Die neue Schicht der Arbeiter, die im Zusammenhange mit der in den letzten Tagen unter den parteilosen Proletariern bemerkbaren Begeisterung nach der notwendigen Sichtung in unsere Partei eintreten wird, wird — wir sind überzeugt davon — nicht die schlimmste Schicht sein.

Diese frischen Schichten gestern noch parteiloser Arbeiter werden mit Hilfe unserer Partei eine entsprechende Stählung und marxistische Schulung gewinnen und werden fürwahr würdige Fortsetzer der Sache Lenins sein. Gestern hörten wir zufällig die Unterhaltung zweier Arbeiter:

Der erste: Was werden wir nun ohne ihn (Wladimir Iljitsch) machen?

Der zweite: Nun, jetzt wird's immerhin nicht mehr so schwer sein. Was würden wir getan haben, wenn er vor drei oder vier Jahren gestorben wäre?

So übersetzen einfache Arbeiter in ihrer Sprache die Worte des Dichters: „Sage nicht mit Kummer: nicht sind sie mehr da, sondern mit Dankbarkeit: sie waren.

Das Unglück, das unsere Patei getroffen hat, wird von der **gesamten Arbeitermasse** unseres Landes als eigenes Unglück empfunden. Der beste Freund des Volkes ist gestorben. Aber auch durch seinen Tod hat er die Klasse, deren Fahnenträger er war, aufs neue zusammengeschlossen.

Näher, noch näher, an die Arbeitermassen heran — das ist unsere Antwort auf die Begeisterung, die unter den parteilosen Arbeitern eingesetzt hat. **Nur eine solche Politik unserer Partei wird Wladimir Iljitschs würdig sein.**

Deutschlandhilfe

Die Frau als Vorkämpferin gegen die deutsche Hungersnot.

Von Hertha Sturm.

** Das Jahr 1924 wird von entscheidender Bedeutung für die deutsche Revolution, für die Weltrevolution sein. Nach dem Oktobersieg des Faschismus schreitet das Schwerkapital zielbewußt und rücksichtslos zur Ausnutzung seiner Macht.

Die Durchführung dieses Ausbeutungsprogramms würde die Kampfkraft des deutschen Proletariats verhängnisvoll lähmen, den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland wie in der Welt auf Jahre hinaus verzögern. Mehr als jemals bedarf das kämpfende deutsche Proletariat der bewußten, tatkräftigen und zähen Solidarität seiner Klassenbrüder und -schwestern in aller Welt.

In voller Erkenntnis der Bedeutung der Kämpfe in Deutschland hat die Internationale Arbeiterhilfe sich mit Ablauf des letzten Jahres auf die Deutschlandhilfe um-

gestellt. Den Anknüpfungspunkt für die Hilfsaktion bildete der gräßliche Hunger, die große Not. Es galt aber zugleich, den leidenden Brüdern und Schwestern mit dem Brot den Glauben an die Unüberwindlichkeit der proletarischen Sache zu stärken, den Mut zur Besiegung der Not aus eigener Kraft zu beleben, das Vertrauen in die internationale Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse zu befestigen.

Im Rahmen dieser Hilfsaktion können und müssen die proletarischen revolutionären Frauen, an ihrer Spitze die Kommunistinnen, Hervorragendes leisten. Sie kennen von klein auf Sorgen, Not und Elend, täglich schauen sie der Not ins Auge: im ärmlichen Heim, bei den zermürbenden Arbeiten des Haushaltes, bei der Körper- und Seelenkräfte verzehrenden Pflege der Kinder, der Pflege der Alten und Kranken. Ihr Herz schlägt unmittelbarer und heißer für alle Mühseligen und Beladenen. Sie werden am tiefsten das Leiden der deutschen Arbeiter und vor allem ihrer Frauen verstehen.

Was muß dagegen geschehen?

Zuerst und vor allen Dingen ist es nötig, daß unsere Genossinnen und alle klassenbewußten Frauen aller Länder die Kenntnis von der Not der deutschen Arbeiterklasse weit hinaustragen an alle Stätten, wo Klassensolidarität in den Herzen wurzelt, ja, wo auch nur Menschlichkeit zu finden oder zu wecken ist. Das grenzenlose Elend der breiten Masse des deutschen Volkes muß aus den dunklen Löchern, in denen es sich verkriecht, herausgezerrt und als Schande für die Menschheit, als mahnende Pflicht für das internationale Proletariat in das Licht der Öffentlichkeit gestellt werden. Alle die furchtbaren Tatsachen und Zahlen, die das Hungerbulletin der IAH. über die deutsche Not veröffentlicht, die selbst die bürgerlichen Zeitungen nicht mehr totschweigen können, verblassen ja noch vor der grausigen Wirklichkeit. Das drohende Verderben des deutschen Proletariats darf den verhältnismäßig noch auskömmlich lebenden Arbeitern im Auslande keine Ruhe lassen. An den Frauen ist es, davon zu sprechen in Haus und Hof, auf dem Markt und auf der Straße. Sie müssen diese Frage auf die Tagesordnung aller proletarischen Zusammenkünfte setzen. In Betriebsversammlungen und Gewerkschaften, in Konsumgenossenschaften und Mietervereinigungen, in den Organisationen der Kriegsopfer und Sozialrentner, selbst bei den Erwerbslosen, ferner in großen politischen Kundgebungen der proletarischen Männer und Frauen muß für das deutsche Proletariat um Hilfe geworben, in Wort und Schrift muß diese Kampagne für Deutschland geführt werden.

Was weiter? Es heißt sammeln und geben! Die Arbeiter und Arbeiterinnen Rußlands, Hollands, Frankreichs, Amerikas, der Tschechoslowakei und vieler anderer Länder sind schon auf den ersten Ruf zu Hilfe geeilt. Aber angesichts der unermeßlichen Not müssen noch mehr Quellen erschlossen werden. Was bedeuten ein paar Hundert deutscher Kinder, die die Gastfreundschaft der Arbeiterfamilien Hollands und der Tschechoslowakei genießen sollen, verglichen mit den Scharen hungernder und frierender Kinder, die noch übrig bleiben, in einer einzigen Schule Berlins und keine warme Mahlzeit im Tage erhalten. Tausende, Zehntausende müßten und würden Väter und Mütter im Auslande finden, wenn die Propaganda dafür mit Feuereifer in Angriff genommen würde. Alle solche Hindernisse, wie das Poincarésche Einreiseverbot für die hungernden deutschen Kinder, das aus Furcht vor einer deutsch-französischen Verbrüderung erlassen wurde, müßten von den Arbeitermassen im Sturm hinweggefegt werden.

Vergessen wir auch nicht die Familien der politischen Gefangenen. Der bürgerliche Staat lehnt ihre Unterstützung ab. Auch sie bedürfen tatkräftiger Hilfe. Die IAH. nimmt sich aller wirtschaftlich Schwachen an, soweit ihre Mittel und Kräfte nur reichen.

Die großen Sammelaktionen, vor allem an Geld, werden hauptsächlich in den Betrieben, Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften vor sich gehen. Auch große Kundgebungen und künstlerische Veranstaltungen werden Mittel einbringen. Aber die besondere Sammeltätigkeit der Frauen wird die von Haus zu Haus und bei den Geschäftsleuten sein. Jede kleinste Geldspende kann hier ohne Scheu gegeben und genommen werden, daneben aber auch unverderbliche Lebensmittel und neue oder gebrauchte Kleidungsstücke, Schuhe und Wäsche.

Der Internationale Frauentag steht vor der Tür. Mögen die revolutionären Frauen aller Länder sich bewußt sein, daß es nicht damit abgetan ist, in einer Woche für die internationale Klassensolidarität zu demonstrieren. Es heißt: handeln und kämpfen, heute, morgen, und alle Tage!

Die aktive Teilnahme der Frauen an der Internationalen Arbeiterhilfe, die Initiative, Erfindungsgabe, Ausdauer und Tatkraft, die sie entwickeln, wird der Prüfstein für die Reife ihres Klassenbewußtseins und für ihr revolutionäres Denken und Handeln sein.

Weißer Schrecken

Was bedeutet die Horthy-Amnestie?

Die Begnadigung von „Kommunisten".

Von Albert Király.

** Ungarn bot und bietet für die europäischen Großmächte ein Objekt, das sehr leicht von der einen Großmacht gegen die Interessen der anderen Großmacht ausgespielt werden kann. Die natürlichen Interessengegensätze der kapitalistischen Staaten Frankreich und England erheischen von beiden Seiten eine Politik, die alle Möglichkeiten ausnützt, um gegenüber der anderen Seite Vorteile zu gewinnen. Die französische Politik läuft auf eine Einkreisung Ungarns hinaus. Ungarns geographische Lage erleichtert diese französische Politik ganz erheblich. Von der einen Seite durch die Tschechoslowakei und von der anderen Seite durch Jugoslawien ist den französischen Einflüssen ein breiter Weg geöffnet. Die **englische** Bourgeoisie, die in Ungarn nicht unbeträchtliche Kapitalsmengen investiert hat, ist natürlich bestrebt, ihre Interessen in Ungarn mit allen Mitteln zu schützen. Die vor dem Kabinett Macdonald amtierenden Regierungen taten daher alles, um ihrer Bourgeoisie hierin gerecht zu werden. Der unter der Regierung Baldwin in Ungarn gewesene englische Gesandte **Hohler** war ein enger persönlicher Freund Horthys. Es war ein der ganzen Welt bekanntes offenes Geheimnis, wie dieser englische Gesandte Hohler der ungarischen Gegenrevolution jede Unterstützung zuteil werden ließ, die nur möglich war. Alle dem Horthy-Regime zur Last fallenden Schreckenstaten hat Hohler nicht nur abgeleugnet, beschönigt, vertuscht und gedeckt — er lieferte der ungarischen Reaktion sogar Waffen, Munition, Ausrüstungsgegenstände und stand ihr auch mit finanzieller Hilfe gegen das arbeitende Volk zur Seite.

Die auf eine Kolonisierung des Kontinents eingestellte Politik der Herren Baldwin und Lord Curzon wich natürlich in ihrer Haltung auch gegenüber Ungarn nicht von dieser Linie ab. Gleichgültig jedoch, ob der kapitalistische Staat England von einer konservativen Regierung oder von einer Arbeiterregierung Macdonaldscher Färbung geführt wird, wird Ungarn immer eine der Hauptfiguren auf dem großen europäischen Schachbrett bleiben, die — ebenso wie von Frankreich gegen England — von England gegen Frankreich gezogen wird.

Wie fast alle bürgerlichen Staaten der Welt, ist auch Ungarn in der Nachkriegszeit in einen sich immer mehr verstärkenden wirtschaftlichen Verfall geraten. Mit allen Mittel kämpft Ungarns Horthy-Regierung heute darum, die ihr in Aussicht gestellte internationale Anleihe zu erhalten. Ungarn hatte noch unter der englischen Regierung Baldwin gewisse Zusicherungen seitens Englands in bezug auf die Anleihe erreicht. Der ungarische Ministerpräsident, Graf **Bethlen**, war seinerzeit eigens zu diesem Zwecke nach England gereist. Nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Macdonald ließ Graf Bethlen durch die Presse mitteilen, daß in bezug auf die internationale Anleihe Schwierigkeiten entstanden seien.

Nachdem nun Macdonald die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, reiste Herr **Peidl**, der nach dem Sturz der Rätemacht in Ungarn der Gegenrevolution als sozialdemokratischer Ministerpräsident unschätzbare Dienste geleistet hat, in Gemeinschaft mit dem in Wien lebenden ungarischen Sozialdemokraten **Garami**, nach England. In welchem Auftrage und zu welchem Zwecke diese Reise zu Macdonald unternommen wurde, steht nicht fest. Man muß sich fragen, ob die ungarischen Sozialdemokraten, die nicht einmal zu dem Gründungskongreß der „Sozialistischen Arbeiter-Internationale" nach Hamburg einen Vertreter zu entsenden gewagt hatten, die Courage gefunden haben, die Hilfe des englischen Premiers Macdonald gegen das Schreckensregime Horthys anzurufen — oder ob Herr Peidl, seiner vergangenen Rolle getreu, als hilfsreicher Vermittler für die ungarische Bourgeoisie zu Macdonald reiste, um ein Wort für die Gewährung der internationalen Anleihe einzulegen — oder ob seine Mission beiden Zwecken diente. Es soll jedenfalls auf den ersten Blick als ein Erfolg Peidls erscheinen, daß die sich bisher in einem blutigen Rachetaumel wohlfühlende Horthy-Regierung plötzlich ein Schaffell umlegt und eine große Anzahl

der von ihr unerbittlich verfolgten Gegner — nämlich viele „Kommunisten“ — amnestiert. Nach den offiziellen Bekanntmachungen wurden 16 zu Kerkerstrafen verurteilte politische Gefangene und 22 nach dem Ausland Emigrierte begnadigt. In allen diesen Fällen wird in den offiziellen Mitteilungen nur von Kommunisten gesprochen. In Wahrheit liegen die Dinge jedoch so, daß bei allen 16 Amnestierten, die bereits seit fünf Jahren in den Kerkern schmachteten, der Ablauf ihrer Straffrist unmittelbar bevorstand. Unter den begnadigten 22 Emigranten befindet sich kein einziger Kommunist. Es handelt sich hier vielmehr durchweg um Anhänger der auf der äußersten Rechten stehenden Führer der ungarischen sozialdemokratischen Partei, die noch dazu seinerzeit lediglich wegen der in Ungarn um sich greifenden Pogromstimmung gegen alle nur irgendwie linksstehenden Politiker emigrierten.

Den wahren Charakter der Wölfe Horthy-Héjjas-Bethlen, die sich vor den Augen der Welt plötzlich in Schafe verwandeln wollen, erkennt man am besten aus den Tatsachen, die uns durch die Wirklichkeit in Ungarn gezeigt werden. Die Justizbestie der ungarischen Gegenrevolution warf 100.000 Arbeiter und Bauern in die Gefängnisse oder in die Interniertenlager, und noch heute, nach fünf Jahren, schmachten über 1000 politische Gefangene in den Kasematten der Horthy-Regierung, und zwar 830 politische Gefangene in den Gefängnissen und 180 in den Interniertenlagern. Die auch die meterdicken Mauern der Kerker durchdringenden Klagen der Gefangenen geben Kunde davon, daß die Mehrzahl von ihnen krank, der Tuberkulose preisgegeben ist. Und noch fürchterlicher ist die Lage der auf unbestimmte Zeit Internierten. 180 Gefangene müssen Hunger und Kälte erleiden, müssen Mißhandlungen über sich ergehen lassen und sind den Seuchen ausgesetzt.

Also nach der „Kommunisten“-Amnestie Horthys schmachten noch immer 814 politische Gefangene in den Kerkern, die insgesamt rund 5400 Jahre Gefängnis abzubüßen haben, während die 180 Internierten dem Tode geweiht sind. Unter den Gefangenen befinden sich noch vier zum Tode und ein zu lebenslänglicher Gefangenschaft Verurteilter. Es genügte also den Horthybestien nicht, über 50 Revolutionäre legal hinzumorden und tausende illegal zu massakrieren, denn noch heute warten vier Opfer der Vollstreckung des Todesurteils . . .

Die Führer der Revolution leben im Exil, und von denen, die nicht entkamen, wurden viele durch die Solidarität des russischen Proletariats befreit und gegen die als Geiseln zurückbehaltenen ungarischen Offiziere ausgetauscht. Die noch in Haft befindlichen gewöhnlichen Soldaten und Unteroffiziere der Arbeiterbewegung betätigten sich seinerzeit hauptsächlich in den humanitären Einrichtungen Sowjetungarns. Fünfzehn Frauen in Marianostra, die fast alle zu zehn oder mehr Jahren Kerker verurteilt sind, schmachten dort, weil sie die sozialistische Pädagogie, Volkskultur, Kinderpflege usw. propagierten. Hunderte der Vertrauensmänner, die die Kämpfe des ungarischen Proletariats um das tägliche Brot geführt haben, sind den Qualen der Gefängnisse und der Internierung preisgegeben. Die Gegenrevolution in Ungarn will weiter Henker des ungarischen Volkes sein. Sie will den 814 Gefangenen, den 180 Internierten und den etwa 30.000 in der Emigration lebenden Arbeitern, Bauern, Angestellten, Gelehrten usw. die Tore der Freiheit nicht öffnen . . .

Die Antwort des englischen Proletariats darf nicht anders lauten als: Keine materielle und moralische Unterstützung der ungarischen Bourgeoisie! Enthaftung der Internierten! Beseitigung der Internierung! Koalitions- und Versammlungsfreiheit! Aufhebung der Polizeikontrolle! Fort mit Horthy!

Aufrufe

Der Internationale Bauernrat an die Bauern und Arbeiter der ganzen Welt!

Brüder und Genossen!

** Am 21. Januar 1924 ist Genosse Lenin, unser geliebter Führer, gestorben. Die Nachricht seines Todes erfüllt die Herzen aller Arbeiter und Bauern auch in den entferntesten Winkeln des Erdballes mit tiefem Kummer.

Den Namen Lenins kennt die ganze Menschheit. Besonders teuer ist dieser Name allen Werktätigen.

Lenin ist nicht nur ein Genie, das bisher beispiellos dasteht und vielleicht auch in der Zukunft nie mehr wiederkehren wird, nicht nur ein großer theoretischer Lehrer, sondern auch die Verkörperung des kollektiven Willens der Gedanken, der Wünsche, der Bestrebungen der Hunderte von Millionen Werktätiger, der Führer ihrer heroischen, übermenschlichen Taten.

Am Schraubstock oder hinter dem Pfluge war Lenins Name das Symbol des Sieges der Werktätigen über die Klasse der Ausbeuter.

Kein anderer als Lenin ist der Schöpfer des unbesiegbaren Bündnisses der Arbeiter und Bauern, das zur Begründung des ersten — sich auf den sechsten Teil des Erdballes verbreitenden — Arbeiter- und Bauernstaates führte und in der nahen Zukunft zweifelsohne auch in allen Ländern zum Siege gelangen wird in der Gestalt der Weltunion der Arbeiter- und Bauernrepubliken.

Die Schaffung einer einheitlichen Kampf- und Arbeitsfront der Arbeiter und Bauern gegen die kapitalistischen und gutsherrlichen Ausbeuter, die Aufforderung zum Zusammenschluß zwischen Arbeitern der Stadt und den Bauern des Dorfes ist das Werk Lenins, und das ist sein wichtigstes politisches Vermächtnis.

Unsere Organisation, die die Bauerninternationale genannt wird, ist nichts anderes als die Vertreterin des Bündnisses der Arbeiter und Bauern in internationalem Maßstabe — sie ist das Ergebnis Leninschen Denkens.

Gestorben ist der Schöpfer des Bündnisses der Arbeiter und Bauern, der anerkannte Führer sowohl der Arbeiter wie auch der Bauern — sein Tod erfüllt Millionen von Bauern mit aufrichtigem Kummer.

Lenin ist gestorben — diese traurige Nachricht wird von allen Werktätigen wiederholt und dringt in allen Ländern bis zu den entlegensten Bauernhütten.

Die Feinde des arbeitenden Volkes hoffen, daß es ihnen jetzt leichter gelingen wird, die Kräfte der Werktätigen zu brechen.

Aber ihre Freude ist verfrüht!

Lenin ist gestorben, aber sein Geist, der die ganze arbeitende Menschheit mit der ungeheuren Tiefe seines Empfindens und seiner Selbstverleugnung ergriff, lebt weiter.

Lenin ist gestorben, sein Herz schlägt nicht mehr, aber sein Gedanke lebt, sein Gedanke ist unsterblich und führt die Arbeiter und Bauern zum Siege.

Wir fordern Euch, alle unsere Organisationen und unsere Anhänger in allen Ländern, auf, Eurem tiefen Kummer über den Tod unseres geliebten Führers Lenin Ausdruck zu geben.

Brüder und Genossen!

Es ist unsere heilige Pflicht, die wichtigsten Gebote Lenins, den wichtigsten Punkt seines politischen Vermächtnisses zu erfüllen: **das durch Lenin geschaffene Bündnis der Arbeiter und Bauern zu verwirklichen und auszubauen, den Zusammenschluß zwischen dem Dorfe der Bauern und der Stadt der Arbeiter zu befestigen.**

Brüder und Genossen!

Schließt Eure Reihen, die Reihen der Hunderte von Millionen Bauern mit dem Millionenheer der Arbeiter, und dann werden die Arbeiter und Bauern in gemeinsamer Arbeit den Erdball beherrschen und eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit eröffnen.

Durch Kampf und Arbeit wird sie der unsterbliche Geist Lenins dieser glücklichen Zukunft entgegenführen.

Um so stärker, um so mächtiger möge unter den Bauernmassen der ganzen Welt der Ruf erschallen:

Bauern und Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!

Moskau, am 22. Januar 1924.

Das Präsidium des Internationalen Bauernrates.

Buchbesprechungen

Schriften zur Währungsfrage*).

Von E. Varga.

** Die Schriften des „Vereins für Sozialpolitik“ gehörten vor einigen Jahrzehnten zu den besten und fortschrittlichsten Schriften auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Insbesondere im Kampf gegen die vorkapitalistischen Wirtschaftsformen leistete der Verein viel Nützliches. Ich erinnere

*) **„Pläne und Versuche zur Währungssanierung“** mit Beiträgen von Ernst Wilmersdörffer, Richard Kiliani, F. Gaertner, E. Pharmakides und Martha Braun. — **„Die Geldtheoretische und geldrechtliche Seite des Stabilisierungsproblems“** von Ludwig Mises und Franz Klein. — Verlag des „Vereines für Sozialpolitik“.

zum Beispiel an die schönen Bände über den „Wucher auf dem Lande".

Mit der reaktionären Wendung, die die deutsche Bourgeoisie in dem letzten Jahrzehnte genommen hat, änderte sich auch Ton und Inhalt der Schriften des Vereins. (Am schärfsten zeigt sich dies, wenn wir die letzte und vorletzte Ausgabe von Herckners „Arbeiterfrage" vergleichen.)

Die Schriften des Vereins gewinnen immer mehr einen speziell bürgerlichen, reaktionären Charakter. Sie bieten dem Spezialisten manches Interessante; für die Kämpfer in den Reihen der Arbeiterschaft hingegen verlieren sie aber immer mehr an Interesse.

Das hier Gesagte trifft auch auf die oben erwähnten zwei Bücher zu. Theoretisch am interessantesten sind der Aufsatz von Mises und die Arbeit von Braun.

Mises steht voll und ganz auf dem Boden der Quantitätstheorie im engen Sinne. Als Grundthese seiner Auffassung schreibt er folgendes:

„Wird an der Übung, den Abgang im öffentlichen Haushalte durch Neuausgabe von Noten zu bedecken, festgehalten, dann muß unfehlbar früher oder später der Tag kommen, an dem das Geldwesen der Staaten, die dieses Verfahren einschlagen, ganz zusammenbricht."

Nun glaube ich folgendes feststellen zu müssen: Die These von Mises ist nur dann richtig, wenn es sich um einen bedeutenden Abgang im Staatshaushalte handelt. Die Neuausgabe von Noten zur Deckung des Staatshaushaltes kann unter Umständen so gering sein, daß sie eine, mathematisch ausgedrückt, verschwindende Größe bedeutet. Die wissenschaftliche Korrektheit hätte erfordert, diesen Fall auszuschließen, wenn man den Zusammenbruch des Geldsystems nicht auf einen Termin von vielen Jahrhunderten hinausschieben will.

Viel wichtiger ist aber folgendes: Die These Mises' ist natürlich richtig, **kann aber auf Grundlage der Quantitätstheorie nicht bewiesen werden.** Nehmen wir folgenden Fall: Die Wirtschaft eines Staates dehnt sich aus, die Produktion und der Umsatz hebt sich. Infolge dessen ist zur Abwicklung der Warenzirkulation jährlich eine zuschüssige Quantität von Zirkulationsmitteln nötig, vorausgesetzt, daß die Umlaufsgeschwindigkeit der Zirkulationsmittel unverändert bleibt. Wenn nun ein solcher Staat zur Deckung des Abgangs im Staatshaushalte zur Neuausgabe von Noten schreitet, aber jenes Quantum nicht überschreitet, das jährlich nötig ist, um das erhöhte Bedürfnis an Zirkulationsmitteln zu befriedigen, so kann auf Grundlage der Quantitätstheorie keinesfalls der Beweis erbracht werden, daß eine Entwertung des Geldes eintreten muß. Denn für die Quantitätstheorie muß es gleichgültig sein, welche Art von Zirkulationsmitteln und auf welchem Wege diese in Zirkulation gelangen, wenn nur das richtige Verhältnis zwischen der in Zirkulation befindlichen Warenmenge, beziehungsweise dem Gesamtpreis und der Menge, beziehungsweise der Summe der Zirkulationsmittel besteht.

Diese und ähnliche Unstimmigkeiten sind in den vorliegenden Arbeiten in nicht geringer Zahl enthalten. Was aber noch bemerkenswerter ist, der Ton der Arbeiten: insbesondere jener von Mises, ist überwiegend reaktionär. Mises selbst fordert kategorisch die Übergabe der Reichseisenbahn an das Privatkapital, eine Forderung, die mit den alten Traditionen des „Vereins für Sozialpolitik" ganz und gar im Widerspruch steht und außerdem von einem Wissenschaftler, der nicht im Dienste des deutschen schwerindustriellen Kapitals steht, kaum als ökonomisch anerkannt werden kann.

Mises stellt ferner die Frage so dar, als ob die deutsche Inflation bloß eine Folge der Feigheit oder Unwissenheit der Politiker der Nachkriegszeit wäre. Er wirft die Frage, welche Klassen an der Inflation eine Vermehrung, welche eine Verminderung ihres Einkommens erfahren, nicht auf. Hätte er diese Frage aufgeworfen, so hätte er zugeben müssen, daß es gerade die „nichtrevolutionären" Klassen: die Agrarier und Schwerindustriellen es waren, die im Wege der Inflation sich bereichert haben! Es ist sicherlich kein Zufall, daß die, dem deutschen Reichsverband der Industriellen entsprechende englische Organisation: die „Federation of British Industrie" für eine Inflationspolitik eintritt. Es ist aber unter diesen Umständen mindestens eine merkwürdige Behauptung, die Inflation sei durch die schlechte Politik der deutschen Minister und nicht durch die systematische, zielbewußte Steuersabotage der deutschen Bourgeoisie verschuldet.

Die Braunsche Arbeit über die Doppelnote ist eine Zusammenfassung der Sanierungsvorschläge der österreichischen Finanzen.

Es ist merkwürdig, daß die größte Sanierungsaktion, die ein Land in der Nachkriegszeit aus eigenen Kräften vollzogen hat, die Schaffung einer neuen stabilen russischen Valuta, in diesen Arbeiten überhaupt nicht erwähnt wird.

A. Holitscher und St. Zweig: „Frans Masereel"*).

Von G. G. L. Alexander.

** Das Holzschnittwerk des großen vlämischen Künstlers **Frans Masereel** hat sicherlich dem Proletariat mehr zu sagen als dem bürgerlichen Beschauer. Artur Holitscher erzählt in seiner Begleitschrift, daß er Zeichnungen Masereels in Moskauer Straßen an die Mauern geklebt gefunden hätte mit George Grosz — der einzige westliche Künstler, dem eine solche Volkstümlichkeit in Rußland beschieden ist —, aber Sowjetrußland ist auch wieder das einzige Land, in dem ein Künstler überhaupt eine solche Volkstümlichkeit erleben kann. Die Bedingungen dafür müssen im Künstler wie im Volke gegeben sein. Die Welt, die Gesellschaft kann auf verschiedene Weise betrachtet werden: die bürgerliche und die revolutionäre. Da ist Stefan Zweig, der auch einführende Worte zu Masereels Werk spricht. Er sieht nicht, wie Holitscher, das „scharfe Messer", mit dem Masereel seine Visionen eingräbt. Er sieht in ihnen „die Weltbreite des Werkes, in seiner unbegreiflichen Fülle", die Universalität des Künstlers, seine „Weltliebe", die das ganze Register der hellen und dunklen Taten umspannt, so daß man „wie von der Bilderschrift der Ägypter von seinen Blättern die ganze äußere Formenwelt unserer Welt restlos ablesen könnte". Das sind Merkmale, die der genießende Bürger zuerst sieht. Und wenn Stefan Zweig auch bekennt, daß der Künstler immer „ein Kämpfer auf Seite der Schwächeren und Unterdrückten" gewesen sei und „in seiner imaginären Selbstbiographie alle Treiber und Getriebenen der die Freiheit des Einzelnen befeindenden Mächte in grotesken Karikaturen an die Wand genagelt habe", „die Kriegshetzer, die Spekulanten, die Klassenrichter, die Polizisten, alle die Vertreter einer selbstsüchtigen Moral eines egoistischen Zweckes", so sieht und konstatiert er dies doch nicht im Sinne und aus der Perspektive dieser Gesellschaft des Klassenkampfes, sondern aus der Perspektive der bürgerlichen „Universalität", die die Welt ganz platonisch „nicht vergewaltigt" wissen will — „von keiner einzelnen Gruppe" — und der es um nichts anderes geht im Werke dieses Künstlers, als daß er die Welt in Bildern auflöse in unendlicher Verschlungenheit, durch tausende Einzelheiten darstelle, ohne darum die **Idee** der Einheit zu verlieren.

Gewiß sieht Masereel diese Welt, diese Gesellschaft als eine Einheit — er **löst sie nicht auf** — **er zeigt sie in ihrer Vielfältigkeit** in Bildern — aber was er zeigt, ist in diesen Bildern die Auflösung dieser Welt selber — Auflösung in tausend Episoden, Auflösung bis zur ungeheuren Explosion des Ganzen.

Und dazu braucht es das „scharfe Messer", das Holitscher in der Hand des Künstlers sieht.

Holitscher, nachdem er seinen leidenschaftlichen Zorn und Haß über diese Gesellschaft entladen hat: „Dieser Zeit den Spiegel vorhalten? Zu große Ehre! Vitriol in die Fratze dieser Zeit" — seinen Fluch über dieselbe Gesellschaft, in der Stefan Zweig immer noch „die wundervolle Einheit" sieht — dieser Holitscher sieht und bekennt sich zu einem anderen Masereel, zu jenem Masereel, der wie George Grosz in Rußland populär ist, zu dem Masereel, der der Revolution gehört, wenn er auch — wie Stefan Zweig behauptet — nichts von Gruppen und Parteien wissen will. Holitscher sagt unter anderem folgendes über Masereel: „Zu einer so sehr der Mechanisierung unterworfenen Periode der Weltauflösung, wie die es ist, die wir leiden, gilt der Phantasiemensch mit dem soliden Boden des Möglichen unter den Füßen. Ein solches erlesenes Individuum kann natürlich, einerlei, aus welcher innersten Berufsbetätigung er auch herstamme, nur der Mensch sein, in dem der Glaube an den sozialen Kampf als einzige Verheißung einer Neuschaffung der Welt alle Fähigkeiten, jegliches Handeln, sämtliche Instinkte bestimmt und lenkt, in dem Haß und Liebe zu dieser Zeitspanne derartig dosiert sind,

---

*) „Frans Masereel" von Artur Holitscher und Stefan Zweig. Axel Junker-Verlag, Berlin.

daß die chemische Zusammensetzung die Explosivkraft des Organismus steigert."

„Haß und Liebe"... Ich sagte schon oben von den beiden Betrachtern des Werkes von Masereel: Man kann die Welt auf zweierlei Art betrachten. Das gilt ebenso von den Künstlern selbst. Da ist zum Beispiel George Grosz und da ist Masereel: „Haß und Liebe". Bei George Grosz sind sie gewiß nicht gleichmäßig verteilt. In seinem Werk herrscht der Haß. Die „gleichmäßige Dosierung" ist nicht da, auch nicht in der Wahl des Stoffes. Masereels Welt ist rund, er sieht sie als Ganzes, er sieht die ganze Gesellschaft in und mit Haß und Liebe. George Grosz scheint sie nur aus einem Punkte kurieren zu können: die Erotik. Er sieht nur noch ein Laster: Die Geilheit, die verdorbene Erotik der Gesellschaft, er sieht sie ganz einseitig — die ganze Vielfältigkeit ihres Verdorbenseins, ihrer Korruption sieht er nicht. Den Arbeiter aber, den Proleten stößt dieses einseitige und konzentrierte Bezogensein auf das Laster ab. George Grosz ist der absolute Verneiner — er hat keine positiv bejahenden Kräfte. Er sieht die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft an ihrem empfindlichsten, für das Individium am empfindlichsten fühlbaren Punkt in der Erotik.

Aber die Menschen dieser Gesellschaft leben nicht nur ihr erotisches Leben. Die Welt ist rund, es geht ums Ganze: Und dieses Ganze in Liebe und Haß und einer ganzen vollen Skala von Zwischenempfindungen umspannt Masereel.

„Das Schicksal der Massen, der großen, in ihrem Aufschwung wie in ihrem Versagen gleich hilflosen hilfebedürftigen Massen des Volkes als sein eigenes fühlen, auf Leben und Tod, das bestimmt die Wirkung des Künstlers, der den sozialen Kampf kämpft; der in diese Zeit gesetzt, sich nicht unterkriegen läßt, die Distanz wahrt und doch in allen Manifestationen unlösliche Verbundenheit erkennen läßt."

Auch Masereel geht nicht an den bösen und schlimmen Dingen des Lebens vorbei... mit seinem scharfen Messer gräbt er sie ins Holz, damit sie Bild werden, Abbild der Welt. Aber er sieht nicht sie allein. Neben dem Ausbeuter mit der fetten blaurasierten Visage sieht er da die Schar der Gequälten in der zyklopischen Welt der Maschinen, die Pein der elenden dunklen Gassen, der Dachstuben, der gemarterten klagenden Kinder — er sieht viel mehr den tragischen Konflikt der Erotik: die unehelichen Mütter und Kinder, die toten Kinder — die Ausgestoßenen dieser Gesellschaft. Er sieht den Volksredner — in der Kirche und auf der Straße — er sieht die stummen Dramen der Liebe und er sieht auch das Volk in seiner Lust und Kraft beim Spiel, bei seinen Festen und breiten harmlosen Freuden.

In der Fülle der Kraft dieser Holzzeichnungen, scharf und vollebendigen Lebens, mit dem Messer eingegraben, bricht eine Vitalität aus, die das Ganze umspannt — in Haß und Liebe, die auch die bösen Dinge und Erscheinungen des menschlichen gesellschaftlichen Lebens bejaht, das heißt bewußt macht — nicht etwa, daß sie als gut oder notwendig hingestellt oder beschönigt und verschleiert werden. Nein, es wird gezeigt: Sie sind mit dem Schicksal dieser Gesellschaft verknüpft, sie werden ertragen, so unermeßlich groß sind Elend und Leiden dieser Gesellschaft, das ist ihr Gesicht — so ist der Schmerz, so ihre Lust, so stark sind trotz aller Widerstände die unerschöpflich explosiv hervorbrechenden Quellen ihrer überwindenden, das Faule zerstörenden gesunden Kräfte.

Das ist der Masereel, den Holitscher sieht, den auch der Prolet sehen wird, erkennen und verstehen wird als seinen Freund, der um seine Not weiß, der seine Kräfte kennt und ihm helfen will, der ihm den Blitz aus der Wolke als Waffe zuleitet, damit er mit dem Donner der Zerstörung regiere und Ordnung mache. Ja, das bin ich, wird der Arbeiter sagen, das sind wir, die Masse der kämpfenden Proletarier.

Ja — das wird der Arbeiter sagen — wenn, ja wenn er das Geld hat, sich dieses Buch, darin sein Schicksal, sein tägliches, alltägliches Leben eingegraben steht, zu kaufen.

Berichtigung.

In der Sondernummer 17 vom 7. d. M. ist auf Seite 190 ein Artikel des Genossen **R. Schüller, „Lenin und die Kommunistische Jugend-Internationale"**, enthalten. Durch ein technisches Versehen wurde der Artikel mit dem Titel „Lenin und die Kommunistische Internationale" überschrieben. Wir nehmen an, daß unsere Leser aus dem Inhalt des Artikels den richtigen Titel sofort ersehen haben.

Die in der letzten Zeit vorgekommenen Druckfehler sind hauptsächlich auf die Anhäufung der Sondernummern zurückzuführen, wodurch der uns nach unserer Übersiedlung nach Wien zur Verfügung stehende technische Apparat erheblich überlastet wurde. **Die Redaktion.**

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.